INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 1/2023 • Mercator Kolleg • 9,90 Euro – 2728

Mercator Kolleg 2022

Berichte, Erfahrungen, Engagement

AufRuhr

Das Magazin der Stiftung Mercator

Digitalisierte Gesellschaft | Europa in der Welt | Klimaschutz | Teilhabe und Zusammenhalt

Solidarität zeigen, das Klima schützen, Europa erleben.

Wie das geht:

www.aufruhr-magazin.de

Das Magazin der

STIFTUNG MERCATOR

Austausch und Kooperation

Es liegt ein Jahr hinter den Kollegiat*innen des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, in dem sich überlagernde und gegenseitig verstärkende Krisen das Weltgeschehen bestimmten. Dazu gehören die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und die verzweifelten Versuche der Menschen, sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen, während westliche Streitkräfte und Diplomat*innen überstürzt das Land verließen. Zugleich versprach die Ampelkoalition in Deutschland, durch eine feministisch geprägte Außenpolitik „Mehr Fortschritt (zu) wagen". Und während die Kollegiat*innen gerade mit ihren ersten Stagen begannen, verschlechterte sich die pandemische Situation in vielen Ländern wieder, was erneut Einschränkungen auch für die Fellows zur Folge hatte. Dennoch konnten viele ihre Stagen wie geplant durchführen und engagierten sich in insgesamt 28 Ländern für die internationale Zusammenarbeit.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entsetzt viele Beobachter*innen. Die Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine, das brutale Vorgehen auch gegen die zivile Bevölkerung und Infrastruktur sowie die flächendeckende Unterdrückung oppositioneller Stimmen in Russland widersprechen allen Grundwerten der internationalen Zusammenarbeit, denen sich das Mercator Kolleg verpflichtet sieht. Die Mercator Fellows und Alumni*ae ebenso wie die das Kolleg tragenden Organisationen sind überzeugt, dass die Missachtung des Völkerrechts langfristig allen Völkern schadet – auch und gerade denen, die sich durch militärische Aggression Vorteile erhoffen.

Austausch und Kooperation auf zivilgesellschaftlicher Ebene sind und bleiben für uns zentrale Bausteine für ein friedliches, zukunftsfähiges Miteinander. Doch der Einsatz für internationale Verständigung, Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit wird schwieriger, komplexer und notwendiger denn je. Die Kollegiat*innen des 13. Jahrgangs haben sich auf ganz vielfältige Weise dieser Aufgabe gestellt. Ob mittels Jugendaustausch in Post-Konflikt-Regionen oder einer digitalen Außen- und Sicherheitspolitik, ob durch die Stärkung von Klimaresilienz oder evidenzbasierte Ansätze zur globalen Armutsbekämpfung – die Kollegiat*innen haben Möglichkeitsräume und Zukunftsperspektiven entwickelt, die auf Vernetzung und Kooperation setzen.

Wir freuen uns, wenn Ihnen die Lektüre der Artikel dieser 13. Sonderbeilage vielfältige Erkenntnisse, Zuversicht und Hoffnung in diesen schwierigen Zeiten vermittelt.

Dr. Annette Julius
Generalsekretärin,
Studienstiftung des deutschen Volkes

Dr. Wolfgang Rohe
Geschäftsführer,
Stiftung Mercator

Dr. Klara Sekanina
Direktorin,
Schweizerische Studienstiftung

Dr. Andrew Holland
Geschäftsführer,
Stiftung Mercator Schweiz

nefia netzwerk für internationale aufgaben

Das Netzwerk für internationale Aufgaben

Wir sind das stetig wachsende deutsch-schweizerische Ehemaligennetzwerk des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs.

Unsere über 400 Mitglieder, die aus vielen verschiedenen Fachbereichen kommen, übernehmen weltweit gesellschaftliche Verantwortung und setzen sich für internationale Verständigung ein.

Als Netzwerk bieten wir unseren Mitgliedern eine Plattform für den Austausch und Kontaktpflege. Gleichzeitig teilen wir in Veranstaltungen und Publikationen umfangreiches Praxis- und ExpertInnenwissen zu global relevanten Themen und versuchen, junge Menschen in Deutschland und der Schweiz für das Arbeiten in internationalen Einsatzfeldern zu begeistern.

Fotos: J. Mitchell und G. Diez, Rechte: nefia e. V.

www.nefia.org

Förderer und Partner

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG MERCATOR SCHWEIZ

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

Studienstiftung des deutschen Volkes

Wie es besser wird

Krieg und Krisen, Inflation und Klimakatastrophe: Wer den Zustand der Welt zum Übergang der Jahre 2022/23 betrachtet, könnte verzweifeln. Der könnte sich abwenden, sich ins Private zurückziehen und den Kopf in den Sand stecken: Was kann man schon tun?

Nun, 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 13. Jahrgangs des Mercator Kollegs haben sich anders entschieden. Sie haben sich der Welt zugewandt, sie wollten lernen, verstehen und etwas tun, damit es besser wird. „Es“, das steht für Hunger und Armut, Ungleichheit und Nationalismus, Unrecht und Krankheit und vieles mehr.

Ihre Stationen haben die Kollegiatinnen und Kollegiaten weit in die Welt hinausgeführt: Nach Ghana und Botswana, nach Togo und Kolumbien, Indonesien und Kenia, um nur einige Länder zu nennen. Doch auch bei uns in Europa, in Bosnien-Herzegowina, Genf oder Brüssel, werden Aufgeschlossenheit, Problembewusstsein und neue Ansätze dringend gebraucht; Sie werden sehen.

Wieder einmal präsentieren wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, die Texte des Mercator Kollegs in einem *IP Special*, denn wir betrachten die „Zeitschrift für globales Denken“ weiter als idealen Ort dafür. Sie werden von Nachhaltigkeit lesen und von Städteplanung, von körperlicher und psychischer Gesundheit, von neuer Technik oder Erinnerungskultur, um nur einiges zu nennen. Wo es gelingt, führen ein klarer Blick, Offenheit und Können zum Herauspräparieren eines kleinen Stückes System-DNA. Das lenkt den Blick dann auf das Entscheidende: So könnte es besser werden.

Und noch etwas Ermutigendes. Ja, die Covid-19-Pandemie hat auch diesen Jahrgang begleitet und viele Pläne über den Haufen geworfen. Corona ist dabei aber doch in den Hintergrund getreten, mehr blasse Färbung als Stempel. Auch das ist nach langen Monaten des Zurückgezogenseins eine gute Nachricht.

„In the middle of difficulty lies opportunity“, lautet ein Albert Einstein zugeschriebenes Sprichwort, das nicht leicht elegant zu übersetzen ist. Es stimmt aber in allen Sprachen, und in Zeiten der sogenannten Poly-Krise erst recht. In diesem Sinne legen wir Ihnen dieses Heft der Möglichkeiten ans Herz – und wünschen gute Erkenntnisse.

Martin Bialecki
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL 1

VORWORT: **Wie es besser wird**
Von Martin Bialecki 3

VORWORT: **Die Aufgaben wachsen**
Von Klaus Scharioth 6

VORWORT: **Für eine friedliche Welt**
Von Georges Martin 7

Klima und Wirtschaft

Sonnige Zukunft
Das Potenzial einer grünen Energiewende ist in Botswana besonders groß. *Von Nikolai Orgland* 10

Fairer Handel mit Kakao
Damit Kakaobauern in Westafrika mehr erwirtschaften können, müssen sich alle Seiten bewegen. *Von Oskar Jönsson* 12

Gerechtigkeit in der Klimakrise
Vor allem arme und marginalisierte Menschen müssen vor Wetterkatastrophen besser geschützt werden. *Von Clara Bütow* 14

Digitale Geldtransfers
Staatliche Hilfe soll mit einer sozial gerechten Klimapolitik da ankommen, wo sie gebraucht wird. *Von Sebastian Geschwind* 17

Transformation und Finanzsystem
Was muss die Infrastruktur, mit der Geld bereitgestellt wird, für eine klimaneutrale Zukunft leisten? *Von Chiara Arena* 19

Von Investitionen und Innovation
Quantensprünge in der Real- und Finanzwirtschaft sind notwendig für eine nachhaltige Wirtschaft. *Von Johannes Hering* 21

Ein zu hohes Risiko?
Die Folgen des Klimawandels fließen als Faktor in Kreditbewertungen ein. *Von Fiona Spuler* 23

Mensch und Technik

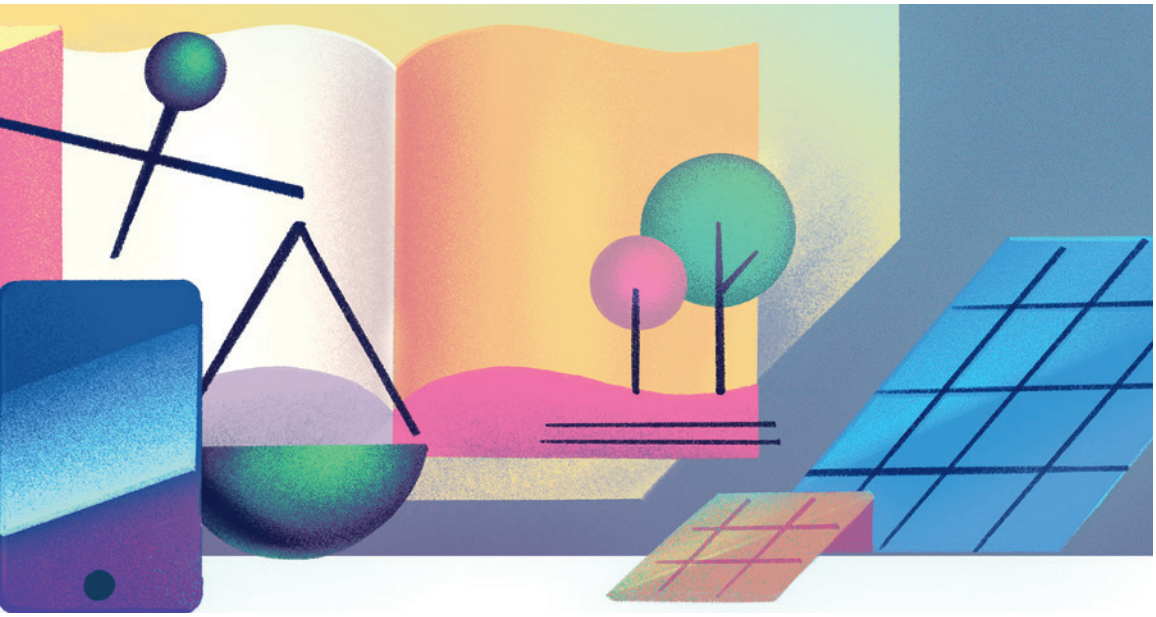
Frieden im Cyberspace
Digitalpolitik wird immer wichtiger. Was kann Deutschland dabei vom Vorreiter Estland lernen? *Von Veronika Datzer* 28

Der geplatzte Traum vom Internet
Das World Wide Web rückt ins Zentrum eines globalen Machtkampfs, digitale Blockbildung ist in vollem Gange. *Von Julian Ringhof* 30

Die Psychologie der Armut
Um Menschen am Existenzminimum zu unterstützen, sollten psychologische Erkenntnisse einbezogen werden. *Von Vanessa Hirneis* 33

Bedingte Solidarität
Ein fiktives Gespräch über Missstände in der Entwicklungszusammenarbeit und strukturelles Versagen. *Von Eyşan Rêbwar* 35

Erkennen, benennen, handeln
Die Mehrdimensionalität von Ungleichheiten erfordert intersektional sensible Antidiskriminierungsmaßnahmen. *Von Maja Bogojević* 38



Partizipation und Gesundheit

Das ist unsere Stadt
Überall auf der Welt werden Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Wie können wir die Stadt zurückerobern? *Von Loë Guthmann* 42

Nicht nur Spielbälle der Mächtigen
In Jordanien zeigt sich, wie Geflüchtete zu Frieden und inklusiven Gesellschaften beitragen. *Von Miriam Trefzer* 44

Gesundheit ist ungerecht verteilt
Das Risiko, frühzeitig zu erkranken, ist für benachteiligte und vulnerable Gruppen besonders hoch. *Von Claudia Böhm* 47

Mentale Gesundheit: ein Prozess
Der Kenianer Tom Osborn erprobt neue Ansätze, um die psychische Gesundheit junger Menschen zu verbessern. *Von Annika Reinhold* 49

Not macht erfinderisch
Ein einfacher Scanner für Brustkrebsvorsorge zeigt in Nigeria, wie wichtig innovative, kostengünstige Produkte sind. *Von Angela Honegger* 51

Konflikte und Aufarbeitung

Ein Meilenstein für Gerechtigkeit
Mit der Aufarbeitung des Bürgerkriegs in Kolumbien zeigt sich ein Wandel hin zu einer gerechteren Gesellschaft. *Von José-Manuel Heinze* 56

Prävention ist möglich
Die ruandische Friedensaktivistin Mama Lambert im Gespräch über die Folgen von sexualisierter Kriegsgewalt. *Von Alessandra Biagioni* 58

Auf faktenbasierter Spurensuche
Digitale Tools können zur präzisen Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen beitragen. *Von Christoffer Horlitz* 60

„Wir bearbeiten alle Facetten“
Ein Interview über inklusive Gerechtigkeit und intersektionale Ansätze bei der Aufarbeitung von Völkerverbrechen. *Von Lina Schmitz-Buhl* 62

Zukunft für die Geschichte
Politisch gewollte Identitäten in Bosnien und in Ghana: zwei Perspektiven im Dialog. *Von Vincent M. Kadiri und Gregor Christiansmeyer* 65

Erinnern für die Gegenwart
Die Ruinen der Explosion im Beiruter Hafen sind zum Fixpunkt erinnerungspolitischer Initiativen geworden. *Von Annika Roes* 69

Kulturpolitik der Zukunft
Ein Gespräch mit den Gründerinnen des Womens's History Museum in Sambia zur Restitution von Kulturgütern. *Von Leandra Bitahwa* 71

Leitung 75
Jahrgang 76
Impressum 80

Die Aufgaben wachsen

Von Klaus Scharioth

Seit Beginn des menschenverachtenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist nichts mehr, wie es war. Energie und Nahrungsmittel werden als Waffe eingesetzt, lebenswichtige zivile Infrastruktur wird zum Angriffsziel. Gleichzeitig wird versucht, unsere Gesellschaften zu spalten und das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern. Putin zertrümmert die europäische Friedensordnung. Eine Friedensordnung, die sein Land und der Westen seit der Schlussakte von Helsinki 1975 aufgebaut haben. Bundeskanzler Olaf Scholz spricht von „Zeitenwende", Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier von „Epochenbruch". Elementare Prinzipien wie Gewaltverzicht und Unverletzlichkeit der Grenzen werden von Putins Russland mit Füßen getreten.

Ist dies das Ende aller Bemühungen um eine regelbasierte Weltordnung, um die Verbesserung weltweiter Zusammenarbeit, um fairen Interessenausgleich?

Nein, im Gegenteil: Jetzt geht es erst recht darum, mit aller Kraft eine neue Ordnung internationaler Zusammenarbeit aufzubauen. Sicherlich will manches zu überdenken sein: Wir müssen einseitige Abhängigkeiten und damit Verwundbarkeiten verringern und noch mehr auf Reziprozität achten, ohne aber den globalen Freihandel zu beenden. Das heißt im Klartext: mehr – nicht weniger – internationale Zusammenarbeit, aber mit noch mehr Partnern. Zumal die großen Themen auf der Tagesordnung bleiben: Klimawandel, nukleare Nichtverbreitung, Pandemievorsorge und -bekämpfung, Stärkung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Strukturen, eine gerechtere weltweite Finanz- und Steuerordnung sowie die Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheiten. Und nicht zuletzt: auch der Aufbau einer neuen Friedensordnung für Europa und die Verteidigung unserer Demokratie.

Für keine dieser Aufgaben gibt es nationale Lösungen. Gefordert ist vielmehr eine noch engere Zusammenarbeit in Europa und weltweit. Dafür braucht es Hartnäckigkeit, strategische Geduld und vor allem gut ausgebildete Akteure, die sich dieser Probleme annehmen. Deswegen ist das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben heute wichtiger denn je. Hier erhalten engagierte junge Frauen und Männer die Gelegenheit, sich ganz praktisch und vor Ort auf diese Herausforderungen vorzubereiten. Trotz Covid-19 war auch der 13. Jahrgang überall in der Welt, in Accra, Amman, Bogotá, Havanna, Lilongwe, Nairobi, Washington oder Brüssel. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten widmeten sich Fragen, die uns alle umtreiben: Wie lassen sich Klimaanpassung und soziale Gerechtigkeit vereinen? Gibt es inklusive Ansätze zur Konfliktbewältigung bei langandauernden Fluchtsituationen? Wie steht es um digitale Außenpolitik? Was leisten dekoloniale Ansätze in den Naturwissenschaften?

Dies sind nur einige Beispiele von vielen ebenso wichtigen und originellen. Aber lesen Sie selbst, welche Erfahrungen diese tatkräftigen jungen Menschen gemacht, was sie gelernt haben. Manches wird Sie überraschen. Und eines steht fest: Diese jungen Leute sind eine Bereicherung.

Dr. Klaus Scharioth ist Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Für eine friedliche Welt

Von Georges Martin

Trump, die Pandemie und jetzt der Krieg! Wie im Zeitraffer bietet die Geschichte uns Europäern, die bislang privilegiert waren, all jene Katastrophen, die normalerweise über die südliche Hemisphäre hereinbrachen. Unsere vermeintlichen Vorsprünge in allen Bereichen, sei es technologisch, moralisch oder demokratisch, haben uns paternalistisch auf unsere Freunde im Süden herabsehen lassen! Selbstgerecht dachten wir, sie mit Zuckerbrot und Peitsche dazu zu bringen, uns allmählich auf den Podest einer entwickelten und modernen Gesellschaft nachzufolgen. Ein Irrtum! Der Krieg in der Ukraine, im Zentrum unseres Kontinents, hat uns dies in Erinnerung zurückgerufen. Wir wollten es vergessen, aber unser europäischer Kontinent hat in der Geschichte der Menschheit mit Abstand die meisten Konflikte und Kriegstote hervorgebracht. Heute ist es der Rest der Welt, der verblüfft auf Europa schaut!

Wir sind auf diesem Planeten nur Passagiere in der langen Geschichte der Menschheit. Und meine Generation sollte Ihnen eine Welt in einem besseren Zustand übergeben, als wir sie erhalten haben. Aber ist unsere Welt heute besser als vor 30 Jahren? Stehen wir in Bezug auf das Funktionieren unserer Demokratien, die kollektive Sicherheit, den Umweltschutz sowie den Kampf gegen die Armut, gegen die Ungleichheiten zwischen Süd und Nord und auch gegen jene zwischen den Geschlechtern heute besser da als 1990?

Die Antwort liegt auf der Hand! Die vordringliche Aufgabe besteht heute darin, diesen Krieg zu beenden, der sowohl Menschen als auch unsere Gewissheiten tötet. Und wir müssen unsere Lebensweise radikal ändern, eine solidarischere Globalisierung einführen, für Gleichstellung sorgen und Demütigungen und Ressentiments unterbinden.

In Ihrem Mercator-Jahr haben Sie viel Widerstandsfähigkeit bewiesen und bereits einige Vorschläge für politische Entscheidungsträger abgegeben. Ihre Themen sind genau das, was die Welt von morgen braucht: die Suche nach rechtlichen Hebeln, um die Finanzierung von fossilen Brennstoffen zu stoppen; Ansätze, um Synergien zwischen einem nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und sozialer Gerechtigkeit zu schaffen, demokratische Regulierungen der Datenökonomie und, vor allem, Peacebuilding und Reconciliation.

Es ist an der Zeit, dass wir alle die weisen Worte von Jeffrey Sachs hören, dem großen amerikanischen Akademiker, aber auch Berater von Gorbatschow, Jelzin, der Regierungen des unabhängigen Polens und der Ukraine sowie von zwei UN-Generalsekretären: Anstelle des todbringenden und aussichtslosen Räderwerks des „Kampfes zwischen Demokratie und Totalitarismus“, den uns Joe Biden vorschlägt, wünsche ich Ihnen den Kampf von Jeffrey Sachs für den Frieden und eine solidarische und universelle Welt, die alle Formen der Ungleichheit bekämpft.

Sie sind bestens gerüstet, um diese Herausforderung anzunehmen. Es geht um Ihre Zukunft, und meine Generation kann nur optimistisch sein, wenn sie die Qualität derjenigen sieht, die den Stab übernehmen werden.

Georges Martin ist Vizerektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben.

Klima und Wirtschaft

Es gibt viele Möglichkeiten, nachhaltig zu investieren und die Anpassung an den Klimawandel sozial gerechter zu gestalten.

Von Nikolai Orgland, Oskar Jönsson, Clara Bütow, Sebastian Geschwind, Chiara Arena, Johannes Hering und Fiona Spuler

Sonnige Zukunft

Fossile Energie erweist sich auch in Botswana als Auslaufmodell. Denn das Potenzial einer grünen Energiewende ist groß. Und: Solar-Diamanten verkaufen sich sicher besser als Kohle-Diamanten.

Von Nikolai Orgland

Es ist frühmorgens in einem Konferenzsaal eines Nobelhotels im funkelnden Central Business District von Gaborone, der Hauptstadt von Botswana im Süden Afrikas. Elegant gekleidete Vertreter*innen von Ministerien, Stromversorgern und Entwicklungsbanken betreten den Saal und versorgen sich mit Kaffee und Frühstück. Auch ich bestelle mir einen schwarzen Kaffee, um die Folgen des Jetlags von der langen Reise aus Washington DC zu mindern. Doch dann ist volle Aufmerksamkeit gefragt: Auf der Tagesordnung steht die Zukunft Botswanas. Denn als eines der sonnenreichsten Länder der Welt hat Botswana mit 82 Prozent einen der weltweit höchsten Anteile von Kohle an der Stromversorgung. Und das wird für das Land immer mehr zum Problem.

„Kohle ist günstig und garantiert unsere Versorgungssicherheit", erklärt mir ein Vertreter des staatlichen Stromversorgers hinter vorgehaltener Hand beim Frühstück. Es ist offensichtlich, dass er gegenüber den erneuerbaren Energien Sonne und Wind ziemlich skeptisch eingestellt ist. Er verweist auch auf die Pläne der Regierung, die den Bau eines weiteren Kohlekraftwerks in den nächsten Jahren vorsehen. Damit will die Regierung die Abhängigkeit vom Ausland verringern. Denn heute importiert Botswana die Hälfte des Stroms aus dem benachbarten Südafrika – ebenfalls ein Land mit großer Abhängigkeit von Kohlestrom.

Doch die Abhängigkeit von Kohle gefährdet nicht nur die Klimaziele von Botswana, sondern auch das wichtigste nationale Exportgut: Diamanten. Denn in Zeiten der Klimakrise finden Diamanten, die mit Kohlestrom produziert werden, bei wohlhabenden Kund*innen immer weniger Anklang. Gleichzeitig erhalten herkömmliche Diamanten unerwartete Konkurrenz aus dem Labor: Dank neuer technischer Verfahren können Diamanten künstlich hergestellt werden – mit bis zu 95 Prozent weniger CO_2-Emissionen und niedrigeren Kosten. Das dänische Unternehmen Pandora, der weltweit größte Schmuckhändler, lancierte 2022 die erste Kollektion mit solch künstlichen Diamanten.

Diese Entwicklung könnte für Botswana ernsthafte wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Die Diamantenexporte sorgen für fast 90 Prozent der Exporteinnahmen des Landes und haben vielen der 2,4 Millionen Einwohner*innen zu relativem Wohlstand verholfen. Im Jahr 2019, also vor der Covid-Pandemie, lag das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf laut Daten der Weltbank bei 16 348 Dollar – und war damit höher als in Brasilien, China oder der Ukraine. Botswana weist auch den höchsten Human Development Index in ganz Subsahara-Afrika auf. Wenn jedoch die Einnahmen aus dem Export von Diamanten versiegen, sind diese Errungenschaften gefährdet.

Vielleicht könnte eine konsequente Energiewende das Ansehen der Diamanten aus Botswana retten. Statt „Kohle-Diamanten“ könnte Botswana „Solar-Diamanten“ exportieren – so lauten gutgemeinte Ratschläge von Mitarbeiter*innen der im Saal anwesenden Entwicklungsbanken. Sie verweisen auf die rekordtiefen Kosten für die Produktion von Solar- und Windenergie. Nach den Berechnungen der Entwicklungsbanken sind sie mittlerweile die günstigste Art der Stromerzeugung in Subsahara-Afrika. Und die aktuelle Entwicklung mit hohen Preisen für fossile Energieträger hat die Wettbewerbsfähigkeit von Erneuerbaren noch weiter steigert.

Diese Entwicklung geht auch an dem privaten Diamantunternehmen De Beers, das die Diamantminen in einem Joint Venture mit dem Staat Botswana betreibt, nicht spurlos vorbei. Bis 2030 will De Beers alle seine Minen „fast ausschließlich“ mit Solar- und Windstrom betreiben. Dieses Ziel hat große energiepolitische Signalwirkung im Land – denn die Diamantminen stehen für einen beträchtlichen Teil des nationalen Stromverbrauchs. Im Verlauf der Konferenz wird klar, dass sich auch die Vertreter*innen des Energieministeriums und des nationalen Stromversorgers dieser Herausforderungen bewusst sind. Neben dem Bau des neuen Kohlekraftwerks plant die Regierung nun auch den Bau eines Windparks sowie mehrerer Solarkraftwerke.

Doch insgesamt steckt in Subsahara-Afrika der Ausbau erneuerbarer Energien in den Kinderschuhen. Allein Großbritannien hat mehr Solaranlagen installiert als ganz Afrika zusammen – obwohl das britische Wetter nicht gerade für überdurchschnittlich viele Sonnenstunden bekannt ist.

In Subsahara-Afrika sind Sonne und Wind mittlerweile die günstigsten Energien zur Stromerzeugung

Hoffnung auf die Energiewende

Warum also dieser zögerliche Ausbau? In erster Linie lässt sich dies durch den stark beschränkten Zugang zu günstigem Kapital erklären. Während Projektentwickler von Solarkraftwerken in Deutschland noch bis vor Kurzem nur rund 2 Prozent Zinsen für Kredite zahlen mussten, sind es in Subsahara-Afrika oft über 10 Prozent, was solche Projekte massiv verteuert. Doch in Botswana, einem der wohlhabendsten Länder der Region mit funktionierendem Finanzsystem, ist vielmehr eine suboptimale Rollenverteilung zwischen Energieministerium und dem staatlichen Stromversorger verantwortlich für den schleppenden Ausbau.

Ursprünglich war es die Aufgabe des staatlichen Stromversorgers, solche Solarkraftwerksprojekte zu entwickeln. Dabei gab es anscheinend viele Probleme, denn eigentlich hätte das erste große Solarkraftwerk schon 2018 ans Netz gehen sollen. So wurde die Auftragsvergabe mehrmals annulliert und es ist immer noch nicht klar, welches Unternehmen den Zuschlag bekommen wird. Wohl aus diesem Grund hat nun das Energieministerium die Federführung übernommen und will künftige Projekte selbst durchführen. Die Hoffnung ist daher groß, dass es in den nächsten Jahren mit der Energiewende klappt.

Die anwesenden Entwicklungsbanken geben ihr Bestes, um die Energiewende zu unterstützen: Technische Studien zu Stromnetzstabilität, Analysen der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Hilfe bei der Planung von Auktionen werden angeboten. Doch zu meiner Überraschung wird die angebotene Unterstützung nur

zögerlich angenommen. Im Verlauf der nächsten Tage wird deutlich, woher diese Skepsis stammt. Noch vor einem Jahrzehnt hatte die Weltbank selbst mitgeholfen, den Bau des größten Kohlekraftwerks in Botswana zu versichern. Und jetzt will die Weltbank nichts mehr von Kohlekraft wissen? Diese energiepolitische Kehrtwende wirkt verständlicherweise wenig vertrauenserweckend.

Nach zwei Pandemiejahren mit fast ausschließlich virtuellen Treffen wurde mir klar, wie wichtig physische Treffen für die Schaffung einer Vertrauensbasis sind. Doch solche „Missionen" vor Ort, wie die Weltbank sie nennt, sind nicht nur wegen der langen Anreise kräftezehrend. Oft arbeiten wir bis tief in die Nacht an Power-Point-Präsentationen für den Folgetag, um die tagsüber erhaltenen Rückmeldungen einfließen zu lassen.

Schlussendlich zahlt sich das Engagement aus: Im Laufe der Woche konnten wichtige Vereinbarungen zur Unterstützung der Energiewende zwischen dem Energieministerium und der Weltbank getroffen werden. Wir kehren übermüdet, aber zufrieden nach Washington DC zurück und hoffen, die weltweite Energiewende einen Schritt weiter gebracht zu haben. • •

Nikolai Orgland untersuchte bei der Weltbank und für die UNDP in Bogotá die Hürden eines schnellen Ausbaus von erneuerbaren Energien in Schwellenländern.

Fairer Handel mit Kakao

Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, warum Kakaobauern in Westafrika nicht genügend erwirtschaften. Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen aber nicht weiter, alle Seiten müssen sich bewegen.

Von Oskar Jönsson

Nach etwa 40 Minuten Mitfahrt hinten auf dem Motorrad über holprige Lehmpisten bin ich froh, endlich absteigen zu können. Die Natur zu meiner Rechten ist idyllisch. Ein Bach fließt durch eine bewaldete Senke, Vögel sitzen in den Bäumen. Links von mir holt mich ein Arbeiter mit zerrissenem T-Shirt und dreckigen Hosen aus meinen Träumereien. Hinter ihm sehe ich Baumstummel und verbrannte Erde.

Wir sind irgendwo in Westafrika, in einem Kakaoanbaugebiet. Um mich herum sitzen Dutzende Frauen und befüllen Plastiksäcke mit Erde, die zur Anzucht junger Kakaobäume verwendet wird. Eine eintönige Arbeit, die pro gefülltem Sack bezahlt wird. Mit den Frauen kommen auch die Kinder. Die ganz Kleinen, die nicht ohne ihre Mutter sein können – sie sind meistens in ein Tuch auf dem Rücken eingewickelt. Dann die etwas größeren Kinder, die vor allem herumtollen, manchmal auch eher spielerisch einige Säcke füllen. Und auch jene, die im Schulalter sind und mit eher düsteren Mienen in konstantem Tempo Säcke füllen.

Der interne Kontrolleur der Kooperative, den ich begleite, erklärt, es komme immer wieder vor, dass die Kinder den Eltern bei der Arbeit helfen müssten. Zudem

Zu viele Kakaobauern arbeiten heute auf zu kleinen Flächen und können deshalb nicht genug erwirtschaften

hätten in diesen Covid-Zeiten manche Kinder am Vormittag Schule, andere am Nachmittag. Das kann natürlich sein, man weiß es aber nicht genau. Als wir am späteren Nachmittag wieder vorbeifahren, sind die älteren Kinder immer noch da.

Erdrückende Armut

Auf dem Weg zurück werden wir von einem Regenguss überrascht. Die feuchte Luft ist warm und kühlend zugleich. An der Straße ziehen Lehmhütten vorbei, immerhin mit Wellblechdach statt Stroh. Die Armut der Menschen ist erdrückend. Ihre Kleidung ist dreckig und kaputt, Kinder rennen nackt mit den Hühnern und Ziegen umher. Mit gebücktem Rücken und einfachen Harken bearbeiten die Menschen mühsam ihr Ackerland. An der Armut der Bauern sei der niedrige Kakaopreis schuld. Beziehungsweise die Tatsache, dass so wenig vom Endverkaufspreis der Schokolade bei ihnen ankommt – je nach Quelle und Berechnung zwischen 5 und 10 Prozent. Was in Hochglanzbroschüren europäischer NGOs steht, empfinden auch die Bauern selbst als Hauptproblem.

Dies ist jedoch nur eines von vielen Problemen. So zeigt sich bei der Begehung der Plantagen, dass viele Kakaobäume nicht fachgerecht beschnitten werden. Äste wachsen kreuz und quer, Wassertriebe werden nicht entfernt. Auf Nachfrage zeigen sich die Kleinbauern skeptisch bezüglich des Beschneidens der Bäume. Schließlich würden dabei Blüten verlorengehen, was einen niedrigeren Ertrag bedeute, so die Logik. Je nach Schätzung könnte aber durch eine fachgerechte Pflege der Bäume der Ertrag pro Fläche verdoppelt bis fast verdreifacht werden.

Lokale Geschäftspraktiken spielen den Bauern auch nicht in die Hände. So besitzen die Bauern das Land, das sie bewirtschaften, oftmals nicht selbst. Pachtverträge, bei denen zwei Drittel des Verkaufserlöses der Kakaobohnen an den Pächter gehen und nur ein Drittel beim Bauern bleibt, sind keine Seltenheit. Auch den Bauern höhere Preise für den Kakao zu zahlen, ist nicht so einfach, wie es klingt. Mancherorts ist das nämlich gar nicht erlaubt. Die Händler müssen den Kakao bei der Regierung einkaufen, was bei tiefen Weltmarktpreisen immerhin einen Mindestpreis garantiert. Oder lokale Mittelsmänner freuen sich nicht darüber, dass der Preis steigt. Oft verfügen diese nicht über direkte Geschäftsbeziehungen zum Verarbeiter und können somit Preisaufschläge auch nicht weitergeben.

Eine der größten Herausforderungen liegt in der allgemeinen Strukturschwäche der Regionen, wo der Kakao produziert wird. Für viele Kleinbauern besteht eigentlich nur die Wahl zwischen Subsistenzwirtschaft und Kakaoanbau. Beide Tätigkeiten werfen auf einer durchschnittlichen Betriebsgröße von einem Hektar nicht viel ab. Solange so viele Menschen versuchen, ihr Einkommen auf einer so kleinen Fläche zu erwirtschaften, wird der Preis wohl immer zu tief sein, um ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Was es bräuchte, wären alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für einen Großteil der heutigen Kakaobauern, damit die Bauern von morgen eine größere Fläche bearbeiten könnten.

Doch diese Alternativen fehlen. Am ehesten würde sich anbieten, die Kakaowertschöpfungskette zu lokalisieren, also die Verarbeitung zu Kakaomasse, -pulver und -butter, vielleicht sogar zu

Schokolade, vor Ort zu etablieren. Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, dass dies noch nicht stärker geschehen ist. Schließlich wären die Lohnkosten viel niedriger als in Europa, wo ein großer Teil der Verarbeitung stattfindet. Auf den zweiten Blick ist es jedoch nicht erstaunlich. Denn Kakao wird primär in Europa und Nordamerika konsumiert, weshalb sich das Know-how für die Produktion dort findet. Zudem ist die Kakaoverarbeitung beziehungsweise die Schokoladenproduktion eine kapitalintensive Industrie, in der für hochtechnologisierte Fabriken große Investitionen notwendig sind. Und die Rahmenbedingungen in den Kakao-Produktionsländern – politische Instabilität, Korruption, fehlende Infrastruktur, Fachkräftemangel – sind eher ungünstig für Investitionen im dreistelligen Millionenbereich.

Es gäbe noch weitere Wirkungsbeziehungen, die die Armut der Bauern beeinflussen und nicht mit dem Weltmarktpreis für Kakao zusammenhängen. Weshalb sie, wie die oben genannten Punkte, nicht im Interesse der Bauern umgesetzt werden, hat verschiedene Gründe. Mal ist die lokale Regierung daran schuld, mal die Händler, die Industrie, die Konsumenten und mal die Bauern selbst. Oft sind auch mehrere gleichzeitig schuld – insgesamt sind alle ein bisschen schuld. Weshalb die Lösung ja auch nicht so einfach ist.

Eines jedoch scheint mir sicher: Gegenseitige Schuldzuweisungen führen nirgendwo hin. Es braucht bessere Politik, lokal und international, es braucht die Bereitschaft der Konsumenten, mehr für Schokolade zu zahlen, und es braucht faires Verhalten der Lieferkettenakteure, um höhere Margen auch an die Bauern weiterzugeben. Kurz: Alle müssen sich koordiniert in die richtige Richtung bewegen und an den Stellschrauben drehen, die in ihrer Macht liegen. Grundvoraussetzung dafür ist gegenseitiges Vertrauen. Denn ohne das Vertrauen, dass die anderen Akteure ihr Bestes tun, bleiben alle in ihrer Trotzhaltung. Ein erster Schritt wäre also schon einmal getan, wenn sich alle gemeinsam an einen Tisch setzen würden. • •

Oskar Jönsson beschäftigte sich mit nachhaltigen Lieferketten, vor allem mit der Frage, wie die Produzent*innen stärker in den Fokus gerückt werden können.

Gerechtigkeit in der Klimakrise

Emissionen drastisch senken und sich auf Wetterkatastrophen vorbereiten, das sind wichtige Politikziele. Dabei müssen vor allem arme und marginalisierte Menschen besser geschützt werden.

Von Clara Bütow

Ein Drittel des Landes unter Wasser, über tausend Tote und 33 Millionen Betroffene: Extreme Überflutungen in Pakistan im Sommer 2022 haben Menschen, Tiere und Gebäude mit sich gerissen und eine humanitäre Notlage ausgelöst. Schulen und Krankenhäuser sind zerstört, ein Großteil der Infrastruktur und die Lebensgrundlagen von Millionen wurden mit der Flut weggespült. Doch es ist nur eines von

vielen Extremwetter-Ereignissen, die allein 2022 schon drastische Folgen mit sich gebracht haben: extreme Hitze in Europa, der Antarktis, Indien und Pakistan, Stürme in Mosambik und den Philippinen und Kältewellen in den USA, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Dass solche Katastrophen längst nicht mehr „natürlich" sind, beweisen Studien wie die der Initiative World Weather Attribution: Wetterextreme werden durch die Klimakrise nicht nur wahrscheinlicher, sondern auch intensiver, länger und oft auch tödlicher – und das mit jedem Bruchteil eines Grades an Erwärmung mehr. Wie können wir damit umgehen?

Mitigation und Adaptation

Klimapolitik wird oft in zwei Handlungswege unterteilt: Mitigation und Adaptation. Durch Mitigation sollen Treibhausgasemissionen schnellstmöglich gesenkt werden, damit der weitere Temperaturanstieg gebremst wird. Um das in Paris beschlossene 1,5°C-Ziel noch zu erreichen, braucht es drastische, tiefgreifende Transformationen, von denen wir mit der aktuellen Politik noch weit entfernt sind. Heute steuern wir eher auf 2 bis 3°C Erwärmung zu und riskieren damit massives Artensterben, einen Meeresspiegelanstieg von ein bis sieben Metern und extreme Hitze, die 28 bis 40 Prozent der Weltbevölkerung betreffen könnte. Es steht außer Frage, dass wir noch viel schneller aus fossilen Energien aussteigen und unsere Emissionen senken müssen.

Daneben umfasst Klimaanpassung, auch Adaptation genannt, Strategien, um mit jetzt schon entstandenen oder nicht mehr abwendbaren klimatischen Veränderungen und Extremen besser umzugehen. Denn ob ein Sturm zur Katastrophe wird, hängt nicht allein von seiner Intensität ab: Im Ahrtal hätten kurzfristige

Zur Klimaanpassung gehören Notfallpläne, klimaresiliente Infrastruktur – und gegebenenfalls auch Umsiedlungen

Warnungen und Evakuierungen sowie langfristige Sturmabwehrinfrastruktur, Überflutungsräume und klimaresiliente Planung Dutzende Menschenleben retten und einen Großteil des Schadens abwenden können. Das alles ist Teil von Klimaanpassung: Warnungen und Notfallpläne, klimaresiliente Infrastruktur-, Kommunikations- und Energiesysteme sowie Gebäude-, Stadt- und Landplanung, die auf Extreme ausgelegt sind. Aber auch naturbasierte Strategien, veränderte Lebensweisen, Verhaltens- und Bewusstseinstrainings und sozioökonomische Maßnahmen gehören dazu – und wenn alles andere nicht mehr geht, heißt Adaptation auch, Menschen beim Umsiedeln zu helfen. Die Plakatbeispiele von Klimaanpassung sind oft technologische Highlights, wie riesige Sturmabwehrsysteme, schwimmende Gebäude oder futuristisch wirkende Pumpmechanismen. Doch meiner Ansicht nach muss es bei Klimaanpassung um viel mehr als Technologie gehen: darum, dass wir in einer sich rapide erwärmenden Welt niemanden zurücklassen.

Schon heute leben laut Weltklimarat 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen an Orten und unter Bedingungen, die sie hohen Klimarisiken aussetzen. Wie so viele Krisen trifft auch die Klimakrise Orte und Personen zuerst, die sowieso schon sozial und wirtschaftlich marginalisiert und diskriminiert werden. Menschen, die durch Urbanisierung und steigende Wohnungspreise in Überflutungsgebiete ziehen müssen, weil das Leben nur dort bezahlbar ist, die

mit mehr Luftverschmutzung, instabiler Infrastruktur und in schlecht isolierten Häusern leben, Kleinbäuer*innen, deren Lebensunterhalt von einer Dürre zerstört werden kann.

Anpassung kann und sollte vor allem drastische Ungleichheiten abfedern und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen. Denn sie ist eine der wenigen Chancen, um die kommenden Jahrzehnte in Bezug auf Klimatote, Ressourcenkonflikte und Zerstörung weniger schrecklich zu gestalten. Und auch ökonomisch geht die Rechnung auf, denn Anpassung ist laut Prognosen des Global Center on Adaptation zwei- bis fünfmal günstiger als die Kosten für Katastrophenhilfe und Wiederaufbau nach Klimaextremen.

Doch Klimaanpassung ist komplex, und Lösungsansätze lassen sich oftmals nicht von einem Ort auf den anderen übertragen. Selbst bei guten Absichten kann einiges schieflaufen, knappe Gelder und Zeit können verschwendet werden und Projekte ungewollte Folgen haben. Man spricht von Maladaptation, wenn ein Projekt seine Ziele verfehlt oder nur kurzfristig Probleme löst, Vulnerabilitäten verschiebt oder sogar neue Klimarisiken schafft. Das passiert zum Beispiel, wenn Adaptation flussaufwärts Dörfer durch Umleitungen und Dämme besser vor Fluten schützt, Starkregen dadurch aber Siedlungen flussabwärts noch heftiger trifft. Ähnlich verhält es sich mit Kühlung und Flutsicherung von Stadtteilen durch Parks und andere naturbasierte Lösungen, wenn diese die Wohnkosten so in die Höhe treiben, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung das Leben dort nicht mehr leisten kann und umsiedeln muss.

Anpassung sollte drastische Ungleichheiten abfedern und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen

Wie also kann Anpassung so funktionieren, dass ihr Potenzial für soziale Gerechtigkeit tatsächlich ausgeschöpft wird? In meinen Augen gibt es vier Leitlinien:

1. *Partizipation:* Meistens wissen Bewohner*innen am besten, was sie brauchen und welchen Risiken es vorzubeugen gilt. Oft haben sie lokales Wissen, eine generationenübergreifende Verbindung zur Natur. Partizipation erhöht die Erfolgschancen von Anpassung, schafft Teilhabe und das Gefühl von Zugehörigkeit und kann dafür sorgen, dass Frauen und marginalisierte Gruppen mehr vom Projekt profitieren.
2. *Kontext:* Es gibt leider keine Copy-Paste-Option für Klimaanpassungsprojekte. Auch wenn man viel von Projekten aus anderen Orten lernen kann, braucht jede Adaptationsinitiative einen starken lokalen Bezug sowie ein tiefes Verständnis für soziokulturelle, ökonomische und ökologische Systeme und Abhängigkeiten.
3. *Eingliederung:* Wenn Projekte in Lokalpolitik, Stadtplanung, nationale Klimapakete, internationale Abkommen und Entwicklungszusammenarbeit integriert werden, kann dies Raum für Synergien, schnelleres Wachstum der Projekte sowie öffentliches und politisches Bewusstsein bewirken.
4. *Prioritäten:* Der Schutz der am meisten betroffenen Menschen sollte bei der Planung und Finanzierung von Anpassungsprojekten das oberste Ziel sein. Werden Entscheidungen jedoch basierend auf rein wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen getroffen, sehen Projekte, die teure Gegenden, Gebäude oder Infrastruktur schützen, oft am sinnvollsten aus, auch wenn sie

keinerlei Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten.

Klimaanpassung wird in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle in lokaler, nationaler und internationaler Politik spielen, und je schneller wir sie vorantreiben, desto höher ist ihr Potenzial, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels abzufedern. Fluten und Hitze haben uns in den vergangenen Jahren wiederholt gezeigt, wie dringend gute Anpassungskonzepte für Deutschland sind, und auch international muss Deutschland als einer der historisch größten Treibhausgasproduzenten seiner Verantwortung gerecht werden und stark vom Klimawandel betroffene Staaten unterstützen.

Keinesfalls aber darf Anpassung bedeuten, aufzugeben oder Klimaziele auch nur für kurze Zeit zu verschieben. Anpassung ist eine der besten Chancen, die wir haben, um den Schaden des schon verursachten Klimawandels deutlich zu reduzieren. Doch Anpassung hat ihre Grenzen, allen voran weiterer Klimawandel: Deiche können irgendwann überflutet werden, Dämme platzen und Wälder austrocknen; je stärker und länger Hitze, Stürme und Niederschlag werden, desto weniger wirkt Klimaanpassung. Damit unser Planet lebensfähig für alle bleibt, brauchen wir also beides: schnelle und drastische Emissionsreduktionen genauso sowie Vorbereitung auf Extreme. Wir haben keine Zeit zu verlieren. • •

Clara Bütow hat ihre Stagen beim Global Center on Adaptation (Rotterdam), bei UN-Habitat (Nairobi) und UNDP (Havanna/remote) absolviert.

Digitale Geldtransfers

Innovative Verteilungskonzepte können einen wichtigen Beitrag zu einer sozial gerechten und effektiven Klimapolitik leisten, indem sie dafür sorgen, dass Hilfe da ankommt, wo sie gebraucht wird.

Von Sebastian Geschwind

Der Klimawandel ist in Kombination mit stetig wachsender Ungleichheit eine der größten globalen Herausforderungen. Eines der effektivsten Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels ist die Bepreisung von CO_2 – sei es durch Kohlenstoffmärkte, direkte Besteuerung oder den Wegfall von Subventionen für fossile Brennstoffe. Aufgrund der Angst vor sozialen Unruhen, wie dem Protest der „Gelbwesten“ in Frankreich, ist der CO_2-Preis jedoch oft zu niedrig, um ein emissionsärmeres Verhalten anzuregen. Gleichzeitig sind die Folgen des Klimawandels, wie zunehmende Dürren und Überflutungen, insbesondere im Globalen Süden bereits spürbar und führen zu einer Verschärfung globaler Ungleichheiten.

Was wäre, wenn man den Menschen einfach Geld geben würde? So könnten die aus der CO_2-Bepreisung stammenden staatlichen Einnahmen in Form einer Klimadividende wieder an die eigene Bevölkerung ausgeschüttet werden, um die politische Akzeptanz der Maßnahme zu erhöhen. Zum anderen sind direkte Geld-

transfers eines der effektivsten Instrumente zur Armutsbekämpfung und geben Menschen die Chance, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben verbessern. So weit die Theorie. In der Praxis ist es insbesondere in Ländern des Globalen Südens jedoch gar nicht so einfach, Menschen in großem Maßstab das Geld zukommen zu lassen. Fehlende Ausweise, ein großer informeller Sektor und mangelhafte Daten über individuelle Einkommen sowie nicht vorhandene Bankkonten gestalten die Identifikation und Priorisierung der vulnerablen Bevölkerungsschichten sowie anschließende Auszahlungen oftmals schwierig.

Schneller Geldtransfer

Digitale Innovationen können bei diesen Herausforderungen nützlich sein. Als Mitarbeiter im Kabinett der togoischen Digitalministerin Cina Lawson lernte ich das digitale Geldtransfer-Programm NOVISSI kennen. Während der Corona-Pandemie konnten innerhalb kürzester Zeit über 29 Millionen Euro an ein Viertel der Erwachsenenbevölkerung verteilt werden. Dank Lowtech-Mobiltechnologien können sich Menschen per USSD-Code über ihr Handy registrieren, ganz ohne Internetverbindung. Fehlende Haushaltsdaten zur Priorisierung der vulnerablen Bevölkerungsgruppen wurden durch Satellite- und Mobilfunkdaten sowie machinelles Lernen ersetzt. Nach der Registrierung erhielten Begünstigte ihre Zahlung unmittelbar auf ein automatisch für sie angelegtes Mobile-Money-Konto. Entscheidend waren die Vision und Hands-on-Mentalität der Ministerin: „All people say how the world should be, but I am interested in people who are actually changing it."

Um solche krisenreaktionsfähigen Programme zur Norm zu machen, unterstützt die Weltbank mit technischer Expertise und Finanzierung Länder beim Aufbau

In Togo wurden während der Corona-Pandemie innerhalb kürzester Zeit 29 Millionen Euro an Bedürftige gezahlt

„adaptiver" Sozialsysteme. Neben individuellen Identifikationsnummern spielen hierbei sogenannte Sozialregister eine zentrale Rolle. Diese enthalten Daten über die sozioökonomische Situation von Haushalten und Personen, um bei begrenzten Mitteln die Ärmsten der Armen zu identifizieren und soziale Sicherungsnetze im Fall von Extremwetterereignissen kurzfristig auf mehr Begünstigte ausweiten zu können. Um die Aktualität der Daten zu gewährleisten, können zeit- und kostenintensive persönliche Befragungen durch neue Formen der Datenerhebung wie in Togo durch USSD oder auch SMS und Telefon ersetzt werden. In Ländern mit begrenztem Zugang zu Mobiltelefonen wie Niger braucht es hierzu jedoch andere Formen von Innovation: Gemeinsam mit meinem Kollegen von der Weltbank entwickelte ich eine modulare Datenstruktur, welche die verschiedenen Variablen priorisiert und somit die Zeit pro Befragung um 65 Prozent verkürzt.

Die Frage, inwiefern Geldtransfer-Programme die Vorteile der Digitalisierung nutzen und vor dem Hintergrund der digitalen Kluft gleichzeitig inklusiv gestaltet werden können, beschäftigte mich auch bei der amerikanischen Organisation GiveDirectly. Diese ist seit über zehn Jahren auf digitale Geldtransfers spezialisiert und hat über eine Milliarde Dollar per Mobile Money an die ärmsten Haushalte der Welt gesendet. Besonders beeindruckend ist dabei neben der Effizienz – im Durchschnitt kommen 90 Cent pro gespendetem Dollar bei den Empfängern an – der Fokus

auf die „recipient experience“. Durch eine Vielzahl an persönlichen Berührungspunkten wird sichergestellt, dass Empfänger beispielsweise keine Schwierigkeiten beim Umgang mit dem neu erhaltenen Handy und Mobile Money haben und das Programm als fair empfinden.

Die Möglichkeiten, digitale Geldtransfers auch in Ländern des Globalen Südens inklusiv und skalierbar zu gestalten, scheinen also vorhanden und werden vermehrt zur Bekämpfung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Krisen eingesetzt. In Ländern des Globalen Nordens hingegen erscheinen direkte Geldtransfers – in diesem Fall zur Durchsetzung eines effektiven CO_2-Preises – auf den ersten Blick innovativ. Dabei überweist der Staat seinen Bürger*innen ständig Geld: sei es die gesetzliche Rente, das Kindergeld oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Warum also nicht auch zur Bekämpfung des Klimawandels? Die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung einer Klimaprämie in Deutschland kann als ein erster Schritt in die richtige Richtung gesehen werden. • •

Sebastian Geschwind arbeitete während seines Kolleg-Jahres im togoischen Digitalministerium, bei der Weltbank und GiveDirectly.

Transformation und Finanzsystem

Die Infrastruktur, mit der Geld bereitgestellt wird, ist per se weder gut noch böse. Was muss sie leisten, um eine sozial gerechte Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft zu unterstützen?

Von Chiara Arena

Es scheint oft, als gäbe es nur zwei Arten von Menschen – eine mit App auf dem Smartphone, um die täglichen Börsen-Updates zu verfolgen, und eine andere, die Meldungen zu Inflationsrisiken in der Zeitung schnell überblättert. Zur ersten Gruppe gehörend, habe ich vor zwei Jahren meine Reise in die Welt der Versicherer und der Finanzregulatorik begonnen und befinde mich nun zwischen den Stühlen. Das Eintauchen in diese Welt hat mir die Türen der Blackbox Finanzsystem ein wenig geöffnet und zugleich dessen Komplexität verdeutlicht. Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage nach der Rolle des Finanzsystems in der sozial gerechten Transformation zu einer klimaneutralen Zukunft.

Deshalb habe ich mit Kristina Jeromin, der Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Deutschland und Mitglied des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung, gesprochen, um ihre Sichtweise auf das Transformationspotenzial zu verstehen. Meine erste Frage: Ist das Finanzsystem gut oder böse? Jeromin findet klare Worte: „Das Finanzsystem ist keine moralische Instanz, es ist weder gut noch böse. Es ist ein Instrument, eine Infrastruktur, die geschaffen wurde, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele effizient mit Kapital zu versorgen. Das Finanzsystem hat damit zuerst und vor allem einen dienenden Charakter gegenüber Gesellschaft und Realwirtschaft.“

Sicherlich, so Jeromin, lässt sich die konsequente Realisierung dieses dienenden Charakters hinsichtlich der Finanzierung von nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Wertschöpfungsketten infrage stellen. Sie betont: „Aber es liegt an uns, das Finanzsystem entsprechend auszurichten und für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation zu nutzen."

Regulierung solcher Art war in den letzten Jahrzehnten spärlich gesät. Die Recherchen der NGO Finanzwende zeigen, wie die Deregulierung seit den 1970er Jahren und der Rückzug des Staates aus dem Markt es Vermögenden ermöglicht hat, das Finanzsystem zu ihren Gunsten zu nutzen. Finanzwende zeigt, dass das Finanzsystem, anstatt der Realwirtschaft zu dienen, sich größtenteils „mit sich selbst beschäftigt". So bestehen die Bilanzen von europäischen Banken im Jahr 2021 nur noch zu 29,9 Prozent aus Krediten für Unternehmen und Privathaushalte. Der Rest setzt sich aus Finanzgeschäften zwischen Finanzakteuren zusammen. Dies wird meiner Ansicht nach nicht nur durch die Deregulierung, sondern auch durch die Grundnormen des Finanzsystems als Infrastruktur ermöglicht. Eine Infrastruktur ist nie neutral – sie reflektiert die Präferenzen der Ingenieur*innen. Die Bestandteile der Infrastruktur Finanzsystem wurden nach Anleitung des Neoliberalismus konzipiert und zusammengesetzt.

Jeromin kritisiert, dass unternehmerische Aktivitäten oft nur hinsichtlich ihrer kurzfristigen monetären Profitabilität gemessen werden, ungeachtet ihrer möglicherweise schädlichen Wirkung für Mensch und Umwelt. Dabei ist das Ausblenden der sozial-ökologischen Dimension ebenso ökonomisch unklug, wie die Fokussierung auf kurze Zeithorizonte, um Investitionsrisiken abzuschätzen. Längerfristige Risiken wie die Klimakrise bleiben so größtenteils unberücksichtigt.

Green-Washing-Skandale zeigen, dass die Wirkkraft „grüner" Finanzprodukte noch nicht entfaltet wird

Sustainable Finance

Die Dringlichkeit einer Anpassung solcher Kennzeichen zeigt sich im Umfang des Finanzierungsbedarfs für die Transformation: Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, sind nach konservativen Schätzungen bis 2050 Investitionen in Höhe von drei bis sechs Billionen Dollar pro Jahr erforderlich. Bis jetzt beläuft sich die jährliche Klimafinanzierung nur auf ca. 630 Milliarden Dollar. Grund ist nicht die unzureichende Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln – allein das von Unternehmen verwaltete Finanzvermögen beläuft sich auf rund 210 Billionen Dollar.

Sustainable Finance ist laut Jeromin die Antwort des Finanzsystems auf diesen Bedarf. Sie beschreibt Sustainable Finance als „die Möglichkeit der zielgerichteten Finanzierung der Transformation der Realwirtschaft, bei gleichzeitiger zukunftsfähiger Ausrichtung des Finanzsystems auf Basis eines ganzheitlichen Risiko- und Chancenmanagements und der konsequenten Internalisierung externer Kosten". Jeromin betont allerdings, dass es noch einen gewissen Weg zurückzulegen gilt, um dieses Potenzial zu nutzen. Die aktuellen Green-Washing-Skandale sprechen für diese These. „Wenn es uns nicht gelingt, dass sich hinter dem Schlagwort ESG (Environmental, Social, Governance) eine tatsächliche Integration von sozialen und ökologischen Themen und Aspekten der Unternehmensführung verbirgt, ist

das eine große Gefahr für die Akzeptanz und damit die Durchsetzungsfähigkeit von Sustainable Finance“, argumentiert Jeromin. „Das Problem besteht darin, dass uns aktuell verbindliche, ambitionierte Nachhaltigkeitsstandards fehlen.“ Sie unterstreicht, dass solche Standards von der Politik gesetzt und von Finanzaufsichten umgesetzt werden müssen. „Der Markt braucht einen klaren politischen Rahmen, damit wir seine Dynamiken für die Transformation nutzbar machen können.“

Aufgrund meines rechtlichen Hintergrunds stellt sich mir immer wieder die Frage nach rechtlichen Hebeln abseits von Regulierung, um das Potenzial des Finanzsystems für effektiven Klimaschutz zu nutzen. Klimaklagen benötigen keine neue Finanzregulierung. Basierend auf finanziellen Konzepten wie die treuhänderische Pflicht werden Klagen verfasst, die ökologische Gesichtspunkte in Finanzkennzahlen integrieren. So wurden Pensionskassen für die fehlende Integration von Klimarisiken in ihre Risikomanagementstrategien verklagt, und Investitionsfonds werden für irreführende „grüne Finanzprodukte“ vor Gericht gebracht. Diese Klagen schaffen Raum für Diskussion und tragen dazu bei, dass die Infrastruktur selbst stückweise neu konfiguriert werden kann. Durch ihr Offenlegen von Realitäten im Finanzsektor können sie den Weg zu neuen Regeln ebnen. Letztendlich müssen alle potenziellen Hebel genutzt werden – innerhalb von Ministerien stringentere Finanzregulatorik auszugestalten oder von „außen“ durch Klimaklagen Druck auf Unternehmen und Regulator*innen auszuüben, sind nur zwei Beispiele.

Auf ebendieser Note endet auch mein Gespräch mit Jeromin. Sie betont: „Wir befinden uns an einem Punkt, an dem die Akteursperspektive deutlich wirksamer wird, weil die Struktur erodiert. Dass die strukturellen Voraussetzungen nicht mehr zeitgemäß sind und sich ihre Lücken und Schwächen mehr und mehr zeigen, ist auch eine Chance für eine Neu- und Umgestaltung – diese Chance gilt es jetzt zu nutzen.“ Der Fokus auf rechtliche Hebel ist vielleicht der Weg, den ich wähle, aber bei Weitem nicht der einzige. • •

Chiara Arena ist der Frage nachgegangen, wie rechtliche Hebel verwendet werden können, um Finanzströme hin zu einer sozial gerechten Transformation zu lenken.

Von Investitionen und Innovation

Der Finanzsektor ist eine treibende Kraft für die nachhaltige Transformation der Wirtschaft. Um sein volles Potenzial zu entfalten, sind Quantensprünge der Real-, Finanzwirtschaft und Regulierung nötig.

Von Johannes Hering

Seit mehr als 50 Jahren warnt der Club of Rome vor den Grenzen des Wachstums. Sein aktueller Zustandsbericht Earth4All verdeutlicht erneut, wie weit der Weg zu einem nachhaltigen Morgen noch ist und welch tiefgreifende Transformation unserer Lebensweise und Wirtschaft nötig sein wird. Ohne schnelles Handeln werden

die Schäden durch Naturkatastrophen laut Swiss Re voraussichtlich stärker und schneller wachsen als das globale BIP. Dies sind vermeidbare Kosten, die Entwicklung und Wachstum aufzehren und nicht das, was der Club of Rome unter bewusstem Degrowth verstand.

Auch jenseits des Klimawandels führt die Degradierung unserer Ökosysteme laut Boston Consulting Group zu wirtschaftlichen Einbußen von etwa fünf Billionen Dollar jährlich. Die G20-Staaten investierten bis 2020 etwa 120 Milliarden Dollar in naturbasierte Lösungen. Das entspricht jedoch nur etwa einem Fünftel dessen, was jährlich bis 2030 notwendig sein wird. Und nur 11 Prozent davon kamen aus privaten Quellen. Ähnlich ist das Verhältnis bei Klimafinanzierungsmaßnahmen.

Veränderungen sind unumgänglich

Der Finanzsektor wird also durch ein Umschichten von Kapital eine noch größere Rolle in der Transformation einnehmen müssen. Um sein volles Potenzial zu entfalten, sind weitere ideelle und strukturelle Veränderungen in Realwirtschaft, Finanzwirtschaft und Regulierung unumgänglich. Erstens müssen Unternehmen der Realwirtschaft jenseits der Bilanzscheuklappen denken und mehr Möglichkeiten bieten, nachhaltig zu investieren. Umgesetzt wird die Transformation von innovativen Unternehmen: durch nachhaltige Lieferketten, innovative Geschäftsmodelle und regenerativem Handeln in der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen.

Um die Transformation zu beschleunigen, sind neue nichtfinanzielle Informationen nötig, die entlang der Lieferkette erhoben und entlang der Investmentkette für Investitionsentscheidungen in nachhaltigere Unternehmen und Projekte zur Verfügung gestellt werden. Das gilt nicht nur für kapitalmarktorientierte Unternehmen, sondern auch für kleine und mittlere Unternehmen, die immerhin 99,4 Prozent der deutschen Firmen ausmachen. Große Unternehmen, wie die Mitglieder der Value Balancing Alliance, gehen dabei voraus und entwickeln Ansätze wie das Impact Accounting. Sie versuchen also neben Finanzkennzahlen bereits die positive und negative Wirkung wirtschaftlicher Aktivitäten abzubilden und sie monetär zu bewerten. Dadurch können komplexe Nachhaltigkeitssachverhalte in die finanzielle Sprache des Systems und leichter in Unternehmensentscheidungen integriert werden. Und Investoren erhalten durch entsprechendes Reporting mehr Gewissheit über die Wirkung ihrer Portfolios.

Zweitens müssen Investoren bei nachhaltigen Finanzprodukten klarer differenzieren und neben einer Risikoperspektive auch die Wirkung ihrer Portfolios im Blick haben. ESG-gesteuertes Investing (Environmental, Social, Governance) versucht oft, Umweltrisiken für Portfolios besser zu verstehen. Für einen effektiven Beitrag zur Transformation müsste jedoch auch die Wirkung von Portfolios auf deren Umwelt berücksichtigt werden – wie etwa im Impact Investing, das versucht, neben einer finanziellen Rendite auch eine messbare positive Wirkung zu erzielen.

Weitere effektive Ansätze für mehr Wirkung durch Investitionen sind das Nutzen von Aktionärsstimmrechten, wodurch Unternehmensentscheidungen aktiv mitgestaltet werden können; das Bereitstellen von Risikokapital für visionäre Start-ups und ein Investieren in nachhaltige Anleihen, durch die transformative Projekte finanziert werden. Deren Markt wuchs laut Bloomberg NEF, einem Marktanalysten, 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 100 Prozent auf vier Billionen Dollar.

Regulierer müssen drittens Leitplanken für die Transformation setzen. Das bedeutet, ein internationales Level Playing Field zu schaffen, die richtigen Anreize für verantwortungsvolles Verhalten zu setzen und Transformation gerecht zu gestalten. Die EU und Deutschland (neben vielen weiteren Ländern) erkennen seit Längerem die Notwendigkeit einheitlicher und transparenter Bedingungen für nachhaltiges Investieren. Durch ihre 2021 aktualisierten Sustainable-Finance-Strategien versuchen sie einen Rahmen für den effektiven Einsatz privaten Kapitals zu schaffen. Diverse EU-Initiativen definieren nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten, schaffen Transparenz entlang der Investitionskette und vereinfachen den Zugriff auf Nachhaltigkeitsinformationen.

Die Wirkung dieser Initiativen bleibt abzuwarten, denn am Ende wird der Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Rendite oft weiter bestehen. Einen direkten Effekt haben Instrumente, die Externalitäten internalisieren, also negative Effekte wirtschaftlichen Handelns in tatsächliche unternehmerische Kosten verwandeln – wie etwa ein angemessen hoher globaler CO2-Preis. Die derzeit 63 CO2-Preisinstrumente weltweit decken jedoch nur 23 Prozent der Emissionen ab; weniger als 4 Prozent unterliegen einem angemessen hohen CO2-Preis.

Schließlich müssen Regierungen im Sinne einer Just Transition auch die Verlierer der Transformation befähigen, an der neuen, nachhaltigeren Wirtschaft teilzunehmen, also jene Menschen, Regionen und Länder, die von alten umweltschädlichen Wirtschaftszweigen abhängig sind und sich nicht schnell genug anpassen können oder wollen.

Der Finanzsektor allein wird Ökosysteme, Klima und Wohlstand nicht retten können. Ein Synchronisieren der teilweise vielversprechenden Bemühungen könnte jedoch einen wesentlichen Teil dazu beitragen und ein solides Fundament für die Transformation bauen. Dafür müssen Unternehmen nachhaltige Investitionsmöglichkeiten breitstellen, Investoren jenseits von finanzieller Rendite auch die Wirkung berücksichtigen und Regulierer global verzahnte, effektive und gerechte Leitplanken schaffen. • •

Johannes Hering arbeitete zu Sustainable Finance in der Value Balancing Alliance, im Finanzministerium sowie bei der GIZ.

Ein zu hohes Risiko?

Die Folgen des Klimawandels können durch frühzeitige Investitionen reduziert werden. Doch gerade diese Klimafolgen fließen nun als Risikofaktor in Kreditbewertungen ein.

Von Fiona Spuler

In Deutschland wurde nach sieben Jahren der „schwarzen Null“ 2020 erstmals wieder ein Haushaltsdefizit aufgenommen – 275 Milliarden Euro, um genau zu sein. Damit konnten die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der

Corona-Pandemie abgemildert werden, zum Beispiel durch die Einrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds. Denn wenn eine Krise Gesellschaft und Wirtschaft destabilisieren kann, lohnen sich gezielte höhere Staatsausgaben. Auch im Fall der Klimakrise können durch frühzeitige Investitionen in resiliente Infrastruktur, Frühwarnsysteme, finanzielle Absicherungen und andere Maßnahmen die Folgen von Hitzewellen und Dürren, wie Europa sie im Sommer 2022 erlebt hat, oder Überflutungen wie 2021 im Ahrtal reduziert werden.

Solche Projekte lohnen sich langfristig schon aus rein ökonomischer Sicht – die Weltbank schätzt, dass durch Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ein Einsparpotenzial von 4200 Milliarden Dollar erreicht werden könnte. Und gerade in diesen Ländern sind Investitionen wichtig. Denn wenn die Versalzung von weiten Landstrichen in tiefliegenden Ländern wie Bangladesch oder die Bedrohung karibischer Inselstaaten wie Barbados durch Hurrikans auf bestehende Armut trifft, sind die sozialen und ökonomischen Folgen gravierend. Um solche ambitionierten Projekte umzusetzen, braucht es Investitionen, für die Staaten einen Teil ihres Budgets beiseitelegen sowie neue Schulden aufnehmen müssen.

Die Rolle der Ratingagenturen

Zu welchen Konditionen ein Land Geld am Finanzmarkt leihen kann und wieviel Geld damit für große Investitionen in den Klimaschutz zur Verfügung steht, wird maßgeblich davon beeinflusst, welche Bewertung die drei großen Ratingagenturen Moody's, S&P und Fitch der Kreditwürdigkeit des Landes geben. In diese Bewertung fließen quantitative ökonomische Faktoren und eine qualitative Einschätzung des politischen Risikos ein. Viele Länder, die vom Klimawandel besonders betroffen sind, haben gleichzeitig mit Armut und politischer Instabilität zu kämpfen und können sich daher nur zu schlechteren Konditionen als beispielsweise Deutschland am Finanzmarkt Geld leihen.

Wird das höhere Klimarisiko einbezogen, kann es noch schwieriger werden, neue Staatsschulden aufzunehmen

Auch die Folgen des Klimawandels sollen nun in diese Bewertung einfließen. Denn viele Akteure am Finanzmarkt – Banken, Pensionskassen und Versicherungen – sehen die Klimakrise inzwischen als Problem, mit dem sie sich beschäftigen müssen. Daher haben die drei großen Ratingagenturen Klimadienstleistungsunternehmen und damit Expertise eingekauft, mit deren Hilfe sie den Einfluss des Klimawandels auf die Kreditwürdigkeit von Ländern untersuchen wollen.

Die Situation scheint paradox: Je stärker ein Land vom Klimawandel betroffen ist, desto eher muss es in vorbereitende Maßnahmen investieren, um den sozialen und ökonomischen Schaden der Klimafolgen für die Bevölkerung zu reduzieren. Wenn jedoch Ratingagenturen dieses höhere Klimarisiko in ihre Bewertungen einbeziehen, kann es gerade für diese Länder noch schwieriger werden, neue Staatsschulden aufzunehmen. Eine vom Imperial College London und der SOAS publizierte ökonometrische Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel in einer Gruppe von 50 besonders betroffenen Staaten schon zu höheren Zinszahlungen von 62 Milliarden Dollar geführt hat und dieser Betrag in den nächsten zehn Jahren auf rund 150 Milliarden ansteigen

Vom Klimawandel besonders betroffene Staaten müssen schon heute höhere Zinszahlungen leisten

könnte. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Länder, die historisch gesehen die wenigsten Treibhausgase emittiert haben, von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind.

Die Einschätzung, wie sehr der Klimawandel die Kreditwürdigkeit eines Staates beeinflusst, ist mit enormer Unsicherheit belastet. Doch letztendlich ist das gar nicht der Punkt. Auch andere Aspekte der Kreditwürdigkeit eines Landes sind schwer, wenn nicht gar unmöglich vorherzusagen. Vielmehr ist es die Rolle der Ratingagenturen, einen allgemein akzeptierten Referenzpunkt für Investoren zu bieten; denn allein die Tatsache, dass sie den Klimawandel in ihre Analysen integrieren, sendet ein Signal an den Finanzmarkt.

Lösungsansätze

Die Bewertung des Klimarisikos eines Landes geschieht zwar im Einklang mit dem Mandat von Ratingagenturen. Aber sie steht in direktem Widerspruch zur ethischen Forderung nach gerechter Klimafinanzierung, die besonders betroffene Staaten seit Beginn der Klimakonferenzen in den 1990er Jahren fordern. Was dort bisher zugesagt wurde, ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Um diesem Widerspruch zu begegnen, kann man am Finanzmarkt und bei den Ratingagenturen selbst ansetzen: Wenn schon Klimarisiken eingepreist werden, sollten wenigstens auch Investitionen in Klimaresilienz finanziell belohnt werden. Die Coalition for Climate Resilient Investment arbeitet beispielsweise daran, Resilienzmetriken zu entwickeln, die Regierungen helfen sollen, die positiven Auswirkungen von Investitionen in Klimaresilienz auf die Stabilität und Kreditwürdigkeit eines Staates an Ratingagenturen und den Finanzmarkt zu kommunizieren – und damit einer möglichen Kapitalflucht entgegenzuwirken. Denn auch am Finanzmarkt wird mancherorts eingesehen, dass man nicht abgekoppelt von der Gesellschaft existiert. Insbesondere ist es nicht mehr möglich, von systemischen Problemen wie dem Klimawandel „weg zu investieren". Durch die Einführung neuer Metriken können also möglicherweise neue Anreize am Finanzmarkt geschaffen werden, die notwendigen Investitionen in den Klimaschutz zu tätigen.

Wir können jedoch mit unseren Lösungsvorschlägen noch breiter ansetzen. Mia Mottley, die als Premierministerin nicht nur die Queen als Staatsoberhaupt von Barbados abgesetzt, sondern auch eine der ersten Hurrikan-Klauseln in Staatsanleihen durchgesetzt hat, schlägt beispielsweise vor, einen globalen Haushalt einzurichten, auf dem die Auswirkungen von Klimaschäden verbucht werden. Andere schlagen vor, neue Finanzinstrumente für Klimaresilienz einzuführen, Sonderziehungsrechte für Klimaschutzausgaben am IWF einzurichten oder Reparationszahlungen als Ausgleich für die Verluste und Schäden zu leisten.

Fest steht, dass aktuelle Entwicklungen am Finanzmarkt gegenläufig zu höheren Staatsinvestitionen in Klimaresilienz laufen, die sich sowohl ethisch, ökonomisch als auch sicherheitspolitisch begründen lassen. Wie ambitioniert die Reformvorschläge sind, die wir tatsächlich umsetzen, bleibt nun uns überlassen. • •

Fiona Spuler arbeitete zur gerechten Finanzierung von Klimaresilienz bei der Coalition for Climate Resilient Investment und dem ICCCAD in Bangladesch.

Mensch und Technik

Demokratie und Gerechtigkeit sowohl in der realen Welt als auch im digitalen Raum: Dazu braucht es Verhandlungen auf Augenhöhe.

Von Veronika Datzer, Julian Ringhof, Vanessa Hirneis, Eyşan Rêbwar und Maja Bogojević

Frieden im Cyberspace

In unserer hypervernetzten Welt wird Digitalpolitik immer wichtiger. Welche Fragen und Maßnahmen stehen dabei im Mittelpunkt? Und was kann Deutschland vom Vorreiter Estland lernen?

Von Veronika Datzer

Noch heute erinnern sich viele Estinnen und Esten an den bisher größten Cyberangriff ihrer Geschichte – dabei liegt die Operation „Bronze Soldier" bereits 15 Jahre zurück. Seit Jahren verfügt Estland über eine Datenbotschaft in Luxemburg: Dort ist eine Kopie des kompletten Regierungssystems abgelegt. Estland ist ein Vorreiterland in Fragen der Cyberdiplomatie und Cyberabwehr. In dem kleinen baltischen Land verbrachte ich meine zweite Stage des Mercator Kollegs. Mein Arbeitsplatz lag direkt neben dem Ort, wo einst jener bronzene Sowjetsoldat stand, dessen Entfernung Auslöser für den Blackout im Jahr 2007 war.

Seit Juni 2022 bin ich zurück in Deutschland. Hier existiert eine solche Datenbotschaft bisher nur in einem internen Papier des Auswärtigen Amtes, herausgegeben im Juli 2022. In Fragen der Digitalpolitik liegt Deutschland eher im Mittelfeld. Doch ist ein größtmöglicher Frieden im digitalen Raum auch hier wichtiger als je zuvor, denn wir leben in einer hypervernetzten Gesellschaft. Politische Funktionäre in Deutschland und Europa stehen in der internationalen Cyberpolitik vor der Mammutaufgabe, den Frieden im Cyberraum in Zeiten des Konflikts zu fördern.

Weltweit sind Wirtschaft, Gesellschaft und Politik von Cyberoperationen bedroht. So wurden etwa 46 Prozent aller Unternehmen in Deutschland bereits Ziel einer Cyberoperation. Die nordkoreanische Operation WannaCry führte 2017 zu einem Schaden von rund vier Milliarden Dollar weltweit. Zudem sind auch Zivilgesellschaft und Politik Ziele von Desinformationskampagnen: So versuchte die belarussisch-russische Gruppe Ghostwriter, die Bundestagswahl 2021 zu beeinflussen; in der Vergangenheit diffamierte die Kampagne polnische Politikerinnen, die daraufhin zurücktraten.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine findet auch im digitalen Raum statt. Russland greift gezielt das Telekommunikationsnetz der Ukraine an, streut Desinformationen und erhöht die Frequenz der Operationen gegen Staaten und Unternehmen, welche die Ukraine unterstützen. Solche Operationen werden meist durch Dritte ausgeführt, um direkte Attribution zu verschleiern.

Normen der Cyberdiplomatie

Natürlich darf Russland durch Cyberoperationen keine ausländischen Systeme angreifen. Aber was gilt als Angriff, was ist Spionage, wie gehen wir mit Cyberkriminellen um? Diese Fragen versucht die Cyberdiplomatie durch Normen zu klären. Der Koordinierungsstab für Cyberaußenpolitik des Auswärtigen Amtes ist federführend für die deutsche Cyberdiplomatie zuständig. Er setzt sich für die Entwicklung von internationalen Normen im Cyberspace ein, ist involviert in Dialoge und Sanktionen. Deutsch-

land gilt als Vorreiter bei der Normierung eines offenen, demokratischen und menschenrechtsbasierten Umgangs mit dem Internet.

Die stetig wachsende Zahl an Cyberoperationen hierzulande ist weniger einem Versagen der deutschen Cyberdiplomatie geschuldet, sondern vielmehr dem weltpolitischen Zustand. Internationale Normen basieren bislang auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, und die großen Gegenspieler Deutschlands im Cyberraum – Russland, China, Nordkorea, Iran – haben kein Interesse, diese praktisch umzusetzen.

Die Verhandlungsformate der Vereinten Nationen sind durch Russlands Krieg in der Ukraine weitgehend blockiert. Der Kreml versucht in Eigenregie, eine Resolution zu Cyberkriminalität zu verabschieden, welche die Freiheitsrechte im Internet weiter eingrenzt. Die Europäische Union und die USA reagierten im April 2022 auf diese Entwicklungen mit einer Erklärung zur Zukunft des Internets, der sich inzwischen 61 Staaten angeschlossen haben. An Russlands und Chinas Verhalten im digitalen Raum wird diese Erklärung jedoch nichts ändern.

Dennoch ist ein Weiterverhandeln auf UN-Ebene wichtig. Ein Ende der Beratungen würde das autoritäre Lager womöglich weiter stärken. Offene Gesprächskanäle sind essenziell, gerade in Krisenzeiten. Staaten des Globalen Nordens, inklusive Deutschland, müssen einen diplomatischen Kurs auf Augenhöhe erlernen. Denn nur wenn sich Staaten aus dem Globalen Süden in ihren cyberpolitischen Belangen ernstgenommen fühlen, kann eine Diskussion fruchten und Konflikte eindämmen.

Nur durch systematische Investition in Abwehrmaßnahmen können Cyberbedrohungen abgeblockt werden

Cyberabwehr durch Resilienz

Neben Cyberdiplomatie sind auch Abwehrmaßnahmen notwendig. Auf nationaler Ebene setzen sich das Verteidigungs- und das Innenministerium dafür ein, darüber hinaus sind EU und NATO in diese Maßnahmen involviert.

Trotz aller Debatten um digitale Gegenschläge (Hackbacks) verfolgt Deutschland hier einen defensiven Kurs und sollte dies auch weiter tun: Der Fokus liegt auf der Verhinderung von Schäden und der schnellen Reaktion auf Vorfälle. Denn Abschreckung im Cyberspace durch die Androhung von Bestrafung funktioniert nicht. Nur durch eine systematische Investition in die Resilienz der eigenen Infrastruktur und IT-Systeme, der Zivilgesellschaft, der Behörden und des Militärs kann ein Großteil von Cyberoperationen abgeblockt werden.

Mehr Sicherheit für Menschen

Cyberpolitik hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Dennoch ist eine Weiterentwicklung notwendig, um auf Bedrohungen im Cyberraum besser reagieren zu können.

Vor allem sollte Cyberpolitik stärker Teil der feministischen Außenpolitik Deutschlands werden. Denn eine feministische Grundlage sieht vor, menschliche Sicherheit als primäres Sicherheitsziel zu sehen. Kritische Infrastruktur wie Krankenhäuser, Schulen oder Pflegeheime sollten daher besonders geschützt werden – eine solche Priorisierung wäre wichtig, um Cyberpolitik für Menschen und nicht nur für Maschinen oder Konzerne zu machen.

Meistens sind es gestresste oder unwissende Personen, die einen Mail-Anhang

öffnen, ohne darüber nachzudenken: Es reichte der Klick einer Bundestagsmitarbeiterin, um 2015 den größten Spähangriff auf das deutsche Parlament auszulösen. Das bedeutet, dass insbesondere in Resilienz der Systeme und in menschliche Resilienz gegen Angriffe – also digitale Bildung – investiert werden sollte.

Auch sollte ein feministisches Fundament deutscher Cyberdiplomatie in gezielte Maßnahmen gegen genderspezifische Desinformation im Netz sowie für mehr Repräsentation bei Verhandlungen übersetzt werden. Global sind Frauen überdurchschnittlich durch Bedrohungen im Cyberspace betroffen, wie im Falle der Ghostwriter-Kampagne. UN-Verhandlungen zu Cyberdiplomatie wiederum sind mit einem Frauenanteil von durchschnittlich 20 bis 40 Prozent überwiegend männlich geprägt. Hier sind Einsatz für Parität, ein breites Spektrum an Meinungen und Sensibilität erforderlich.

Deutsche Cyberpolitik steht vor großen Herausforderungen: Es braucht Mut, Cyberpolitik feministisch zu verstehen. Vor allem aber braucht es Optimismus, in Zeiten des Konflikts trotzdem für Frieden im digitalen Raum einzustehen. • •

Veronika Datzer beschäftigte sich in ihren Stagen bei der EU-Kommission, NATO und im Bundestag mit politischen Lösungen für globale Bedrohungen im Internet.

Der geplatzte Traum vom Internet

Aus der technologischen Verheißung eines World Wide Web wurde nicht das, was man erhofft hatte. Das Netz rückt ins Zentrum eines globalen Machtkampfs, digitale Blockbildung ist in vollem Gange.

Von Julian Ringhof

Wenn ein großer Traum geplatzt ist, stellt sich stets die Frage, ob dies der Naivität der Träumenden anzulasten ist und welche Lehren aus dem enttäuschten Erwachen zu ziehen sind.

Das weltweit vernetzende, liberalisierende und demokratisierende Internet war ein solcher Traum. Geträumt von Politikern, Technologiebegeisterten und Bürgern – vor allem – der demokratischen Welt. So verkündete der damalige US-Präsident Bill Clinton im Jahr 2000: „Im neuen Jahrhundert wird sich die Freiheit über Mobiltelefon und Kabelmodem verbreiten … Wir wissen, wie sehr das Internet Amerika verändert hat, und wir sind bereits eine offene Gesellschaft. Stellen Sie sich vor, wie sehr es China verändern könnte."

Doch aus der technologischen Verheißung wurde nichts – oder zumindest nicht das, was erwartet, erhofft oder eben erträumt wurde.

Heute, so scheint es, informiert das Internet nicht, sondern es desinformiert. Statt Bürger*innen und Gesellschaften zu verbinden, scheint es zu spalten. Statt den freien Wettbewerb und Innovationen zu fördern, scheint sich nie dagewesene Macht auf wenige Unternehmen zu konzentrieren. Statt Bürger zu befähigen, scheinen die Algorithmen Menschen zu-

nehmend zu manipulieren. Statt autokratische Systeme von innen heraus zu sprengen, scheint es Diktatoren die Mittel an die Hand zu geben, ihre Macht zu festigen.

Und nun auch noch das: Das globale Netz rückt ins Zentrum eines globalen Machtkampfs. Im Schatten des Ukraine-Kriegs und zunehmender geopolitischer Spannungen senken sich digitale Eiserne Vorhänge und die Cyberblockbildung ist in vollem Gange.

So verbot der Kreml kurz nach dem Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine etliche in Russland äußerst beliebte westliche digitale Plattformen wie Facebook, Twitter und Instagram. TikTok, das soziale Videoportal, ist zwar noch online, doch Nutzer in Russland bekommen nur noch russische Videos zu sehen. Zumindest über diese Plattformen fließen also keine kreml- oder kriegskritischen Informationen mehr in das Land. Und mit dem sanktionsbedingten Rückzug anderer westlicher Tech-Unternehmen droht Russland, was die digitale Isolation anbelangt, ein zweites China zu werden, das sich mit der Great Firewall bereits seit den frühen 2000er Jahren vom Rest der Welt digital abkoppelt.

Doch über die eigene Abkopplung hinaus versuchen China und Russland, das Internet und die globale digitale Ordnung neu zu formen. So verkündeten die Präsidenten Xi Jinping und Wladimir Putin in ihrem Abkommen der „grenzenlosen Freundschaft“ kurz vor Ausbruch des Krieges, bei der weiteren Entwicklung des Cyberspace noch enger zusammenzuarbeiten und in den entsprechenden internationalen Foren „mit einer Stimme zu sprechen“. Dabei versteht sich, dass diese Zusammenarbeit entlang gemeinsamer autokratischer Vorstellungen erfolgen soll. So ist eines der gemeinsamen Ziele, die Aufsicht über die dem Internet

Über die eigene Abkopplung hinaus wollen China und Russland die globale digitale Ordnung neu formen

zugrundeliegende globale technische Infrastruktur zu zentralisieren und ausschließlich unter staatliche Kontrolle zu stellen. Dies würde eine radikale Abkehr von der dezentralen Struktur des heutigen Internets bedeuten. Es würde Zensur und Überwachung erheblich vereinfachen und wäre somit im großen Interesse autokratischer Regierungen. Um diese Vision zu verwirklichen, sind China und Russland aktuell bemüht, weitere Länder auf ihre Seite und in ihren digital-autokratischen Bann zu ziehen.

Gesetzgebung für den Cyberspace

Doch auch die demokratische Welt ist inzwischen aus ihrem Traum erwacht. Vor allem die Europäische Union prescht voran, das Wild Wild Web der Anfangsjahre, welches kaum demokratischer Aufsicht unterlag, demokratisch einzuhegen. Ob DSGVO oder das neue Gesetzespaket über Digitale Dienste, das die Marktmacht der Tech-Konzerne zu brechen und die Grundrechte der Bürger im digitalen Raum zu schützen versucht: Im Kern zielt die digitale Gesetzgebung der EU darauf ab, ein möglichst offenes, freies, faires, informierendes und verbindendes Internet zu befördern.

Auch wenn die EU vorangeht, steht sie mit ihren Ansätzen der digitalen Gesetzgebung in der demokratischen Welt keineswegs alleine da. Ob in Taiwan, Brasilien oder Südafrika: Die Bemühungen, das Internet wieder zu einem demokratiefördernden Ort zu machen, ähneln sich. Und selbst in den USA, wo man noch

unter der Obama-Administration überzeugt war, das Internet am besten sich selbst zu überlassen, tut sich etwas bei der Internetregulierung.

Eine demokratische Vision

Auch auf der internationalen Ebene richtet sich die demokratische Welt neu aus. Dabei sind es, und das ist vielleicht wenig überraschend, gerade die USA, die voranschreiten und der Vision des autokratischen Blocks eine weltweite demokratische Bewegung entgegensetzen. Gemeinsam mit der EU und weiteren demokratischen Verbündeten wie Japan und Australien unterzeichneten sie am 28. April 2022 die „Declaration for the Future of the Internet". Laut der Erklärung, die bisher von 61 Ländern unterzeichnet wurde, ist das Ziel der Initiative nichts Geringeres als die Wiederbelebung des alten Traums vom freiheits- und demokratiebringenden Netzwerk der Netzwerke – oder, wie es im Text heißt: „das Einlösen der Verheißung des Internets".

Demnach soll das Internet der Zukunft „offen, frei, global, interoperabel, zuverlässig und sicher" sein. Ein Ort, wo Menschenrechte und grundlegende Freiheiten geschützt, Vertrauen und Demokratie gefördert und digitale Inklusion und Entwicklung ermöglicht werden. Doch im Gegensatz zum Laisser-faire-Ansatz der Anfangsjahre, gepredigt von technologienaiven Internetpionieren und Politikern, soll dieses Internet heute nicht durch Unterlassen, sondern mit Hilfe von demokratischer Aufsicht Realität werden.

Dabei ist klar: Auch wenn China und Russland in der Erklärung mit keinem Wort erwähnt werden und die demokratischen Partner die Offenheit der Initiative betonen, könnte sie die digitale Blockbildung weiter untermauern. Denn die meisten Prinzipien der Erklärung stellen das genaue Gegenteil der chinesisch-russischen autokratischen Vision dar.

Vor allem die Länder des Globalen Südens sollten von den Vorteilen eines offenen Internets überzeugt werden

Angesichts diametral entgegenstehender Ansätze und der aktuellen Weltlage scheint eine gewisse Fragmentierung des Internets unumgänglich. Der Traum vom vollkommenen weltweiten Wandel durch eine sich selbsttragende digitale Annäherung war jedoch von Beginn an naiv. Und so besteht die Aufgabe für die demokratischen Verbündeten nun vor allem darin, wenn schon nicht alle, dann doch möglichst viele weitere Länder von der eigenen digitalen Vision zu überzeugen, bevor diese sich vom Machterhaltungsversprechen der russisch-chinesischen Vision verführen lassen.

Vor allem die Zusammenarbeit mit den Ländern des Globalen Südens, auf die China zunehmend digital-autokratischen Einfluss zu nehmen versucht, muss im Fokus stehen. Dabei gilt es, die großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vorteile eines offenen und demokratisch regulierten Internets gemeinsam und auf Augenhöhe herauszuarbeiten.

Das Eingestehen der eigenen anfänglichen Naivität und das Narrativ vom – in den USA spätestens mit dem Sturm auf das Kapitol – zum Albtraum gewordenen Traum wären eine gute Grundlage, die durch schmerzliche Erfahrungen geschärfte demokratische Vision vom Internet überzeugend zu vermitteln. • •

Julian Ringhof setzte sich beim ECFR und bei der EU-Kommission mit den außen- und geopolitischen Aspekten von digitalen Technologien auseinander.

Die Psychologie der Armut

Um Sozialreformen zu gestalten, die Menschen am Existenzminimum wirklich unterstützen und mehr Verständnis für ihre Lebensrealität ermöglichen, sollten psychologische Erkenntnisse einbezogen werden.

Von Vanessa Hirneis

Armutsdefinitionen variieren weltweit. Historisch basieren die meisten jedoch auf der Prämisse, dass Armut ein Zustand materieller Entbehrung ist, der Menschen daran hindert, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Traditionell konzentrieren sich Politik und NGOs auf die Generierung von finanziellem Kapital und Humankapital (in Form von Bildung, Skills und Erfahrung) als die zwei wesentlichen Stellschrauben in der Bekämpfung von Armut.

Was diese Modelle allerdings in der Regel nicht berücksichtigen, sind psychologische Faktoren. Die psychologische Armutsforschung versucht, diese Lücke zu füllen, indem sie Erkenntnisse über die Auswirkungen der Armutssituation auf das Erleben und Denken beisteuert sowie darüber, inwieweit diese psychologischen Auswirkungen den Armutsteufelskreis weiter befeuern können und wie das Wissen um die psychologische Natur von Armut als ergänzendes Instrument zur Bekämpfung ebendieser genutzt werden kann.

„Was nach freiem Willen aussieht, ist häufig nicht so frei gewählt. Der Entscheidungsspielraum einer Person aus der Mittelschicht kann sich radikal von dem einer Person mit niedrigerem sozioökonomischem Status unterscheiden“, erklärt Jennifer Sheehy-Skeffington, Armutsforscherin und Assistenzprofessorin der Sozialpsychologie an der London School of Economics and Political Science. „Es ist wichtig zu verstehen, inwieweit der Kontext unsere psychologische Welt beeinflusst. Manche Denk- und Verhaltensweisen, die für viele von uns rational erscheinen, fußen in Wirklichkeit auf großen Privilegien.“ Ein Leben am Existenzminimum hat somit stark negative Effekte auf die menschliche Entscheidungsfindung.

Dauerhafte Überbelastung

Kognitive Funktionen beschreiben mehr als unser reines Denkvermögen. Vielmehr sind sie ein Überbegriff für eine Reihe wichtiger mentaler Prozesse, um Informationen zu grundlegenden Dingen zu verarbeiten: von Aufmerksamkeit und Arbeitsgedächtnis bis hin zu höher geschaltetem Mechanischem wie Lernen, Problemlösung und Planung. In Summe bilden diese Prozesse die Rechenbandbreite unseres Gehirns, welche (ähnlich wie die eines Computers) begrenzt ist.

Wenn die Bandbreite unseres Gehirns den Ansprüchen des Alltags nicht gerecht werden kann, erleben wir einen Zustand der kognitiven Überbelastung – das System stockt und funktioniert nicht mehr optimal. Während wir alle (ab und an und temporär) überfordert sein können, ist diese Art der kognitiven Überbelastung ein Dauerzustand, welcher mit Armut einhergeht. Der Großteil der mentalen Bandbreite Betroffener wird von finanziellen Sorgen

und dem Versuch „über die Runden zu kommen“ absorbiert.

Im Sinne der Kausalität wurde diese These mit Hilfe von wissenschaftlichen Methoden untersucht. So führte ein Forschungsteam eine Reihe von kognitiven Tests mit einer Gruppe von Bauern in Indien durch, die innerhalb eines Erntezyklus Zustände von relativem Wohlstand (direkt nach der Ernte) und relativer Armut (kurz vor der Ernte) durchlaufen. Vor der Ernte schnitten dieselben Bauern im Durchschnitt um zehn IQ-Punkte schlechter ab als nach der Ernte – ein Verlust, der der Leistungsminderung nach einer schlaflosen Nacht entspricht und den Unterschied zwischen durchschnittlicher und mangelhafter Leistung ausmacht.

Der durch die dauerhafte kognitive Überbelastung resultierende Stress lässt sich zudem durch erhöhte Werte des Stresshormons Cortisol in Betroffenen nachweisen. Forscher*innen in den USA konnten überdurchschnittliche Werte bereits bei Kleinkindern aus einkommensschwachen Verhältnissen im Alter von 48 Monaten messen. Kumulative Stresseffekte sind nicht nur desaströs für die physische Gesundheit, sondern wirken sich bereits bei Dreijährigen ebenso negativ auf eine Reihe von kognitiven Funktionen bis hin zur Höhe des Intelligenzquotienten aus.

Bedrohung durch Stereotype

Es sind nicht nur finanzielle Sorgen, die unsere mentale Bandbreite aufbrauchen, sondern es ist auch die Allgegenwart von Vorurteilen und negativen Stereotypen. Menschen am unteren Ende der Einkommensverteilung erfahren in auf Individualismus und Leistung orientierten Gesellschaften häufig Erniedrigung und Ausgrenzung. Zerrbilder wie das des faulen und ungebildeten Sozialschmarotzers werden von Teilen der Bevölkerung aufgrund eines mangelnden Verständnisses und fehlender Empathie pauschal reproduziert.

Leben am Existenzminimum reduziert die Leistungsfähigkeit und erhöht den Stress – bei Erwachsenen und Kindern

Menschen sind soziale Wesen, und als solche sind wir sehr sensibel für statusrelevante Hinweise unserer Mitmenschen. Wir erleben eine Bedrohung durch Stereotype, wann immer wir uns in Situationen befinden, in denen wir Gefahr laufen, negative Stereotype über die eigene soziale Gruppe zu bestätigen. Marginalisierte Gruppen internalisieren diese Angst häufig.

Studien, die dieses Phänomen untersuchen, zeigen, dass Schüler*innen aus einkommensschwachen Verhältnissen beispielsweise in Leistungssituationen weit schlechter abschneiden, wenn ihnen vor Testdurchführung demografische Fragen über das Einkommen ihrer Eltern gestellt werden, als solche, die nicht befragt werden. Ähnliche Experimente, in denen Teilnehmenden unterschiedlich offensichtlich oder subtil ein niedriger Status suggeriert wurde, resultierten in tendenziell verschlechterten kognitiven Funktionen und Gefühlen von geringerer Selbstwirksamkeit.

Das Leben am Existenzminimum und die einhergehende Stigmatisierung führen unter anderem zu reduzierter Leistungsfähigkeit, erhöhtem Stress und zu Gefühlen von Hilflosigkeit und Lethargie. In der Gestaltung effektiver Initiativen sollten deshalb psychologische Erkenntnisse und evidenzbasierte Ansätze unbedingt berücksichtigt werden, um einerseits die rigorose Messung von relevanten Kons-

trukten und andererseits das Verständnis für die Lebensrealität der Betroffenen sicherzustellen.

Dabei ist es allerdings nicht genug, Interventionen zu designen, die ausschließlich darauf ausgerichtet sind, arme Menschen zu den „richtigen" Entscheidungen zu motivieren.

„Denk- und Verhaltensweisen sind in Lebensbedingungen eingebettet, die materielle, soziale und ideologische Dimensionen haben – das gilt für diejenigen von uns, die in Armut leben, genauso wie für den Rest von uns, der in finanzieller Bequemlichkeit lebt. Finanziell und sozial prekäre Verhältnisse sorgen dafür, dass sich eine Person fest auf den Umgang mit Bedrohungen im Hier und Jetzt konzentriert, sodass ‚aufgeschlossen bleiben' und ‚in großen Dimensionen denken' zu gefährlichen Abstraktionen werden. Was marginalisierte Menschen brauchen, ist kein Mindset-Coaching, sondern Maßnahmen, die sich mit ihrer materiellen Entbehrung und sozialen Abwertung auseinandersetzen", so die Armutsforscherin Jennifer Sheehy-Skeffington.

Es braucht Maßnahmen, die sich mit materieller Entbehrung und sozialer Abwertung auseinandersetzen

Auch für mich persönlich, als ehemaliges Hartz-IV- und Heimkind, bot die psychologische Armutsforschung Methodik und Vokabular, um meine eigene Lebensrealität zu verstehen und zu artikulieren.

Eine psychologische Sichtweise auf Armut kann politischen Entscheider*innen dabei helfen, Betroffene zu unterstützen und bestätigt gleichzeitig den Bedarf für tiefgreifende strukturelle Sozialreformen. Mindestens – so meine Hoffnung – ermöglicht sie uns mehr Empathie für Menschen am Existenzminimum. • •

Vanessa Hirneis untersuchte die Anwendung von psychologischen und verhaltenswissenschaftlichen Instrumenten und Methoden bei der Armutsbekämpfung.

Bedingte Solidarität

Die Entwicklungskooperation weist Missstände, strukturelles Versagen und schädliches Verhalten für Betroffene auf. Ernstgemeinte Solidarität erfordert eine machtkritische Reflexion und Veränderung.

Von Eyşan Rêbwar

Der folgende Beitrag stellt ein fiktives Gespräch über eine Konfliktsituation im Rahmen eines Projekts zur Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen dar. Es ist fiktiv im Sinne der Zusammenkunft dieser Akteur*innen und ihrer Redebeiträge. Anders verhält es sich bei den angeführten Positionierungen: Sie basieren auf meiner Arbeitserfahrung im Kontext deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

Das zentrale Thema, das mich zu diesem Beitrag motiviert und mich über das Kolleg-Jahr hinweg begleitete, lautet: Für wen werden eigentlich Projekte der

Entwicklungs- und internationalen Zusammenarbeit gemacht?

Ich möchte zwei grundsätzliche Fragen in Bezug auf die deutsche Auslandsarbeit hervorheben: Kann Zusammenarbeit überhaupt stattfinden oder geht es vielmehr um Entwicklungsinterventionen? Und damit zusammenhängend: Inwieweit ist Solidarität (allyship) in diesem Fall selbst in gemeinsamer feministischer Zielsetzung (nicht) möglich?

Das Bewusstsein für diese Fragen steht im Fokus des folgenden fiktiven Gesprächs. Alle Namen und Orte sind frei erfunden, Ähnlichkeiten mit tatsächlichen Personen oder Organisationen sind zufällig. Hingegen sind Verweise auf Missstände, strukturelles Versagen und schädliches Verhalten für Betroffene internationaler Hilfe beabsichtigt. Ernstgemeinte Solidarität erfordert eine machtkritische Reflexion und Veränderung der Förderstrukturen.

Die feministische Frauenorganisation „TEAM F" mit Sitz in Berlin ist eine Organisation von und für Frauen – so steht es als festgelegtes Prinzip in ihrer Satzung. Anders will sie nicht arbeiten in einer Welt männlicher Dominanzkultur. Seit Jahren bemüht sich TEAM F um internationale Allianzbildung von feministischen Aktivistinnen und hat sich gleichzeitig eine Glaubwürdigkeit in der deutschen Geldgeberlandschaft erarbeitet.

Vor einigen Wochen erlebte TEAM F eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit mit der lokalen Frauenrechtsorganisation „azadi", die es mit aufgebaut hatte, über die Anstellung männlicher Mitarbeiter. Zur selben Zeit stattet ein Vertreter des deutschen Geldgebers mit TEAM F und einer externen Beraterin ein Besuch vor Ort ab. In einer gemeinsamen Sitzung mit einer Vertreterin von azadi besprechen sie die Lage im Projektland Biyanistan.

Geldgeber: ***Vielen Dank, dass Sie uns heute empfangen. Können Sie uns bitte etwas über die derzeitige Arbeit von azadi berichten?***

azadi: Herzlich willkommen, selbstverständlich. Unsere Arbeit besteht aus der juristischen und sozialen Betreuung der Betroffenen von Gewalt in Biyanistan. Die neue Sicherheitslage macht uns jedoch sehr zu schaffen.

Geldgeber: ***Was meinen Sie? Vom Krieg scheinen Sie nicht zu sprechen.***

azadi: Vom Krieg sind alle betroffen. Wir jedoch werden seit einigen Wochen von einer unbekannten Gruppe angegriffen. Wir erhalten Drohbriefe, uns wird aufgelauert und die Fenster unserer Wohnungen werden eingeschlagen. Man versucht, uns einzuschüchtern und unsere Arbeit für Frauen zu behindern. Leider scheint das zu wirken. Wir haben nicht wenige Kündigungen erhalten.

TEAM F: Tatsächlich keine neue Erfahrung, die wir machen. Diverse Partnerorganisationen sind von dieser Gewalt toxischer Maskulinität betroffen. Das zeigt, wie notwendig Frauenarbeit ist.

azadi: Die Notwendigkeit wird hier gar nicht bestritten. Die Frage ist eine andere.

Geldgeber: ***Die Frage ist, wie kann unter diesen Umständen weitergearbeitet werden. Gibt es denn qualifizierten Ersatz für die Kündigungen?***

azadi: Es geht nicht ohne Kompromisse.

Externe: Haben Sie konkrete Vorschläge?

azadi: Ja, da sind wir derzeit noch in Gesprächen mit TEAM F. Es geht um die Anstellung männlicher Mitarbeiter.

Externe: Wie ist das gemeint?

TEAM F: Das kann ich Ihnen erklären. Wir verfolgen seit Jahrzehnten erfolgreich mit unseren Partnerorganisationen das Prinzip, eine Organisation von Frauen für

Frauen zu sein. Damit ist es uns gelungen, Formen von Gewalt durch Männer in unserem Arbeitskontext zu unterbinden und entsprechend unserer Vision sichere Räume von und für Frauen zu schaffen.

azadi: Es gibt eine weitere Realität. Wir werden angefeindet, weil wir keine Männer einstellen. Uns wird vorgeworfen, sie zu diskriminieren.

TEAM F: Sehen Sie, wo wären Frauenrechte, würden wir männlichen Perspektiven entsprechen. Wir dürfen zudem nicht vergessen: Viele der Frauen in dieser konservativ-patriarchalen Gesellschaft durften überhaupt nur arbeiten, weil ihre männlichen Vormünder keine gemischtgeschlechtlichen Räume tolerieren.

azadi: Und doch hat dieser Ansatz die Anfeindungen verstärkt. Sie werfen uns vor, Marionetten zu sein, Männer zu hassen und die Moral der Gesellschaft umkehren zu wollen. Eine andere Perspektive wäre, wie es einst die bekannte Frauenrechtlerin Sima Wali sagte, Männer als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems zu sehen.

Externe: Inwieweit also werden Männer das Problem lösen?

azadi: Wir kommen zum einen dem Personalmangel nach und zum anderen können wir Behörden und lokale Autoritäten eher erreichen, wenn wir Männer als Botschafter einsetzen. Wenn wir starke Signale senden, dass wir nicht nur für Rechte von Menschen unter Ausschluss anderer aktiv sind.

TEAM F: Tatsächlich stärken wir dann die Dominanz der Männer. Das delegitimiert den feministischen Ansatz als solchen. Es gilt: Frauenrechte für mehr Menschenrechte und Wandel in der Gesellschaft und nicht bloß Menschenrechte für Frauen und Männer. Wir sollten sie abholen, ja, aber nicht nach ihren Vorstellungen abgeholt werden. Das ist essenziell für die Zusammenarbeit, die wir mit unseren Partnerorganisationen pflegen.

azadi: Wir dürfen uns nicht isolieren lassen und nicht zusehen, dass der Kontakt zu uns zur Gefahr für Hilfesuchende wird.

Geldgeber: ***Ich verstehe beide Argumente. Die Frage ist, inwieweit das dem Projekt dienlich ist. Schließlich handelt es sich um Steuergelder, die uns verpflichten. Wir wollen möglichst viele der besonders Vulnerablen der Gesellschaft erreichen und genau diese stärken. Erreichen Sie denn diese?***

azadi: Wir sprachen bereits in unserem Abschlussbericht 2021 von 4004 Frauen, dir wir mit unseren Maßnahmen erreicht haben. Wir setzen uns stets für Betroffene ein. Ihnen gilt unsere Arbeit, auch wenn es nicht immer einfach ist, darüber Rechenschaft abzulegen.

Geldgeber: ***Ja, meinte ich doch, Sie haben 4004 Frauen, mal durchschnittlich … wie hoch ist die Bevölkerungszahl von Biyanistan?***

Externe: Nach einer Schätzung von 1997 liegt sie bei 3,5 Millionen Menschen.

Geldgeber: ***51 Prozent, das macht also ungefähr 1,8 Millionen Frauen, davon leben 5 Prozent im Projektgebiet, macht 90 000, wir haben also über 4 Prozent der ganz besonders vulnerablen Gruppe der Frauen erreicht. Die Vereinten Nationen rechnen mit sieben Kindern pro Familie … (tippt eifrig in den Taschenrechner), das sind also 4004 Frauen und 28 028 Kinder, die empowert wurden. Wie lautet Ihr Ziel für das nächste Jahr?***

azadi: Mit oder ohne die Unvulnerablen? • •

In ihrem Mercator-Jahr arbeitete Eyşan Rêbwar zu muslimischen Frauenrechtlerinnen in dokumentarisch-filmischer Zielrichtung.

Erkennen, benennen, handeln

Alle Menschen sind gleich? Leider immer noch nicht. Um die Mehrdimensionalität bestehender Ungleichheiten zu erfassen, sind intersektional sensible Antidiskriminierungsmaßnahmen so wichtig.

Von Maja Bogojević

Das im Jahr 2006 zur Umsetzung europäischer Richtlinien verabschiedete Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist eine von vielen rechtlichen Grundlagen, die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen und Marginalisierungen entgegenwirken wollen. Dennoch zeigt nicht nur ein Blick auf Deutschland, sondern auch ein europäischer und weltweiter Blick, dass eine chancengerechte, diskriminierungsfreie Gesellschaft noch immer marginalisierten Menschen die Partizipation und Repräsentation verweigert.

Dieser Artikel plädiert für die Wichtigkeit der Implementierung von Antidiskriminierungsmaßnahmen, die intersektional sensibel sind. Darüber hinaus werden Maßnahmen, die in meinen absolvierten Stagen im Pariser Hauptsitz von UNESCO und bei der Europäischen Kommission implementiert wurden, betrachtet und anhand ihrer Wirkung das Erkennen, Benennen, Erfassen und intersektionale Handeln diskutiert.

Ungleichheiten erkennen

Um intersektional sensible Maßnahmen zu implementieren, muss in einem ersten Schritt eine Problematik oder eine Ungleichheit erkannt werden, die oftmals auf einem theoretischen und diskriminierungssensiblen Verständnis basiert.

Dies kann zum Beispiel bedeuten, wahrzunehmen, dass die Besetzung eines Panels ausschließlich männlich ist, oder dass die thematische Ausrichtung eines Gremiums zu Genderfragen ausschließlich binär ist.

Bei der UNESCO in Paris lernte ich vor allem, den Blick auf die regionale geografische Zusammensetzung zu werfen. Auf Panels des Global Student Forum, die ich kuratieren durfte, wurde besonders großer Wert darauf gelegt, eine ausgewogene Zusammensetzung der verschiedenen Weltregionen zu erlangen und somit eine diverse geografische Repräsentation zu gewährleisten.

Daten auswerten

In einem zweiten Schritt muss die Beobachtung konkretisiert und belegt werden. Eine Möglichkeit ist das Erfassen des Ausmaßes von Marginalisierung und Diskriminierung, indem vergleichbare quantitative und qualitative Daten erhoben werden. Es kann beispielsweise mithilfe

Ein nur mit Männern besetztes Expertenpanel oder ein Gremium zu Genderfragen, das ausschließlich binär ist: Noch immer gibt es viel zu verbessern, um Diskriminierung zu verhindern

der (anonymen) Erhebung von internen Gleichstellungsdaten – allen Informationen, die für die Beschreibung und Analyse des Standes der Gleichstellung nützlich sind – die Zusammensetzung der Mitarbeitenden mit Blick auf Identitätskategorien erfasst werden. Genauso kann auch die Zusammensetzung von Expert*innenpanels oder Gremien im Hinblick auf Aspekte wie *race* oder *gender* erfasst werden.

Einige meiner Kolleg*innen der Taskforce for Equality innerhalb der Europäischen Kommission erfassten in Zusammenarbeit mit dem Diversity and Inclusion Office quantitativ die demografische Zusammensetzung ihrer Mitarbeitenden: im Hinblick auf *gender*, sexuelle Orientierung, *racial and ethnic origin* und Behinderung. Der sozioökonomische Hintergrund beispielsweise wurde jedoch nicht erfasst.

Die während meiner Stage bei der EU-Kommission oft verwendete Gender Statistics Database des European Institute for Gender Equality ermöglicht es darüber hinaus, auf bestehende Daten in Bereichen wie Arbeitsmarkt, geschlechterbasierte Gewalt oder Entscheidungspositionen im Hinblick auf das Geschlecht zuzugreifen.

Verbindliche Gesetze formulieren

Die Analyse dieser erfassten Daten zu sexueller Orientierung oder *gender* ermöglicht es politischen Entscheidungsträger*innen und der Öffentlichkeit, Maßnahmen und Strategien besser zu entwerfen, anzupassen, zu überwachen und zu bewerten. Das Erfassen von Gleichstellungsdaten fungiert daher als wirksames Instrument bei der Bekämpfung von Diskriminierung, Marginalisierung und Ausgrenzung.

Um jedoch präzise und nachhaltige Kritik an Strukturen zu formulieren, reicht es nicht aus, Diskriminierung als solche nur zu erkennen. Es gilt, darauf aufbauend rechtlich verbindliche Gesetze zu formulieren und ihre Nichteinhaltung zu bestrafen.

Quantitative Erhebungen im Hinblick auf Gender, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft und Race ermöglichen es politisch Verantwortlichen, Maßnahmen und Strategien besser zu konzipieren

Das während meiner zweiten Stage implementierte Women on Board Directive will bis 2026 einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in nicht geschäftsführenden Aufsichtsräten von EU-Unternehmen erreichen. Damit einher gehen verbindliche Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles.

Handeln, aber intersektional

Solche Maßnahmen bringen Erfolge für viele Angehörige marginalisierter Gruppen. Eine Priorisierung der Maßnahmen, die Diversität gewährleisten sollen, kann sinnvoll sein. Jedoch besteht dabei die Gefahr, dass andere Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen, die bislang zu wenig Aufmerksamkeit bekommen haben – wie zum Beispiel der sozioökonomische Hintergrund – weiter unberücksichtigt bleiben.

Hingegen wird es mit einem ganzheitlichen, intersektionalen Ansatz möglich, die Mehrdimensionalität bestehender Ungleichheiten zu erfassen und eine Problematik nicht nur aus einem Blickwinkel heraus zu betrachten. • •

Maja Bogojević arbeitete während ihres Kolleg-Jahrs bei der UNESCO in Paris und bei der Europäischen Kommission in Brüssel.

Partizipation und Gesundheit

Veränderung muss auf vielen Ebenen stattfinden. Wichtig dabei: die Teilhabe der Betroffenen und zielgerichtete Maßnahmen.

Von Loë Guthmann, Miriam Trefzer, Claudia Böhm, Annika Reinhold und Angela Honegger

Das ist unsere Stadt

Überall auf der Welt werden Menschen aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Konventionelle Stadtplanung hat uns im Stich gelassen. Wem gehört die Stadt? Und wie können wir sie zurückerobern?

Von Loë Guthmann

Solo, im Süden von Indonesien. Es ist Mittwochabend, die Luft ist schwül. Das Team bereitet sich vor: Strohteppiche werden ausgerollt, Google-Maps-Karten auf dem Boden platziert, Post-its und ausgedruckte Figuren dürfen nicht fehlen. Es ist Zeit für das Maghrib-Gebet, einige Teammitglieder verlassen den Raum für einen kurzen Augenblick. Dann trudeln die Teilnehmenden ein. Es ist das erste Treffen zwischen der Gemeinschaft und Kota Kita.

Tausende Kilometer entfernt, in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, sieht die Vorbereitung ähnlich aus. Das Team der Kounkuey Design Initiative (KDI) baut Sitzreihen auf und hängt Plakate an die Wand. Es riecht nach Chai und frischen Chapatis. Die Gemeinschaft betritt nach und nach den Raum, der Co-Design-Workshop beginnt mit einem gemeinsamen Gebet.

Kota Kita und KDI sind gemeindegestützte Organisationen, die sich dafür einsetzen, dass Einwohner*innen ihre Stadt aktiv mitgestalten dürfen. Sie fordern eine Stadtplanung, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Denn an vielen Orten werden Projekte durchgesetzt, die an der Realität der Menschen vorbeigehen. „Es ist ein bisschen das Paradoxon der Demokratie“, sagt Ahmad Rifai, Direktor von Kota Kita. „Wir wählen und nutzen so unser Stimmrecht. Die Gewählten behaupten, sie hätten das Mandat der Gemeinschaft – ohne jegliche Rücksprache.“

In Nairobi gibt es ganze Nachbarschaften außerhalb von Mandaten. Der Stadtverwaltung sind informelle Siedlungen oft ein Dorn im Auge, sie betrachtet deren Existenz als illegal. Dabei wohnt ein großer Teil der Menschen Nairobis dort. „60 bis 70 Prozent der Weltbevölkerung wird bis 2030 in Städten leben – die Mehrheit davon in informellen Siedlungen“, so Vera Bukachi, ehemalige Forschungsdirektorin von KDI. „Wir dürfen diese Menschen nicht ignorieren.“

Ein inklusives Solo

Kota Kita heißt übersetzt „unsere Stadt“. Das Kollektiv möchte vor allem die Bedürfnisse marginalisierter Bevölkerungsgruppen sichtbarer machen. Für sie sind öffentliche Räume oft Orte der Isolation, Angst oder gar Gewalt. Städte haben ihre eigene Art und Weise, den Menschen zu vermitteln, in welchem Maße sie willkommen sind. Das drückt sich aus in der Anzahl von öffentlichen Toiletten, der Straßenbeleuchtung, mit Bodenleitsystemen oder Rollstuhlrampen.

In den Workshops von Kota Kita geht es nicht nur darum, wie Gemeinschaften den öffentlichen Raum inklusiver und resilienter gestalten können. Es geht auch um eine aktivistische Denkweise. „Wir wollen Bürger*innen in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stellen“, so

Ahmad Rifai. „Die Beteiligung aller ist essenziell, um unsere Nachbarschaft zu einem besseren Ort zu machen."

An jenem Mittwochabend findet ein gegenseitiges Kennenlernen statt. Die Anwohner*innen leben in Sozialwohnungen. Gemeinsam möchten sie nun bestimmen, was mit dem kleinen Platz vor ihrer Haustür geschehen soll. Die Stadtverwaltung baute Bänke und Sitzmöglichkeiten, die keiner nutzt; sie sind zu nah beieinander und nicht barrierefrei. Kota Kita schaltete sich als Vermittlerin ein und pochte auf das kollektive Recht auf Stadt. Die lokale Regierung gab dem Antrag Kota Kitas statt.

Für die Gemeinschaft heißt dies freie Mitbestimmung. Kinder dürfen sich bei der Planung austoben, aus Papier und Pappe entstehen Spielplätze, Bäume und Büsche sprießen aus dem Boden. Die erwachsenen Teilnehmenden sind reservierter, nutzen Stecknadeln und Haftnotizen, um ihre Bedürfnisse und Wünsche festzuhalten. Nun gilt es, im Laufe der kommenden Wochen einen Konsens zu finden. Kota Kita hilft dabei und sensibilisiert für Inklusion.

Viele fühlen sich das erste Mal gehört. „Als Frau mit Behinderung bin ich es gewohnt, dass Entscheidungen über mich hinweg getroffen werden. Jetzt treffe ich Entscheidungen selbst", sagt eine Teilnehmerin. Für manche Anwohnenden ohne Behinderung ändert sich die Einstellung, mit der sie öffentlichen Räumen begegnen. „Ich habe mir nie Gedanken darüber gemacht, wer Orte nutzen kann", gesteht ein Teilnehmer und fügt hinzu, „das ist jetzt anders."

Im indonesischen Solo setzt sich Kota Kita als Vermittlerin für das kollektive Recht auf Stadt ein

Ein resilientes Nairobi

Szenenwechsel. Wir befinden uns in Mukuru, eine der größten informellen Siedlungen Nairobis. Teil der Stadt, doch irgendwie auch nicht. Denn in der kenianischen Hauptstadt wird oft Politik für eine Minderheit betrieben – eine vermeintliche Mittelschicht, die in dem Ausmaß nicht existiert. Die Folge: leerstehende Wohnblocks. Geisterhäuser, die Fortschritt symbolisieren sollen, doch sinnbildlich sind für wirklichkeitsferne Politik.

Ende 2021 erreichte diese Politik einen traurigen Höhepunkt. Beim Bau der „Straße der Reichen" verloren 40 000 Menschen in Mukuru ihr Zuhause. Die Anwohner*innen bekamen drei Tage Zeit, um ihre Häuser zu verlassen. Die Nachricht erreichte nicht alle. Dutzende Familien schliefen zur Regenzeit in Trümmern, inmitten offener Abwässer. All dies geschieht unter dem Vorwand von „Fortschritt" – Fortschritt für wen?

Gut vier Wochen nach den Zwangsräumungen findet der KDI-Workshop in Mukuru statt. Die Kooperation mit der hiesigen Gemeinschaft ist neu, das Misstrauen wahrnehmbar. Seit der Gründung im Jahr 2006 arbeitet KDI eng zusammen mit Anwohnenden Kiberas, einer anderen informellen Siedlung im Süden Nairobis. Das dafür notwendige Vertrauensverhältnis gibt es in Mukuru noch nicht. Einige KDI-Teammitglieder kommen aus Kibera, niemand jedoch aus Mukuru.

Die Leitung des Workshops legt deshalb offen dar, welche Prinzipien KDI bei der Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften anwendet: nichts geschieht ohne Absprache. Durch den Co-Design-Ansatz sollen klassische Machtverhältnisse aufgehoben werden. Die Teilnehmenden sind nicht

Empfänger*innen, sondern Gestalter*innen. Davon sind 79 Prozent Frauen; vor allem sie waren es, die mit einem Projektvorschlag auf KDI zugingen und um Unterstützung baten.

Fast alle anwesenden Haushalte haben mit dem Problem Überflutung zu kämpfen. Der Klimawandel hat schon jetzt sichtbare Auswirkungen in Mukuru: Die Regenzeit ist unvorhersehbarer als in den Jahren zuvor. Abwassersysteme sind oft dysfunktional, Müll verhindert den Abfluss von überschüssigem Wasser. In den schlimmsten Fällen wurden ganze Häuser weggespült.

Nach fünf Design-Workshops mit KDI entwickeln die Teilnehmer*innen Lösungen – „doing things God's way" nennen sie es. Die Gemeinschaft möchte sowohl graue als auch grüne Elemente. Die Designs sind eine Hybridform aus „harter Infrastruktur" und sogenannten „naturbasierten Lösungen": Bäume, Filterabflüsse mit Regengärten, durchlässige Pflaster und Regenwasserspeicher.

Am Ende der Workshops in Solo und Nairobi ist der Enthusiasmus groß. Jetzt geht es an die Arbeit. Denn die Gemeinschaften helfen beim Bau ihrer Designs. Ein Extraverdienst, ja. Aber allen voran möchten die Teilnehmenden eine Botschaft senden: Das ist unsere Stadt. • •

Loë Guthmann hat sich bei KDI und Kota Kita mit Umweltgerechtigkeit und der gemeinschaftsbasierten Gestaltung öffentlichen Raums befasst.

Nicht nur Spielbälle der Mächtigen

In Jordanien zeigt sich, wie Geflüchtete zu Frieden und inklusiven Gesellschaften beitragen und so ihre eigene Handlungsmacht wiederentdecken können.

Von Miriam Trefzer

Das Haus von Khaled* (*alle Namen geändert) und seiner Familie ist freundlich eingerichtet, der Duft von frischem Kaffee erfüllt die beiden Räume. Dass wir uns in Zaatari befinden, einem der größten Geflüchtetenlager der Welt im Norden Jordaniens, merke ich nur daran, dass das Haus aus Wellblech besteht und eigentlich zu klein für die fünf Personen ist. „Die Kinder gehen zur Schule, aber in Syrien hätten sie ohne den Krieg viel mehr Möglichkeiten. Es gibt hier nicht viel Ablenkung, für keinen von uns", erzählt Khaled, als wir auf den weichen Matratzen am Boden sitzen und den süßen Kaffee trinken.

Am Abend desselben Tages komme ich, zurück in Amman, mit meinem Taxifahrer ins Gespräch. Nabil ist Palästinenser, wurde aber – anders als Khaled – in Jordanien geboren. Er redet über die schwierige wirtschaftliche Lage Jordaniens, darüber, dass palästinensische Arbeitssuchende manchmal diskriminiert würden, und auch darüber, dass er die Heimat seiner Familie nie mit eigenen Augen sehen konnte, obwohl sie nicht viele Kilometer entfernt liegt.

Salma lerne ich einige Wochen später kennen. Sie floh aus dem Sudan und gehört damit einer kleinen Minderheit an, deren

Geflüchtete Menschen werden im Aufnahmeland oft zu Objekten von Abkommen, die Staaten über sie beschließen, ohne dass sie mitwirken

Schwierigkeiten oft übersehen werden. Eine ihrer Sorgen bleibt mir besonders im Gedächtnis: Salma hat Angst vor einer Schwangerschaft, denn wie viele sudanesische Frauen wurde sie in ihrer Heimat Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Mit dieser Problematik kennt sich das jordanische Gesundheitspersonal kaum aus, sie kann aber bei einer Geburt erhebliche Komplikationen verursachen. „Alle Augen richten sich auf die Menschen aus Syrien. Natürlich sind sie wichtig. Wir sind aber auch da", sagt sie.

Ein globales Strukturproblem

Meine Begegnungen sind natürlich nicht repräsentativ, aber viele Geflüchtete im Land sind mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Dabei ist Jordanien ein in vielerlei Hinsicht vorbildliches Aufnahmeland für die riesige Zahl vertriebener Menschen, die es im Vergleich zu europäischen Staaten aufgenommen hat. Die Ursachen für viele Probleme liegen vielmehr in den globalen Strukturen, in denen betroffene Menschen als Subjekte mit eigenen Wünschen und Ideen keinen Raum haben. Sie werden im Aufnahmeland häufig zu Objekten von Abkommen, die Staaten ohne ihre Mitwirkung beschließen.

Auch wenn diese oft Verbesserungen für Geflüchtete bedeuten, wird bei ihrem Abschluss die Perspektive der Betroffenen meist nicht ausreichend bedacht – geschweige denn, dass sie mit am Verhandlungstisch sitzen würden. So schlossen Jordanien und die Europäische Union 2016 ein Abkommen, das EU-Förderung im Gegenzug für die Integration von 200 000 syrischen Geflüchteten in den jordanischen Arbeitsmarkt in Aussicht stellte. Als im Jahr darauf erst 60 000 Arbeitserlaubnisse ausgestellt waren, wuchs der Druck auf Jordanien. In der Folge verloren viele nichtsyrische Ausländer*innen ihre Arbeitsplätze, während manche Syrer*innen Jobs bekamen, die nicht ihrer Qualifikation entsprachen oder die nur auf dem Papier existierten.

Auch auf abstraktere Weise werden Geflüchtete zu Symbolen für politische und wirtschaftliche Forderungen: Die Menschen palästinensischer Herkunft, die je nach Definition und Schätzung rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, stehen symbolisch für den Verlust ihrer Heimat und die Forderung nach Rückkehr. Ihre umfassende Eingliederung in die Gesellschaft könnte, so befürchten wohl einige Regierungsvertreter, aus Jordanien in manchen Augen ein alternatives Heimatland, ein neues Palästina machen.

Ähnlich verhält es sich mit den Geflüchteten aus Syrien, von denen knapp 20 Prozent wie Khaled in einem der großen Lager wohnen, viele von ihnen schon seit über zehn Jahren. Ihre Integration in jordanische Gemeinschaften wäre ein Symbol für ihren dauerhaften Verbleib im Land, während mit der Schließung der Lager gleichzeitig ein sichtbares Symbol von anhaltender Hilfsbedürftigkeit gegenüber internationalen Geldgebern verloren ginge.

Der erste Schritt zur Verbesserung der Situation Geflüchteter und der Gesellschaften, in denen sie leben, ist natürlich die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse und Hindernisse, beispielsweise die Verbesserung der medizinischen Versorgung von Menschen wie Salma. Dar-

über hinaus ist es aber auch notwendig, die globalen Strukturen und Narrative infrage zu stellen, in denen Geflüchtete eher als Objekte oder Symbole vorkommen denn als Subjekte mit eigener Handlungsmacht. Hinzu kommt: Durch ihre Flucht geraten Menschen in jahrzehntelang etablierte Systeme von Staaten und internationalen Organisationen, die darauf ausgerichtet sind, Lösungen zu finden, die bestenfalls dem Zustand vor der Flucht ähneln. Dabei führen Vertreibung und Flucht wie auch andere Formen von Migration zwangsläufig zu irreversibler Veränderung, die keinen festen Endpunkt hat.

Eine Flucht ist der Beginn von transformativen Prozessen, zu denen zum Beispiel gesellschaftliche Veränderungen in Aufnahmeländern wie Jordanien gehören. Geflüchtete warten normalerweise eben nicht passiv im Exil auf eine staatliche „Lösung" ihrer Situation, sondern sind aktiver Teil solcher Veränderungsprozesse.

Beiträge zum Frieden

Veränderung kann auf vielen Ebenen stattfinden. In formalen Friedensprozessen sind Geflüchtete meist nur insoweit berücksichtigt, als dass ihre Rückkehr und Reintegration in das Heimatland als Erfolgsbarometer verwendet werden. Dabei ist die politische Teilhabe von Menschen mit Fluchterfahrung wichtig, zumindest wenn ihnen tatsächlich ein Teil der Macht und Deutungshoheit übertragen wird, sodass ihre Teilhabe nicht nur Scheinlegitimität erzeugt und bestehende Asymmetrien manifestiert.

Geflüchtete sollen als Subjekte betrachtet werden, die eigene Wünsche, Herausforderungen und Entscheidungen mitbringen

Mindestens ebenso wichtig sind jedoch die Potenziale und Beiträge von geflüchteten Menschen, die sich auf viel alltäglichere Weise ausdrücken. Frieden ist nämlich nicht nur die Abwesenheit von Waffengewalt, sondern umfasst auch sozialen Zusammenhalt, Vertrauen und Respekt, die Abwesenheit von strukturellen Ungerechtigkeiten sowie eine faire Verteilung von Macht und gesellschaftlicher Verantwortung. Das soll keine Entschuldigung dafür sein, Geflüchtete nicht an Verhandlungstischen sitzen zu lassen – aber auch so tragen viele von ihnen zum Frieden bei.

Khaled hat in seiner Rastlosigkeit einen umso größeren Tatendrang entwickelt: Er engagiert sich in Zaatari als Freiwilliger für eine Hilfsorganisation; außerdem absolviert er ein Fernstudium – er zeigt mir seinen Laptop und strahlt, als er davon erzählt. Salma habe ich überhaupt erst kennengelernt, weil sie bei einem Treffen mit einer NGO und den UN mutig von der Situation sudanesischer Frauen erzählte und so einen konkreten Beitrag zu inklusiveren Krankenhäusern leistete. Ob und wie Nabil, abgesehen vom wichtigen Taxifahren, auch einen besonderen gesellschaftlichen Beitrag leistet, weiß ich nicht, dafür haben wir uns zu kurz unterhalten. Es spielt aber auch keine Rolle.

So wie bei allen anderen Menschen auch, misst sich der Wert von Geflüchteten natürlich nicht an ihrem Engagement. Auch das ist Teil ihrer Anerkennung als Subjekte mit eigenen Wünschen, Herausforderungen und Entscheidungen. • •

Miriam Trefzer beschäftigte sich in Amman, Brüssel und Bogotá mit inklusiven Friedensprozessen, insbesondere im Kontext lang andauernder Fluchtsituationen.

Gesundheit ist ungerecht verteilt

Das Risiko, frühzeitig zu erkranken, ist für benachteiligte und vulnerable Gruppen besonders hoch und steigt wegen wachsender sozioökonomischer Ungleichheit und Klimawandel weiter an.

Von Claudia Böhm

In den vergangenen Jahrzehnten konnten große Erfolge in der globalen Gesundheit verzeichnet werden. Die Krankheitslast – definiert als Unterschied zwischen der tatsächlichen Lebensqualität und dem Zustand voller Gesundheit – nahm in allen Weltregionen ab; ein Erfolg, der zu großen Teilen auch der internationalen Zusammenarbeit zuzuschreiben ist.

Während es um 1950 große Unterschiede in der Lebenserwartung gab (35 bis 40 Jahre in weiten Teilen Asiens und Afrikas gegenüber 60 bis 65 Jahren in Nordamerika, Europa und der Sowjetunion), liegt heute die Lebenserwartung von circa 90 Prozent der Weltbevölkerung zwischen 67 und 83 Jahren, auch weil die Kindersterblichkeit und Krankheitslast von Infektionskrankheiten dramatisch gesenkt werden konnten. Weltweit stieg die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen sieben Jahrzehnten von 46 auf 73 Jahre. Nimmt man dies als Indikator für die globalen Gesundheitsverhältnisse, gab es also große Fortschritte: für jedes einzelne Land und auch im Abbau der Ungleichheiten zwischen Staaten.

Doch obwohl die Gesundheit der Weltbevölkerung im Durchschnitt besser geworden ist, muss man sich fragen, wie Krankheit und Gesundheit global und innerhalb von Gesellschaften verteilt sind, welche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten noch bestehen, und worauf sich globale und nationale Gesundheitspolitik konzentrieren sollten, um diese zu minimieren.

Betrachtet man die durchschnittliche Lebenserwartung verschiedener Länder in Abhängigkeit vom BIP pro Kopf, zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang: Länder mit weniger als 2000 Dollar BIP pro Kopf weisen alle eine unterdurchschnittliche Lebenserwartung auf, wohingegen fast alle Länder mit mehr als 10 000 Dollar BIP pro Kopf eine Lebenserwartung über dem globalen Durchschnitt haben. Das Einkommen beeinflusst die Morbidität und Mortalität vieler Erkrankungen, vorwiegend durch fehlenden oder schwer bezahlbaren Zugang zu Gesundheitsdiensten und stärkerer Exposition gegenüber armutsassoziierten Risikofaktoren wie Mangelernährung bei Kindern, verschmutzte Wasserquellen und unzureichende Sanitäreinrichtungen.

Der Lebensstil zählt

Global sind acht der Top-10-Risikofaktoren für Krankheit durch den individuellen Lebensstil beeinflussbar (z.B. Fehlernährung, Tabakkonsum, Übergewicht, Alkohol). Sie erhöhen das Risiko für nichtübertragbare Krankheiten wie Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, Diabetes, Krebserkrankungen sowie psychische Leiden (non-communicable diseases, NCDs). Während die Krankheitslast der übertragbaren Erkrankungen in den vergangenen Jahrzehnten

deutlich reduziert werden konnte, zählen die NCDs heute zu den führenden Todesursachen. Global betrachtet sterben heute schon mehr Menschen an den Folgen von Übergewicht als durch Mangelernährung – und das, obwohl die Zahl hungernder Menschen in den vergangenen Jahren wieder gestiegen ist.

73 Prozent aller Todesfälle weltweit sind auf NCDs zurückzuführen. Dieser Trend begann vorwiegend in Ländern mit höherem Einkommen; mittlerweile treten jedoch drei Viertel aller durch NCDs verursachten Todesfälle in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf. Weltweit leiden insbesondere vulnerable und benachteiligte Menschen an NCDs, da sie ein höheres Risiko als andere Bevölkerungsgruppen haben, schädlichen Produkten (wie Tabak) oder Lebensverhältnissen (wie ungesunder Ernährung) ausgesetzt zu sein. Zudem haben sie oft nur eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsdiensten – von Prävention und Früherkennung bis hin zu oft teuren und langjährigen Therapien.

Folgen des Klimawandels

Darüber hinaus gewinnen auch umweltassoziierte Risikofaktoren an Bedeutung. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass etwa 24 Prozent (13,7 Millionen) aller vorzeitigen Todesfälle auf Umweltfaktoren zurückzuführen sind, die modifizierbar oder vermeidbar wären (z.B. Luftverschmutzung, Wassermangel, Hitze) – die meisten eng verknüpft mit dem Klimawandel. Direkt davon betroffen sind vorrangig Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen und sich am schwierigsten vor den Folgen schützen können. Hinzu kommen indirekte Gesundheitsfolgen durch klimabedingte Fluchtbewegungen und Ressourcenkriege.

Globale Machtstrukturen spielen auch bei der Bewältigung von Gesundheitskrisen eine wichtige Rolle

Solidarität und Vertrauen

Auch während der Covid-19-Pandemie zeigte sich, welchen Einfluss sozioökonomische Faktoren auf das Risiko einer Infektion und eines schweren Verlaufs haben. Zudem hat die Pandemie einmal mehr verdeutlicht, welche Rolle globale Machtstrukturen in der Bewältigung einer solchen Krise spielen. Abhängigkeiten in Lieferketten, Preispolitik und der Schutz geistigen Eigentums – all das hatte hier direkte Auswirkungen auf die Gesundheit. Trotz starker Bemühungen der WHO und anderer Organisationen haben wirtschaftliche und geopolitische Interessen die internationale Antwort auf die Herausforderungen der Pandemie bestimmt.

Unzureichende Solidarität hat Vertrauensverhältnissen geschadet und gesundheitliche Ungerechtigkeiten verschärft. Auch wenn der derzeit verhandelte „Pandemievertrag“ zur besseren Prävention, Vorbereitung und Beantwortung von Pandemien von einer Mehrheit der Staaten als nützlich erachtet wird, wird mancherorts der Vorwurf laut, der Westen würde (vorrangig zu seinem eigenen Schutz) anderen Regionen vorschreiben, wofür ihre Ressourcen aufgewendet werden sollen.

Die Prioritätensetzung und Ressourcenverteilung sollten, soweit möglich, evidenzinformiert festgelegt werden und sich vor allem an drei Faktoren orientieren: Welche Erkrankungen tragen wesentlich zur Krankheitslast bei oder werden dies in Zukunft tun? Welche Erkrankungen führen zu einer ungerecht verteilten Krankheitslast? Und welche Interventi-

onen und Maßnahmen reduzieren die Krankheitslast am kosteneffizientesten? Aus ethischer und finanzieller Perspektive sollten präventive Ansätze, unter anderem durch Verhältnisprävention, Klimaadaptation und Konfliktprävention, stärker gewichtet werden.

Die Tatsache, dass ein Großteil der Krankheitslast durch Erkrankungen verursacht wird, die durch das individuelle oder kollektive Verhalten beeinflussbar sind, sollten wir als Chance verstehen, die globale Gesundheit durch evidenzbasierte und kosteneffiziente Verhaltens- und Verhältnisprävention zu verbessern – und gleichzeitig die gesundheitliche Chancengleichheit zu steigern. • •

Claudia Böhm arbeitete für die Weltgesundheitsorganisation und die EU-Delegation in Genf sowie für das Gesundheitsministerium in Berlin.

Mentale Gesundheit: ein Prozess

Was kann helfen, die psychische Gesundheit junger Menschen zu verbessern? Der Kenianer Tom Osborn und das Shamiri Institute erproben in Ostafrika neue Ansätze. Davon können auch wir lernen.

Von Annika Reinhold

Teambesprechung beim Shamiri Institute am Montagmorgen: An dem hellen Holztisch im 13. Stock eines der vielen neuen Hochhäuser in Kilimani, Nairobi, sitzen gut 20 Personen, die sich munter über ihr Wochenende austauschen. Die meisten kommen aus Kenia, doch auch andere Nationalitäten sind vertreten: Äthiopien, die USA, China und mit mir auch Deutschland. Dann kommt Tom Osborn rein: Groß gewachsen, mit Dreads, Brille und in einen extravaganten, schicken Blazer gekleidet, strahlt er Ruhe, Klarheit und Selbstbewusstsein aus. Er hält den Laden zusammen, lenkt, ist ambitioniert und setzt sich mit Leidenschaft für Shamiris Mission ein: eine Zukunft zu schaffen, in der junge Menschen ihr Potenzial verwirklichen können.

Junge Leute gibt es in Kenia jede Menge. Das Durchschnittsalter liegt bei 18 Jahren, über ein Drittel der Bevölkerung ist jugendlich und besonders vulnerabel. In dieser Lebensphase kommt vieles zusammen. Auch die meisten psychischen Erkrankungen wie Depression oder Angsterkrankungen beginnen zwischen zehn und 24 Jahren. Dank der Arbeit von Shamiri wissen wir nun mehr über deren Häufigkeit in Kenia, mit erschreckendem Ergebnis: Die Hälfte der Jugendlichen leidet unter erhöhtem psychischem Stress. Mentale Gesundheit entscheidet darüber, ob die junge Bevölkerung in Ostafrika eine unglaubliche Chance oder eine große Herausforderung für die Region darstellt. Gerade in Kenia, selbsternannte Hustler-Nation, nehmen viele junge Menschen ihre Zukunft selbst in die Hand und verlassen sich nicht auf andere.

Diese Macherkultur verkörpert auch Tom. Mit gerade einmal 27 Jahren ist er bereits mehrfacher Gründer, einer der jüngsten auf der Forbes 30-unter-30-Liste

im Sozialunternehmertum, stets angetrieben von dem Wunsch, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen.

Ursachen von psychischen Problemen

Die Nichtregierungsorganisation Shamiri Institute spiegelt Toms eigene Erfahrungen wider: Aufgewachsen in einem kleinen Dorf im Südwesten Kenias auf dem Hof seiner Eltern, hat er durch sehr gute Leistungen als einer der wenigen im ländlichen Raum die Chance bekommen, an eine Privatschule in Nairobi zu wechseln. Mit dieser großen Ehre kommt aber auch ein hoher Leistungsdruck: „Alle daheim wussten, wie du dich schlägst, Noten waren öffentlich, wir nannten die Schule Bush – survival of the fittest."

Viele streben, ringen, hadern. Auch Tom. Hinzu kommt, dass er sich in dem neuen sozialen Umfeld nicht angenommen fühlt – er hat einen anderen Background, ist ärmer als die meisten. Drei enge Freunde helfen ihm. Trotzdem leidet er irgendwann an Symptomen psychischer Belastung. Angsterkrankung? Depression? Solche Beschwerden werden abgetan als Motivationsproblem. Diejenigen, die darunter leiden, seien nicht stark genug – auch heute noch ein häufiges Stigma. An Toms Schule wird wenig über mentale Gesundheit geredet, mit schwerwiegenden Folgen: Einer seiner Freunde, eigentlich ein sehr guter Schüler, schneidet in einer Klausur schlecht ab und nimmt sich daraufhin das Leben. Alle sind geschockt.

Was hat sich seither geändert? Leider wenig! Laut Tom bewerben sich heutzutage immer mehr junge Menschen auf knappe Schul- oder Studienplätze, später konkurrieren sie um viel zu wenige Jobs. „Diese Situation ist einer der Gründe, warum Shamiri so eine hohe Prävalenz von psychischen Erkrankungen in Kenia beobachtet." Und wie ist es anderswo?

Survival of the fittest – über Probleme wird in Kenia kaum gesprochen. Mit Shamiri will Tom etwas ändern

Nach der Schule und Gründung seines ersten Unternehmens GreenChar wird Tom an der Harvard University angenommen und studiert dort Psychologie. Auch hier herrschen hoher Leistungsdruck und viel Stress, mit zwei Unterschieden: Es sind deutlich mehr Ressourcen vorhanden, und es wird mehr über das Thema mentale Gesundheit gesprochen – Vertrauenspersonen, Sport, regelmäßige Wellness-Tage.

Sein Psychologiestudium in Harvard ist auch der Beginn von Shamiri. Tom merkt immer mehr, dass viele der Schwierigkeiten von jungen Menschen sich durch psychosoziale Erfahrungen entwickeln, und sucht nach skalierbaren und kostengünstigen Interventionen. Mit John Weisz und Katherine Venturo-Conerly startet er 2018 ein Forschungsprojekt in Kibera, einem der größten Slums in Afrika. Das Projekt ist erfolgreich, Shamiri Institute wird gegründet und geht in den ersten Jahren eine der größten Herausforderungen im Bereich der globalen mentalen Gesundheit an: die schwierige Datenlage.

Gerade in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen ist oft nicht ersichtlich, wie viele Menschen überhaupt von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Noch weniger Evidenz gibt es zu wirksamen Therapien – was in Deutschland funktioniert, kann in Kenia ganz anders aussehen. Das Thema ist extrem stigmatisiert, Betroffene werden manchmal aus ihrer Gemeinschaft verstoßen oder weggesperrt. Im Vergleich zu anderen Krankheiten wie HIV erhält mentale Gesundheit wenig Aufmerksamkeit, was

sich in einer deutlichen Unterfinanzierung zeigt. So machen in Kenia Ausgaben für psychische Gesundheit nur 0,01 Prozent des gesamten Gesundheitsbudgets aus.

Auch Shamiri kämpft anfangs um Gelder, arbeitet sich hoch von 40 000 auf 600 000 Dollar, 2022 dann endlich der Durchbruch: sechs Millionen für die Skalierung und Verbreitung von Project Thrive! Aber die Finanzierung durch Stiftungs- und öffentliche Gelder ist nicht nachhaltig. Um sich unabhängig zu machen, gründet Tom erneut. Das gewinnorientierte Start-up Shamiri Health soll langfristig auch die Aktivitäten des Shamiri Institute mitfinanzieren.

Gewinnorientierung und Wachstum bringen neue Herausforderungen mit sich: Die Machtdynamiken, die mit Risikokapital einhergehen, hat Tom schon früher kennengelernt. Neu ist das Gefühl, zu schnell zu wachsen: „Wir verlieren die Lernkultur, auf die wir so stolz waren, es gibt ständig fünf Dinge gleichzeitig zu tun." Neue Strukturen sollen helfen, eine effiziente Organisation zu schaffen – ohne die psychische Gesundheit der eigenen Beschäftigten zu gefährden. Denn viele Menschen, die im mentalen Gesundheitsbereich arbeiten, zögern selbst, sich Unterstützung zu suchen.

Wie also sieht die mentale Gesundheitsversorgung der Zukunft aus? Toms Vision umfasst drei zentrale Lösungsansätze:

1. *Bezahlbarkeit sicherstellen*. Shamiri verfolgt hier ein Drei-Stufen-Modell, von Buddy-Support bis zu professioneller Hilfe, um mentale Gesundheit für alle sicherzustellen; ein Ansatz, den auch die Weltgesundheitsorganisation verfolgt.
2. *Personalisierung*. Es braucht Interventionen, die kultursensibel und auf die Bedürfnisse der einzelnen Betroffenen zugeschnitten sind. Besonders hier können digitale Tools helfen – mit Daten, einer hohen Zugänglichkeit und dem Potenzial der Skalierbarkeit.
3. *Integration*. Um nachhaltige Lösungen zu entwickeln, müssen alle Interessengruppen einbezogen werden, von Geldgeber*innen über Forschende und Durchführende bis zum sozialen Umfeld der Betroffenen. Und Betroffene, das sind schlussendlich wir alle. • •

Annika Reinhold hat sich mit Ansätzen zur Verbesserung von mentaler Gesundheit in ressourcenreichen und -begrenzten Kontexten beschäftigt.

Not macht erfinderisch

Am Beispiel eines einfachen Scanners für Brustkrebsvorsorge zeigt sich in Nigeria, wie wichtig innovative, kostengünstige Produkte sind, insbesondere für die unterversorgten Teile der Bevölkerung.

Von Angela Honegger

Das Gesundheitszentrum in Ile-Ife, Nigeria, besteht aus spärlich eingerichteten Untersuchungszimmern, die Ventilatoren werden vom Generator vor dem Haus angetrieben und an den Wänden rufen Plakate zur Cholera-Impfung

auf. Drinnen sitzen zwei Dutzend Frauen, deren Daten von Hand ins Patientenbuch eingetragen werden. Sie alle warten auf eine Brustkrebsuntersuchung, nachdem sie von der Möglichkeit gehört haben, sich gratis, vor Ort und ohne die zeitraubende Reise ins nächste Spital untersuchen zu lassen. Einige haben Schmerzen in der Brust, andere sind zur reinen Vorsorge hier. Die jüngste ist 19 Jahre alt, die älteste Ende 70. In einem Nebenraum treffe ich auf eine Gruppe von Community Nurses, die in den nächsten drei Tagen geschult werden, Brustkrebs im Frühstadium zu erkennen.

Eine innovative Lösung

Brustkrebs ist die weltweit häufigste Krebsart (für Frauen und Männer zusammen!). Während im Globalen Norden die Inzidenzen aufgrund von Umweltfaktoren überdurchschnittlich hoch sind, ist im Globalen Süden die Früherkennungsrate unterdurchschnittlich tief. Brustkrebs wird später erkannt, Behandlungen sind komplizierter und teurer, Überlebenschancen geringer. Während die Fünf-Jahres-Überlebenschance in der Schweiz bei 88 Prozent liegt, ist sie in Lagos, Nigeria bei 24 Prozent.

Weltweit sterben jeden Tag über 1800 Frauen an Brustkrebs. Aus diesem Grund nahm sich Mihir Shah, Gründer von UE LifeSciences und Schwiegersohn einer Betroffenen, dieses Themas an. Er ist überzeugt, mit Innovation einen Teil zur Verbesserung beizutragen und Frauen weltweit Zugang zur Brustkrebsvorsorge zu ermöglichen. So ist der „iBreastExam"-Scanner entstanden, eine frugale – also einfache und kostengünstige – Lösung für jene Frauen, die aus finanziellen oder geografischen Gründen keinen Zugang zur Mammografie haben.

Die Bezeichnung „frugal" wird für Produkte verwendet, die speziell für ressourcenarme Kontexte entwickelt werden. Am Beispiel des iBreastExam lassen sich die häufigsten dieser Ressourceneinschränkungen erkennen. Unterversorgten Bevölkerungsgruppen fehlen oft die finanziellen Mittel, um sich bestimmte Produkte leisten zu können. Gerade in Ländern mit hohen Einkommensunterschieden sind solche Produkte zwar verfügbar, aber für einen Teil der Bevölkerung nicht erschwinglich. Ausschlaggebend ist dabei auch die Kostenverteilung, denn wiederkehrende Teilzahlungen sind besser stemmbar als hohe Investitionskosten zu Beginn.

Durch seine einfache Funktionsweise und wenigen Bestandteile ist iBreastExam wesentlich kostengünstiger als andere Lösungen wie Mammografie oder Ultraschall. Dabei wird nicht für das Scanner-Gerät bezahlt, sondern für die darin enthaltene Sensorkartusche. Dieses „Payper-Scan"-Modell ermöglicht es, iBreastExam ohne hohe Investitionskosten einzusetzen und schrittweise auszuweiten.

Selbst wenn ein Produkt erschwinglich ist, mangelt es in unterversorgten Gebieten oft an der notwendigen Infrastruktur, um das Produkt vorschriftsmäßig anzuwenden. Internet kann fehlen, Strom kann aussetzen oder Geräte mit Überstrom beschädigen, Staub, Sand und Feuchtigkeit können dem Produkt zusetzen. Um unter diesen Bedingungen langfristig zu funktionieren, müssen Produkte mit der lokalen Infrastruktur kompatibel sein.

iBreastExam ist mit einer Batterie versehen, die Strom für einen Tag liefert und den Scanner damit unabhängig von der

Ein einfach zu bedienendes Gerät, das kostengünstige Untersuchungen in abgelegenen Regionen ermöglicht

Stromversorgung macht. Scans werden per Bluetooth-Verbindung übermittelt, um nicht auf das Internet angewiesen zu sein. Und die Technologie basiert nicht auf Röntgenstrahlen, deren sicherer Einsatz in unterversorgten Regionen wenig verbreitet ist, sondern auf taktilen Sensoren, wie sie in Smartphone-Bildschirmen vorkommen. Da der Scanner zudem relativ klein und leicht ist, ist es möglich, das Gerät auch außerhalb von Krankenhäusern zu nutzen. Einzig ein Bett mit Sichtschutz wird benötigt – und zur Not tun es auch ein Tisch mit Überwurf und ein angeklebter Vorhang.

Ressourcen sinnvoll einsetzen

Ist ein Produkt erschwinglich und mit der lokalen Infrastruktur vereinbar, braucht es die entsprechenden Humanressourcen, um das Produkt zu bedienen. Doch während in unterversorgten Gebieten Arbeitskräfte mit einfacher formaler Bildung oft genügend vorhanden sind, sind es höhergebildetes Personal und Spezialist*innen meist nicht oder nur in ungenügender Zahl. Frugale Produkte müssen daher einfach in der Anwendung sein: klare Anleitung, wenige Bedienungsschritte, kaum Spielraum für Fehler.

Die Bedienung von iBreastExam geschieht mit einer Smartphone-App, die Nutzer*innen durch die Untersuchung führt. Die App gibt an, welcher Bereich gescannt wird, ob der Druck erhöht oder reduziert werden soll und erfasst den Scan automatisch, sobald dieser stabil ist. Gleichzeitig läuft im Hintergrund ein Algorithmus, der Knoten von normalen Unregelmäßigkeiten im Brustgewebe unterscheidet und so den Bedarf an Interpretation minimiert.

Mit Ressourceneinschränkungen umzugehen, bedeutet auch, knappe Ressourcen effizienter zu nutzen. Dies gilt für Materialien und Maschinen wie auch für Arbeitskräfte. Werden diese zielgerichteter eingesetzt, können Engpässe überwunden und mehr Wirkung erzielt werden.

Bei iBreastExam geschieht dies auf zwei Arten: Triage und Arbeitsumverteilung. Einerseits werden durch die iBreastExam-Untersuchung Patientinnen mit Anomalien und damit dem größten Bedarf an einer Folgeuntersuchung identifiziert. Somit können Mammografie-Geräte gezielt für diese Risikopatientinnen eingesetzt werden. Andererseits können durch die iBreastExam-Unterstützung Brustuntersuchungen von Community Nurses übernommen werden, während sich Frauenärzt*innen und Radiolog*innen auf komplexere Aufgaben konzentrieren.

Zurück nach Nigeria. Nach drei Tagen theoretischer und praktischer Ausbildung sind die Community Nurses geübt im Umgang mit dem Scanner; die Zahl der Scans pro Tag ist bereits doppelt so hoch wie am ersten Trainingstag. Die beiden Patientinnen, bei denen Anomalien festgestellt wurden, werden zur weiteren Untersuchung ins nächste Spital weitergeleitet.

Die Geschichte von iBreastExam zeigt, wie wirksam frugale Produkte sein können und welches Potenzial insbesondere in essenziellen Sektoren wie Gesundheit, Hygiene, Nahrung oder Elektrizität besteht. Doch noch immer richten sich neue Produkte zu selten an unterversorgte Bevölkerungsgruppen, zu selten werden Innovation und Technologie für das Lösen grundlegender Probleme eingesetzt. Das Beispiel von iBreastExam sollte deshalb Tüftler*innen, Unternehmer*innen und Entscheidungsträger*innen Mut machen, Innovation zukünftig bewusst als Entwicklungstreiber einzusetzen. • •

Dr. Angela Honegger arbeitete in einer Entwicklungsbank und einem Start-up daran, Innovation als Entwicklungstreiber einzusetzen.

Konflikte und Aufarbeitung

Wie können wir zu mehr Gerechtigkeit beitragen? Indem wir einen Raum der Würde schaffen und den Opfern von Konflikten Sichtbarkeit geben.

Von José-Manuel Heinze, Alessandra Biagioni, Christoffer Horlitz, Lina Schmitz-Buhl, Vincent M. Kadiri, Gregor Christiansmeyer, Annika Roes und Leandra Bitahwa

Ein Meilenstein für Gerechtigkeit

Mit der umfassenden Aufarbeitung des Bürgerkriegs in Kolumbien zeichnet sich ein Wandel ab hin zu einer gerechteren Gesellschaft. Dabei spielt die Wahrheitskommission eine zentrale Rolle.

Von José-Manuel Heinze

„Yo soy paz – ich bin Frieden." Mit diesen Worten beendet Janeth Mosquera ihre Ausführungen vor den Delegierten der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Für einen Moment herrscht Stille in der ECOSOC-Kammer der Vereinten Nationen, bevor die Delegierten applaudieren. In einem späteren Beitrag bezeichnet der US-Delegierte den Tag als „historisch, bewegend und eindrucksvoll". Und tatsächlich ist die Bedeutung dieses 14. Juli 2022 kaum zu unterschätzen. Denn es ist der Tag, an dem die kolumbianische Wahrheitskommission ihren 20 000-seitigen Abschlussbericht über den mehr als sechs Jahrzehnte dauernden bewaffneten Konflikt dem UN-Sicherheitsrat vorlegt.

Es ist auch der Tag, an dem die Afrokolumbianerin und Aktivistin Janeth Mosquera, die selbst von bewaffneten Gruppen vertrieben wurde und Überlebende von konfliktbedingter sexualisierter Gewalt ist, der internationalen Gemeinschaft – stellvertretend für die Millionen vertriebenen kolumbianischen Frauen – die Wahrheit über den zerstörerischen Konflikt präsentiert. Es ist ein Meilenstein für die Übergangsgerechtigkeit – weltweit.

Ein Dokument des Grauens

Diesem Meilenstein, wie ich an diesem Nachmittag aus erster Hand von dem Präsidenten der Wahrheitskommission, Francisco de Roux, erfahre, geht eine kolossale Anstrengung voraus. Gegründet wurde die Kommission 2017 als Teil des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP mit dem Auftrag, den bewaffneten Konflikt aufzuarbeiten. Über dreieinhalb Jahre hat die Kommission in 14 000 Interviews die Perspektiven von 30 000 Menschen angehört – unter ihnen Opfer, ehemalige Präsidenten, Politiker*innen, Generäle, Forscher*innen sowie demobilisierte Kämpfer*innen der FARC-EP und paramilitärischer Gruppen. Dabei standen sich Opfer und Täter oftmals zum ersten Mal gegenüber.

In zehn Kapiteln gibt der Bericht einen detaillierten Überblick über das Ausmaß des verursachten Leids, das in besonderem Maße Frauen, Kindern, LGBTQI+Personen sowie indigenen, afrokolumbianischen, Roma- und ländlichen Gemeinschaften zugefügt wurde. Es werden Massaker, gewaltsames Verschwindenlassen, außergerichtliche Hinrichtungen, Entführungen, Erpressung, Folter, systematische sexualisierte Gewalt und die Rekrutierung von Kindern durch Paramilitärs, Guerillas und das Militär dokumentiert. Der Bericht zeigt, es ist ein Konflikt, dessen Folgen vor allem die Zivilbevölkerung tragen muss: 85 Prozent der Opfer sind Zivilist*innen. Zwischen 1985 und 2018 wurden mindestens 450 000 Menschen getötet – die Hälfte von paramilitärischen Gruppen –, 4000 Massaker begangen, 6402 außergerichtliche Hinrichtungen durch das Militär

durchgeführt, 30 000 Kinder zwangsrekrutiert und mehr als acht Millionen Kolumbianer*innen gewaltsam vertrieben.

„Die Liste der Opfer ist endlos und der Schmerz unermesslich. Es würde 17 Jahre dauern, um eine Schweigeminute zu Ehren aller Opfer abzuhalten", fasst de Roux zusammen, bevor er die zentralen Paradoxe des Konflikts aufzählt: „Warum haben wir Kolumbianer es jahrelang zugelassen, dass wir uns selbst zerreißen? Warum haben wir uns die Massaker im Fernsehen angesehen, als wären sie eine billige Seifenoper? Warum genoss das Volk nicht die gleiche Sicherheit wie die Politiker?"

Angesichts der gesellschaftlichen Indifferenz privilegierter urbaner Klassen gegenüber dem bewaffneten Konflikt, der bis heute vor allem entlegene ländliche Gebiete betrifft, ist für den Präsidenten der Kommission klar: „Am Ursprung des Krieges steht ein ethisches Vakuum: das kollektive Vergessen, was es heißt, Mensch zu sein." De Roux spielt hiermit auf das vorherrschende staatliche Sicherheitsmodell an, nach dessen Logik Guerillagruppen und die politische Opposition als innere Feinde behandelt wurden.

Die Konstruktion eines Feindbilds ist nach Ansicht des Historikers Jorge Orlando Melo eng mit der extrem ungleichen Landverteilung verbunden, die in der Kolonialzeit auf einem rassistischen und chauvinistischen Herrschaftssystem zementiert und seitdem gewaltsam aufrechterhalten wurde. Für die Konsolidierung des Friedens fordert die Kommission daher, die dem Konflikt zugrunde liegende Geschichte der gewaltsamen Ausgrenzung zu überwinden und die Würde des Anderen als gleichwertig anzuerkennen.

Am Ursprung des Krieges steht das kollektive Vergessen, was es eigentlich heißt, Mensch zu sein

Kritischer Blick nach vorne

Eine derartige gesellschaftliche Versöhnung zu erreichen, wird jedoch alles andere als einfach, denn die ursprünglichen Trennlinien des Konflikts sind nach wie vor weitgehend intakt: Kolumbien gehört zwar zu den größten Volkswirtschaften Lateinamerikas, ist jedoch hinsichtlich der Konzentration von Vermögen, Einkommen und Landbesitz unverändert eines der ungleichsten Länder der Welt.

Das Friedensabkommen sollte die Landfrage eigentlich angehen, doch unter der rechtskonservativen Regierung Ivan Duques (2018–2022) ist die Implementierung des Abkommens ins Stocken geraten. Gleichzeitig sind die Militärausgaben des Landes wieder angehoben worden, und Teile des Militärs stehen den von der Kommission empfohlenen Reformen des Sicherheitsapparats kritisch gegenüber.

Unterdessen hat sich die Zahl der nichtstaatlichen bewaffneten und kriminellen Gruppen vervielfacht, die in dem Vakuum operieren, das durch die Demobilisierung von FARC-EP entstanden ist. Getrieben von der Nachfrage im Globalen Norden, konkurrieren sie mit zunehmender Brutalität um die Vormachtstellung im Drogenhandel. Als Nachfolger einstiger Paramilitärs und Guerrillas korrumpieren sie die Politik, kontrollieren weite Teile des Landes und terrorisieren die Landbevölkerung.

Doch trotz aller Hindernisse bei der Konsolidierung des Friedens sind auch hoffnungsvolle Anzeichen zu erkennen. So gibt es mehr Garantien für die Ausübung der politischen Opposition, und Wahlergebnisse spiegeln die Vielfalt der Gesellschaft wider. Der im Frühjahr neu gewählte Kongress wird den bisher größ-

ten Anteil an weiblichen Abgeordneten haben. Zudem kam es 2021 im gesamten Land zu den größten zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen gegen Korruption und Polizeigewalt.

Getragen von dieser Protestwelle hat Kolumbien im Juni 2022 Gustavo Petro, ein ehemaliges Mitglied der M-19-Guerilla, zum Staatspräsidenten und Francia Márquez, eine Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin, zur Vizepräsidentin gewählt, die damit die erste Schwarze Vizepräsidentin des Landes ist. Petro erklärte bereits, dass seine Regierung den Empfehlungen der Kommission folgen und Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen einleiten werde. Trotz der vielfältigen Herausforderungen zeichnet sich in Kolumbien also ein Wandel ab. Das Ergebnis könnte eine gerechtere Gesellschaft sein, in der die Würde und Gleichwertigkeit aller Kolumbianer*innen garantiert ist und gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden. Der kolumbianische Friedensprozess mit seiner beispiellosen Einbindung von Opfergruppen, insbesondere Frauenorganisationen und ethnischen Minderheiten, ist schon jetzt eine weltweite Referenz. • •

José-Manuel Heinze war in der humanitären Hilfe für Geflüchtete beim UNHCR und UN OCHA in Kolumbien sowie bei UN Women in New York tätig.

Prävention ist möglich

Die ruandische Friedensaktivistin Mama Lambert im Gespräch über die Folgen von sexualisierter Kriegsgewalt, die Bedürfnisse der Überlebenden und Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft.

Von Alessandra Biagioni

Im Zweiten Weltkrieg, in den bewaffneten Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, in der Demokratischen Republik Kongo und Syrien oder während des Genozids in Ruanda: In all diesen und vielen weiteren Konflikten rund um die Welt ist sexualisierte Gewalt an Kindern und Erwachsenen Bestandteil des Krieges. Auch in der Ukraine mehren sich die Berichte von Menschen, die Opfer wurden.

Sexualisierte Kriegsgewalt existiert, seitdem es Kriege gibt. Neben Vergewaltigung umfasst sie auch sexuelle Sklaverei, Zwangsheirat, Genitalverstümmelung sowie jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere, die mit einem Konflikt in Verbindung steht. Sexualisierte Kriegsgewalt wird in unterschiedlichen Formen und Situationen ausgeübt. Sie kann spontan oder opportunistisch sein, zur praktizierenden Norm des Kriegskontexts gehören oder als strategische Kriegswaffe eingesetzt werden, wie dies auch in Ruanda der Fall war. Die vielfältigen Motive sind der Wissenschaft und den humanitären Mitarbeiter*innen bekannt. Aber wie sexualisierte Kriegsgewalt verhindert und bekämpft werden kann, ist nicht einfach zu beantworten.

In Kigali durfte ich Mama Lambert kennenlernen. Mama Lambert ist eine 70-jährige ruandische Friedens- und Menschen-

rechtsaktivistin und Beraterin bei der NGO Solace Ministries. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Traumaheilung und der psychosozialen Unterstützung von Überlebenden des ruandischen Genozids von 1994. Sie selbst ist eine Überlebende sowohl des Genozids als auch von sexualisierter Kriegsgewalt (siehe dazu ihr Buch „For Those Who Do Not Believe in Miracles: The Resilience of a Rwandan Woman who Survived the Genocide"). Mama Lambert ist eine Quelle der Inspiration für viele Menschen. Offiziell heißt sie Béata Mukaruguba, aber seit dem Ende des Genozids nennt sie sich Mama Lambert – nach ihrem jüngsten Sohn, den sie auf dem Rücken trug, als sie sich während des Genozids drei Monate lang im Dschungel verstecken musste.

In diesem Artikel soll Mama Lambert zu Wort kommen. Mir war es wichtig, dass hier eine Überlebende spricht, nicht nur über ihre Erfahrungen, sondern auch über mögliche Lösungen. Sind Betroffene nicht viel mehr Expert*innen als die Akademiker*innen, Entscheidungsträger*innen und Mitarbeiter*innen internationaler Organisationen aus dem Globalen Norden, die in der Regel die Unterstützungsprogramme entwerfen und implementieren, oft aber über wenig Landeserfahrung verfügen, die lokalen Sprachen nicht sprechen und sich mit den Thematiken nur theoretisch auseinandergesetzt haben?

Sie arbeiten seit über 20 Jahren mit Überlebenden zusammen. Was sind die langfristigen Folgen von sexualisierter Kriegsgewalt?

Mama Lambert: Überlebende leiden unter einer Reihe von langanhaltenden physischen, mentalen und sozialen Folgen. Zu den physischen Folgen gehören psychosomatische Erkrankungen, Schmerzen im Intim- und Magenbereich, Unfruchtbarkeit, Fisteln, Amputation von Genitalien und Geschlechtskrankheiten, insbesondere AIDS. Viele der Überlebenden leiden zudem an langwährenden psychischen Krankheiten wie Depressionen, Angststörungen und Posttraumatischen Belastungssyndromen. Darüber hinaus werden Überlebende in vielen Kulturen stark stigmatisiert und sozial ausgegrenzt, was wiederum mentale und zum Teil körperliche Krankheiten verstärken kann.

Welche konkreten Bedürfnisse haben die Betroffenen?

Um die besonderen Bedürfnisse der Überlebenden zu erfüllen, braucht es einen holistischen Ansatz, der Traumaheilung, gesundheitliche Fürsorge, Zugang zu Justiz, Entschädigung und eine solidarische Wiederaufnahme in die Gemeinschaft vereint. Psychosoziale und wirtschaftliche Hilfe sind Komponenten, die in den humanitären Antworten von „Hilfsorganisationen" oft vernachlässigt werden, obwohl sie für die Heilung der Überlebenden ganz entscheidend sind, vor allem auf langfristige Sicht. Überlebenden muss Zugang zu einer nachhaltigen Existenzgrundlage, zu legalen Erbrechten sowie zu Land- und Ressourceneigentum gegeben werden, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von sexualisierter Kriegsgewalt zu bewältigen. Diese Maßnahmen sollen sich nicht nur an die Überlebenden, sondern auch an ihre Kinder richten, insbesondere diejenigen, die durch sexualisierte Kriegsvergewaltigung entstanden sind.

Was hat Ihnen geholfen, mit den schrecklichen Dingen umzugehen, die Sie während des ruandischen Genozids erleben mussten?

Mir haben Beratung, Coaching und mein Glaube geholfen, mein Trauma zu verarbeiten. Gruppenberatung, in der Über-

lebende zusammen beten, Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig unterstützen, war und ist eine zentrale Komponente meines Heilungsprozesses.

Was würden Sie der internationalen Gemeinschaft über sexualisierte Kriegsgewalt sagen wollen?

Zuallererst fordere ich von allen Täter*innen – Regierungen, Militärs und nichtstaatlichen Gruppen – eine sofortige Beendigung von sexualisierter Kriegsgewalt in jeglicher Form. Zwingend notwendig ist mehr langfristige und flexible finanzielle Unterstützung für von sexualisierter Kriegsgewalt betroffene Länder. Geld soll vor allem in Projekte fließen, die sich auf Prävention fokussieren, Überlebende zu Bildungs- und Berufsausbildung verhelfen und ihnen Zugang zur Justiz gewähren. Die Finanzierung von psychologischen, medizinischen und sozialen Anlaufstellen ist ein anderer wichtiger Bestandteil.

Fazit: Sexualisierte Gewalt ist kein unvermeidliches Nebenprodukt eines Krieges, sondern sie ist ein Verbrechen, das verhindert und nach den Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht bestraft werden kann. Das Ausmaß unterscheidet sich von Konflikt zu Konflikt; nicht alle Konfliktakteur*innen wenden sexualisierte Gewalt an. Prävention ist möglich und es gibt Maßnahmen, um sie zu vermindern: Das kann mit Frühwarnsystemen, Sensibilisierungskampagnen und einer Beendigung der Straffreiheit getan werden. Oder auch mittels gender-inklusiven Friedensverhandlungen, bei denen eine Klausel zur Unterlassung von sexualisierter Kriegsgewalt in den Friedensvertrag aufgenommen wird.

Es handelt sich also um ein komplexes Problem, das eine Überwindung patriarchaler und schädlicher soziokultureller Normen braucht. Um diesen langwierigen Prozess in Angriff zu nehmen, sind ausreichende finanzielle Mittel erforderlich, die vorrangig an lokale zivilgesellschaftliche Organisationen und lokale Aktivist*innen gehen sollten. • •

Alessandra Biagioni arbeitete in New York, Nairobi und Kigali bei den UN sowie Peacebuilding- und Frauenorganisationen zu sexualisierter Kriegsgewalt.

Auf faktenbasierter Spurensuche

Digitale Tools können zur präzisen Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen beitragen, wenn sie in lokale Strukturen eingebettet werden und die betroffenen Menschen beteiligen.

Von Christoffer Horlitz

Jede Menschenrechtsverletzung hinterlässt Spuren. Und lokale Communities wissen oft am besten, welche. In den vergangenen Monaten habe ich bei Forensic Architecture und bei der Friedenssicherung der Vereinten Nationen gearbeitet und mir dabei die Frage gestellt, welche Strukturen und Technologien es braucht, um betroffenenzentriert mit Daten zu arbeiten und Fakten zu finden.

In UN-Friedensmissionen wird heute die Nutzung von Daten zum besseren Schutz von Zivilist*innen angegangen. An Orten, die kaum Mobilfunkempfang haben oder nur unter großen Sicherheitsrisiken erreicht werden können, ist es eine besondere Herausforderung, regelmäßig und sinnvoll Daten zu erheben und wertvolle Analysen zu erstellen, welche die lokale Bevölkerung schützen können.

Daten werden in den Missionen auf unterschiedlichste Art und Weise gesammelt, von Militärs, Menschenrechtsarbeiter*innen oder Community Liaison Assistents. Was mir dabei aufgefallen ist: Es wird kaum zurückgekoppelt zu den Bevölkerungen vor Ort, die Risiken und Menschenrechtsverletzungen oft intuitiver einschätzen können als weit entfernte UN-Mitarbeiter*innen in den Hauptsitzen der Missionen. Wie also können netzwerkorientierte, lokalere Strukturen in der Menschenrechtsarbeit mithilfe digitaler Tools ausgebaut werden?

Die Rechercheagentur Forensic Architecture untersucht Menschenrechtsverletzungen mit räumlichen, digitalen Technologien. Viele davon basieren auf Daten und Quellen, die netzwerkartig zusammengetragen werden. Winzige Informationsschnipsel, die für sich genommen unbedeutend aussähen, werden zu einem aussagekräftigen Abbild der Wirklichkeit vereinigt. Durch das Kombinieren dieser Spuren entsteht ein Geflecht von Akteur*innen, bei dem sowohl Betroffene und Wissensträger*innen vor Ort mitwirken als auch Menschen mit spezifischen technischen Skills an verschiedenen Orten der Welt, die Daten auswerten. In konstantem Austausch mit Überlebenden werden so die Erkenntnisse weiterentwickelt.

Der von der deutschen Schutztruppe verübte Genozid an den Herero und Nama ist über ein Jahrhundert her. Doch die Folgen sind bis heute deutlich spürbar. Viele Fragen sind immer noch ungeklärt. Die Rechercheagentur arbeitet mit den Betroffenen, um ihre Ansprüche mit innovativen Forschungstechnologien zu visualisieren.

„Nothing about us without us“

Auf unserer Forschungsreise durch den Osten Namibias wiederholte Kambanda Nokokure Veii von der Ovaherero Genozid Stiftung häufig die Forderung: „Nothing about us without us.“ Über das Schicksal der Herero und Nama wurde oft ohne sie entschieden. Ein Teil des Genozids war der Missbrauch von deutscher „Wissenschaft“, die die Körper von KZ-Insass*innen in Namibia schädigte. Umso wichtiger ist es, heute für die selbstgesetzten Ziele der Stämme zu arbeiten. Wissenschafts- und Menschenrechtsprojekte, die als Teil eines Netzwerks arbeiten, das sich für diese Anliegen einsetzt, sollten von Anfang an in beständigem Austausch mit den betroffenen Communities stehen. Zugleich stellt sich die Frage, welche Position Externe in einem solchen Projekt einnehmen können und sollten. Legitimiert sich ihr Beitrag rein durch finanzielle Mittel oder auch durch inhaltliche Beiträge?

Im Fall von Forensic Architecture ist der Beitrag eine einzigartige Analysemethodik anhand hochspezialisierter Technologien. Räumliche Aspekte werden für diese Recherche in 3D-Welten und immersiven Umgebungen nachgebaut oder spekulativ weitergedacht. Um den Reparations- und Landansprüchen der Stämme in Namibia Nachdruck zu verleihen, wurden Dörfer und kulturelle Stätten in historische Landschaften integriert. In situierten Zeug*innenaussagen kamen verschiedene Herero-Historiker*innen und Häuptlinge zusammen, um mündliche Überlieferungen in die virtuellen Umgebungen einzuarbeiten. Während dies durch Bilder oder

Karten aus der Zeit unterstützt wird, liegt der Wert des Projekts darin, die durch die Kolonialmacht entstandenen Medien mit dem Wissen der betroffenen Gemeinschaften zu erweitern und zu kontrastieren.

Die Rechercheagentur arbeitet zumeist auf einem Mikro-Level und untersucht Detailfragen, die auf eine größere Struktur hinweisen. Hier ist Präzision besser zu erreichen, als es in den großen UN-Missionen möglich erscheint. Doch auch dort gibt es eine Bewegung hin zu strukturierterer, kleinteiliger Datenverarbeitung, die Betroffene schützt. Community Liaison Assistants sind nationale Mitarbeiter*innen, die zwischen den lokalen Communities in Friedensmissionen und den UN vermitteln. Sie sammeln Eindrücke und Informationen und gewichten diese anhand ihres situierten Wissens. Über eine ganze Mission hinweg werden hieraus große Datensätze, die in den Analysezentren der UN verarbeitet werden. Viele der so gewonnenen Erkenntnisse werden in der internen Hierarchie aber nur nach oben geleitet. Insbesondere die technisch komplexeren Analysen, bei denen räumlich-visuelle Daten in Bezug zueinander gesetzt werden, stehen so oft nur der Missionsleitung zur Verfügung. Einen Kreislauf, in dem diese Analysen von lokalen Expert*innen wieder überprüft werden, gibt es bislang nicht.

In meiner Arbeit in diesen sehr unterschiedlichen Organisationen wurde mir deutlich, dass es weniger um die spezifischen Technologien als um die Strukturen geht, in die diese eingebettet sind. Das Herausfinden von Fakten oder das Ausgraben von Informationen ist ein komplexer, kaum je vollständig abzuschließender Prozess. Dies bedeutet jedoch nicht, dass unsauber gearbeitet werden darf. Es bedeutet, dass wir uns öffnen sollten – durch Technologien, durch dekoloniale Arbeitsweisen, um Betroffenen zuzuhören und ihre Anliegen zu unterstützen. • •

Christoffer Horlitz arbeitete während des Mercator-Jahres in Berlin, New York und Namibia und tauchte in unterschiedliche Methoden und Arbeitsumgebungen ein.

„Wir bearbeiten alle Facetten“

Interview mit Catherine Marchi-Uhel, Leiterin des IIIM, über inklusive Gerechtigkeit und über intersektionale Ansätze bei der Aufarbeitung von Völkerverbrechen.

Von Lina Schmitz-Buhl

Der Internationale, Unparteiische und Unabhängige Mechanismus für Syrien (IIIM) ist eine besondere Institution. Er wurde 2016 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingerichtet, um die juristische Aufarbeitung von internationalen Verbrechen im Syrien-Konflikt zu erleichtern. Denn der Weg zum Internationalen Strafgerichtshof ist durch Vetos im Sicherheitsrat blockiert. Deshalb sammelt, bewahrt und analysiert der IIIM Beweismaterial für Genozid, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und teilt Informationen mit nationa-

len Staatsanwaltschaften und Gerichten. Catherine Marchi-Uhel leitet den IIIM seit 2017. Dabei legt sie ganz bewusst den Fokus auf die Interessen und Bedürfnisse von Opfern und Überlebenden.

Was unterscheidet Ihre Arbeit von der anderer Organisationen?

Catherine Marchi-Uhel: Inklusive Gerechtigkeit ist kein Alleinstellungsmerkmal des IIIM – aber dieser Ansatz treibt unsere strategische Ausrichtung an. Wir arbeiten in erster Linie für die Opfer und Überlebenden, das ist unser Mantra. Uns ist bewusst, dass „inklusive Gerechtigkeit" leicht zu einem Schlagwort wird, wenn sie nicht, durch entsprechende Strategien untermauert, in die tägliche Arbeit einfließt. Warum? In der Vergangenheit, bei der juristischen Aufarbeitung von Völkerverbrechen, ging es in erster Linie um die Erfahrungen von Männern. Frauen wurden nur selten als Zeuginnen befragt. Die Medien haben zwar über die Auswirkungen von Kriegen auf Kinder berichtet, aber diese Perspektiven gingen nicht in die Fälle ein, die vor internationalen Gerichten verhandelt wurden.

Was macht der IIIM anders?

Unser Ziel ist es, ein institutionelles Umfeld zu schaffen, in dem gerade die Erfahrungen von Überlebenden, die historisch wenig beachtet wurden, aufgearbeitet werden. Inklusive Gerechtigkeit ist auf allen Ebenen in unsere Arbeit eingebettet, von der Sammlung von Beweisen bis zu deren Analyse; sie fließt in unsere Arbeit ein, in die Art und Weise, wie wir unser Personal einstellen und schulen. Wir haben Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich auf bestimmte, bisher wenig erforschte Aspekte wie Gender und Kinder konzentrieren. An dieser Stelle wird Intersektionalität wichtig.

Intersektionalität ist ein Konzept, mit dem Kimberlé Crenshaw 1989 auf die Diskriminierung Schwarzer Frauen in den USA aufmerksam machte, die durch das Zusammenspiel von Race, Gender und sozialer Klasse geprägt ist. Warum ist das so wichtig?

Wir betrachten Identitätsmerkmale oft isoliert, aber wenn wir die Auswirkungen eines Konflikts verstehen wollen, müssen wir uns die hierarchischen Strukturen ansehen, die dazu führen, dass Menschen aufgrund ihrer Identität diskriminiert werden. Das ist selten ein Merkmal allein. Diskriminierung kann auf dem Geschlecht, der Religion, der sozialen Klasse, der politischen Zugehörigkeit oder Meinung, dem Alter beruhen – oder auf einer Kombination dieser Faktoren. Wenn man all dies umfassend verstehen will, braucht es einen intersektionalen Ansatz. Einen Konflikt in all seinen Facetten zu erfassen, ist von entscheidender Bedeutung, wenn die Opfer das Gefühl bekommen sollen, dass sie Gerechtigkeit erfahren.

Inklusive und intersektionale Ansätze sind also notwendig, um internationale Verbrechen zu verstehen …

Ja genau, und um zu verstehen, was einen Konflikt antreibt. Das geht ein wenig über die unmittelbare Strafaufklärung hinaus. In einer idealen Welt soll Strafaufklärung dazu beitragen, eine bessere Zukunft aufzubauen, auch wenn sich Gewalt oder diskriminierende Strukturen wohl nie vollständig beseitigen lassen. Ich sage nicht, dass der IIIM oder Strafjustiz selbst transformativ sein müssen, aber Strafaufklärung bietet Anlass für Analysen, die diejenigen in einer Gesellschaft unterstützen können, die Dinge ändern wollen. Wenn die strukturellen Ursachen von Gewalt verkannt werden, kann es durchaus sein, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt

durch juristische Aufarbeitung zwar „ein bisschen“ Gerechtigkeit herstellt wird – sich aber trotzdem die gleiche Diskriminierung in Zukunft wiederholt.

Im Strafrecht geht es im Wesentlichen um die Bestrafung einzelner Personen. Damit unterscheidet es sich von alternativen Formen von Gerechtigkeit, die eher auf Wiedergutmachung ausgerichtet sind. Können Strafprozesse Betroffene wirklich entschädigen oder beim Aufbau einer besseren Zukunft helfen?

Strafe allein ist nicht genug. Selbst wenn das Strafrecht die beste Lösung wäre, haben wir nicht die Kapazitäten, um in Konflikten wie in Syrien alle Täter*innen zu verurteilen. Selbst wenn es ein internationales Tribunal für Syrien gäbe: Im besten Fall wird es vielleicht 100 Personen vor Gericht stellen, obwohl viel mehr an den Verbrechen beteiligt waren beziehungsweise sind. Einige Betroffene sprechen sich für Strafaufklärung aus; aber es gibt eine Vielzahl an unterschiedlichen Positionen. Vergangene Strafaufklärungsprozesse haben gezeigt, dass es für Überlebende und betroffene Gemeinschaften wichtig ist, wenn Verantwortliche die Verbrechen vor Gericht zugeben. Wahrscheinlich ist das sogar noch wichtiger als das Urteil selbst. Das schließt andere Formen von Gerechtigkeit wie Wahrheits- und Versöhnungskommissionen nicht aus. Es ist schwierig, eine Zukunft aufzubauen, wenn Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Ich denke, es ist am besten, beide Elemente zu kombinieren – Strafjustiz und Versöhnung.

Mit dem IIIM haben Sie eine ganz besondere Institution aufgebaut. Darf ich fragen, was Sie antreibt?

Das ist alles Teamwork und da sind viele sehr engagierte Menschen, die ihre Fähigkeiten einbringen, insbesondere meine Stellvertreterin Michelle Jarvis. Was mich antreibt? Vielleicht muss ich dazu etwas ausholen. Es war ein Gefühl von Ungerechtigkeit, das mich zur Justiz gebracht hat. Unrecht, das mir nahestehenden Menschen während des Zweiten Weltkriegs in einem Konzentrationslager widerfahren ist. Aber mich hat auch die Macht des Rechts inspiriert: Als ein Familienmitglied vor Gericht Recht bekam, habe ich erlebt, dass Strafjustiz Betroffene stärken kann. Ich wollte Jura studieren und ahnte, dass internationales Recht spannend wäre, ohne wirklich zu wissen, worum es geht. Ich habe zunächst als Richterin für Jugendstrafsachen in Frankreich angefangen und gelernt, wie wichtig es ist, mit den Parteien zu interagieren, zu erklären, was passiert, zuzuhören, sich um betroffene Kinder zu kümmern und sie zu schützen.

Nach etwa zehn Jahren wechselte ich ins internationale Recht. Mein erster Berührungspunkt mit Völkerstrafrecht war im Kosovo und beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Es hat mich frustriert, dass die Überlebenden dort hauptsächlich als Zeug*innen betrachtet wurden; als Mittel zum Zweck, um Straftaten nachzuweisen. Natürlich wollten alle die Zeug*innen gut behandeln, aber ihre Bedürfnisse standen nicht im Mittelpunkt der Verfahren. Bei dem Khmer-Rouge-Tribunal in Kambodscha war es besser, vor allem was Entschädigungen und die Beteiligung der Betroffenen an den Gerichtsverfahren angeht. Es war nicht perfekt, aber es war besser. Als ich meine jetzige Position beim IIIM antrat, haben wir die Gelegenheit ergriffen, diese Institution von Anfang an inklusiv und intersektional auszurichten. • •

Lina Schmitz-Buhl widmete ihr Kolleg-Jahr intersektionalen Ansätzen zur Aufarbeitung von Völkerstraftaten und hat dazu beim IIIM in Genf/Berlin gearbeitet.

Zukunft für die Geschichte

Was haben politisch gewollte Identitäten in Bosnien-Herzegowina und in Ghana gemein? Was unterscheidet sie? Und welche Aufgaben erfüllen sie in ihren Gesellschaften? Zwei Perspektiven im Dialog.

Von Vincent M. Kadiri und Gregor Christiansmeyer

Prolog: Von russischen Autokraten und westlicher Geschichtsdarstellung

Der Zerfall der Sowjetunion liegt über 30 Jahre zurück. Das Hauptnarrativ, das anschließend lange im Geschichtsunterricht vermittelt wurde, deckte sich mit den Erwartungen der frühen 1990er Jahre: Der Kommunismus sei „überwunden" und es sei nur eine Frage der Zeit, bis die weltweite Integration in ein kapitalistisches, westlich-liberales, demokratisches Staatengefüge ihren Lauf nehme.

Die heutigen Verhältnisse geben dieser Prognose nicht recht: Die sozioökonomische Einordnung Chinas verdient ihren eigenen Text; Fakt ist, dass dort Hunderte Millionen Menschen nicht mehr in extremer Armut leben, obwohl China den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Modellen des Westens kaum gefolgt ist. Im Februar 2022 erlebte das Narrativ einer westlich geprägten Zukunft mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine eine erneute Infragestellung. Diskurse über nachhaltige Zusammenarbeit, feministische Außenpolitik und Demokratie rückten im Angesicht von Krieg, Gaskrise und Autokratie in den Hintergrund.

Wie erklärt sich diese Diskrepanz zwischen westlicher Selbstwahrnehmung, die durch Institutionen wie Schule, Familie oder Medien vermittelt werden, und tatsächlichen Machtverhältnissen? Michel-Rolph Trouillot merkt in seinem Buch „Silencing the Past: Power and the Production of History" an: „Das Vergangene existiert nicht unabhängig von der Gegenwart. Das Vergangene ist nur vergangen, weil es eine Gegenwart gibt, genauso wie ich auf ein dort zeigen kann, weil ich hier bin. Das Vergangene – oder genauer die Vergangenheit – ist eine Position."

Geschichten – und auch Zukunftsannahmen – sind keine neutralen Berichte, sondern sind mit den Positionen, Machtdynamiken, Annahmen und Konflikten der Gegenwart verknüpft. Daher sind die westlichen Zukunftsannahmen direkt nach dem Zerfall der Sowjetunion wenig überraschend.

Welche Aufgaben Geschichtsnarrative einer Gesellschaft erfüllen, welche Konflikte und Potenziale im Westlichen Balkan und in Teilen Westafrikas dadurch entfesselt werden und wie zukünftige Modelle aussehen können – darum geht es im Folgenden.

Akt I: Zwei Schulen unter einem Dach

Eine Schülerin und ein Schüler wachsen im zentralbosnischen Travnik auf. Sie können sich ohne Probleme sprachlich verständigen, gehen jeden Tag in dasselbe Schulgebäude. Aber sie ist in einer katholisch-kroatischen, er in einer muslimisch-bosniakischen Familie aufgewachsen. Im selben Schulgebäude werden die beiden mit völlig unterschiedlichen

Vergangenheits- und Identitätserzählungen konfrontiert. Möglicherweise sprechen sie in ihrer gesamten Schullaufbahn nicht miteinander – auch in der Freizeit gibt es keine Berührungspunkte.

Dieses Szenario ist eine Realität. Die Identitäten, die junge Menschen durch partikulare Geschichtsbilder entwickeln, sind problematisch. Bilder „der Anderen" und „identitär orientierte Geschichten" werden in Familien, Medien oder religiösen Gemeinschaften grundgelegt, aber im Westlichen Balkan auch durch staatliche Institutionen wie Schulen genährt. Das sorgt für eine Vertiefung von Gräben und Unverständnis statt Annäherung und Austausch. Was Bildungswissenschaftlerin Sara Clarke-Habibi mit Blick auf Bosnien und Herzegowina feststellt, ist in weiten Teilen der Region Realität: „In der Schule lernen sie über Demokratie und Menschenrechte" – dies steht im Kontrast zum Geschichtsunterricht, wo viele, wie auch „zu Hause weiterhin dazu gedrängt werden, beim Eigenen zu bleiben".

Dabei gibt es im Westlichen Balkan nicht nur negative Entwicklungen, sondern auch Annäherungen in den vielfältigen Geschichtskonflikten, wie die Empfehlungen der bulgarisch-nordmazedonischen Historiker*innenkommission vom Sommer 2022 zur Revision der Lehrwerke in beiden Ländern zeigten. Zeitgleich stürzte jedoch in Montenegro die panethnische Koalitionsregierung des albanischstämmigen Dritan Abazoviq über einen identitätspolitisch aufgeheizten Konflikt.

Akt II: Eine andere Art von Graben

Auch in Nigeria gibt es mit gut 525 Sprachen Barrieren. Sowohl die Sprachen der Hausa, Yoruba und Igbo mit respektive 80, 50 und 30 Millionen Sprecher*innen und die Lingua Franca Pidgin mit 100 Millionen Sprecher*innen sind weitläufig bekannt – trotzdem verhindert das nicht immer politische oder religiöse Spannungen. 1914 beschloss der Generalgouverneur Frederick Lugard, dass die Schicksale der Menschen um das Niger-Delta „zusammengehören wie ein armer Mann und seine reiche Frau". Der ressourcenärmere Norden sollte mehrheitlich über die Mittel und gebildete Elite des Südens verfügen. Nigeria wurde 1960 offiziell unabhängig von Großbritannien, doch diese politischen Vermächtnisse wirkten fort. Statt einem gemeinsamen Geschichtsnarrativ haben säkulare vs. religiöse, christliche vs. muslimische und private vs. öffentliche Schulen oft genug ein anderes Selbstverständnis.

Die Bedingungen in Ghana, Nigerias ge(hass)liebtem, inoffiziellem Schwesterland (#JollofWars) waren besser. Ghana ist im Vergleich zu Nigeria ethnisch und religiös homogener. Sieben von zehn Ghanaer*innen sind christlich, die Hälfte der Menschen ist Akan und 80 Prozent der Bevölkerung sprechen Akan Twi als erste oder zweite Sprache.

Beste Voraussetzungen für ein inklusives Narrativ und ghanaische Identitätsbildung? In ghanaischen Schulen gibt es eine größere Konformität, was zum Beispiel Lehrpläne angeht. Doch Seth Avusuglo, der bei der dekolonialen Bücherei Library of Africa and The African Diaspora (LOATAD) in Accra arbeitet, bringt es auf den Punkt: „Man kann Kindern so viel Patriotismus einflößen, wie man will – wenn es sich nicht mit der Realität deckt, führt das zu Desillusionierung." Ethnonationale Geschichtserzählungen sind also immer nur so tragfähig wie ihr Wahrheitsgehalt. Stattdessen tut sich eine andere Art von Graben auf – zwischen Bevölkerung und Regierung. Braucht Ghana also schlicht patriotischere Propaganda?

Akt III: Ethnonationales überwinden?

Die Überwindung ethnonationaler Erzählungen, nicht nur im Westlichen Balkan, ist erstrebenswert und langfristig unabdingbar, aber aufgrund des Widerstands politischer Eliten nicht bald zu erwarten. Wie können andere Ansätze aussehen, um junge Menschen konstruktiv in Kontakt mit ihrer Vergangenheit zu bringen, positiv Identität zu stiften und dazu zu ermutigen, vielseitig gebildete Bürger*innen zu werden?

Gordon Allport formulierte 1954 die Hypothese, dass gerade persönliche Kontakte zwischen Gruppen zum Abbau von Vorurteilen und damit zu weniger Konfliktpotenzial beitragen. Die empirischen Sozialwissenschaften haben diese These im Wesentlichen bestätigt und bewerten je nach Kontext unterschiedliche Wege als erfolgreich – ein konkretes Beispiel ist der Jugendaustausch. Seit den frühen 2000er Jahren gibt es im Westlichen Balkan kontinuierlich vereinzelte schulische oder informelle Austauschprojekte. Eine Institutionalisierung und Ausweitung erfolgten 2016 mit der Gründung des Regional Youth Cooperation Office (RYCO) durch die sechs Vertragsparteien Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.

RYCO bringt junge Menschen auf unterschiedliche Art und Weise in Kontakt. In bisherigen Programmen hat RYCO unter anderem zivilgesellschaftliche Begegnungen unterstützt, ein regionales Freiwilligenprogramm entworfen und spezifische Angebote für junge Journalist*innen, soziale Gründer*innen oder studentische Fachorganisationen aufgelegt. Seit 2021 besteht mit Superschools ein Programm, das Schulpartnerschaften fördert. In den Begegnungen treffen viele junge Menschen erstmals auf Gleichaltrige anderer Hintergründe und lernen miteinander neue Narrative kennen. RYCO arbeitet am Kern der geschilderten Problematik – Peacebuilding, konstruktive Erinnerungsarbeit und Versöhnung – und ist damit in einem herausfordernden Umfeld aktiv. Dieses verlangt nach mittel- bis langfristigen Austauschstrukturen, doch viele RYCO-Initiativen werden mit befristeten Projektmitteln durchgeführt.

Bei Superschools treffen viele junge Menschen erstmals auf Gleichaltrige anderer Hintergründe

Trotzdem ist der spezifische Ertrag einzelner Formate wegweisend: In gemeinsamen Programmen können Orte der oft schmerzhaften Geschichte besucht werden. Eine aktiv-kreative Aneignung der Inhalte ist besonders vielversprechend. Ein Startpunkt kann die Recherche zu Familienmitgliedern oder zu Schicksalen aus dem eigenen Heimatort sein, um so abstrakte Prozesse greifbar zu machen – auch wenn dies angesichts des Risikos von Retraumatisierungen guter Vor- und Nachbereitung bedarf. Im Austausch kann gegenseitiges Verständnis erarbeitet und im Idealfall Raum der Würde und Sichtbarkeit für Opfer verschiedener Konfliktparteien eröffnet werden. Auf dieser Ebene ist in der transnationalen Gruppe ein Erinnern an die Vergangenheit möglich, das die Teilnehmenden emotional nicht überfordert.

Abschließend ist es für den Erfolg förderlich, Bezüge zur Lebenswelt der Teilnehmenden herzustellen: So kann über Medien in Vergangenheit und Gegenwart (Fake News, Verschwörungserzählungen) oder Ausgrenzung und Diskriminierung diskutiert werden, was Zukunftsperspektiven ermöglicht.

Akt IV: Internationale Narrative

Ähnliche Ansätze werden bei LOATAD um ein konkretes internationales Narrativ erweitert: Panafrikanismus. Es ist die Idee, dass Menschen auf dem afrikanischen Kontinent gemeinsam nach Freiheit streben und an einem politischen Strang ziehen sollten. Entscheidend gehören dazu auch afrodiasporische Menschen. Eine klare, disruptive, positive Idee.

Ghanas erster Präsident Kwame Nkrumah war Mitgründer der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Vorläuferorganisation der Afrikanischen Union (AU). Die praktische Umsetzung des Panafrikanismus wird durch bereits besetzte Identitäten (Ethnien oder z.B. afro-amerikanische Geschichtsnarrative), Sprachbarrieren und kulturelle Entfremdung erschwert. Nkrumah arbeitete dennoch daran, da er dies als einzige Möglichkeit sah, sich aus dem wirtschaftlichen Schatten des Westens zu bewegen: „Solange Afrika geteilt ist, werden es die reichen Verbraucherstaaten sein, die die Preise für afrikanische Cash Crops diktieren." Ghanas Wirtschaft beruht damals wie heute auf dem Export von Kakao und Rohstoffen wie Gold – größte Handelspartner sind China, die USA und die Schweiz. Der CIA ko-gesponsorte Militärputsch 1966 rückte Nkrumahs panafrikanische Träume in den Hintergrund.

Zeitsprung: 2019 verkündet die ghanaische Regierung das Year of Return. Ein Jahr, in dem afrodiasporische Menschen aus aller Welt eingeladen waren, „ihre" Heimat zu erkunden. Viele Menschen in der Karibik und den Amerikas haben Vorfahren, die aus Westafrika verschleppt und versklavt wurden. Das Year ist inzwischen durch das zehnjährige Beyond the Return abgelöst. Und auf Seiten der AU gibt es Bestrebungen für eine Wirtschafts-, Währungs- und Passunion. Hierbei gilt es, aus den Fehlern westlicher Konzepte zu lernen, die auf unauthentischen Narrativen aufbauen. Der europäische Versuch, eine pankontinentale Identität zu entwickeln, griff mit Wirtschaftsfokus zu kurz. Paneuropäische Identität mit geteilten Werten müsste aktiv gelebt und genährt werden. Interrail und Erasmus+ sind Anfänge, aber bei Weitem nicht genug – wie Brexit oder die Spannungen mit Ungarn belegen. Außerdem muss Europa auch offener für Gleichgesinnte werden, ein Anspruch, der im Westlichen Balkan besonders an der Realität scheitert.

Dekoloniale Ansätze in der Bildung wollen konstruktiv eine gerechtere Zukunft schaffen

Für die Afrikanische Union scheinen die Startbedingungen besser: Viele Nachbarländer teilen Geschichten, und gerade skeptischere Denker*innen hinterfragen Grenzen. Trotzdem ist ein kritischer Umgang geboten, Narrative sollten nicht übersimplifiziert werden. Korrupte Eliten schaden – wie auch multinationale Firmen. Die präkoloniale Zeit hatte Vorteile, war aber kein Paradies.

Dekoloniale Ansätze in der Bildung haben den Anspruch, konstruktiv eine gerechtere Zukunft zu schaffen, was immer auch eine kritische Analyse des Status quo und der Vergangenheit bedingt. Im Fall Ghanas wären das eine realistischere Darstellung des Guten und des Schlechten sowie eine Einladung zur Mitgestaltung junger Menschen. Da so etwas historisch meist eher unfreiwillig geschah, sind gerade dekoloniale zivilgesellschaftliche Initiativen unabdingbar.

Epilog

Mit diesen Inspirationen zur Disruption alter Geschichtserzählungen geht die Frage einher, wie zukünftig über Identitäten gesprochen werden kann. Es gibt kein Patentrezept. Anhand der Beispiele aus Teilen Westafrikas und des Westlichen Balkans werden aber sowohl Parallelen als auch Unterschiede mit Blick auf Geschichte und Identität deutlich.

Gemein ist den Fällen jedoch die Bedeutung von verändertem Bewusstsein für die „eigenen Geschichten" unter Einbeziehung anderer Erfahrungen und Erzählungen. Es ist keine Lösung, sich in das eigene Narrativ zurückzuziehen und keinen Raum für verschiedenartige Perspektiven zu eröffnen. Das Vergangene und die (Nicht)Erzählungen darüber beeinflussen unsere Gegenwart und unsere Wahrnehmung. Für einen geläuterten Blick zurück oder nach vorne muss Pluralität zugelassen werden statt Uniformität anzunehmen. • •

Dr. Vincent M. Kadiri setzte sich in Berlin, Accra und Havanna damit auseinander, wie sich dekoloniale Ansätze auf Bildung und Forschung anwenden lassen.

Gregor Christiansmeyer hat in Tirana und Sarajevo zu internationalem Jugendaustausch als Beitrag zu Peacebuilding und Reconciliation gearbeitet.

Erinnern für die Gegenwart

Die Ruinen der Getreidesilos infolge der verheerenden Explosion im Beiruter Hafen sind zum Fixpunkt erinnerungspolitischer Initiativen geworden, die sich gegen eine Kultur des Verdrängens auflehnen.

Von Annika Roes

Zwei Menschen stehen an der Promenade der Beiruter Bucht und schauen missmutig auf die brennenden Getreidesilos. „Man muss es der Regierung lassen. Sie versteht es, eine deutliche Botschaft zu senden." Die Karikatur des Künstlers „The Art of Boo" bringt auf den Punkt, was viele Libanes*innen beschäftigt: die Frustration, von der Regierung im Stich gelassen zu werden, und das Unter-den-Teppich-Kehren des Leids, das so viele Menschen im Libanon erfahren. Zugleich macht die Karikatur den Kampf um den Umgang mit der Vergangenheit deutlich.

Am 4. August 2020 erschütterte eine der größten nichtnuklearen Explosionen, die je registriert wurde, den Libanon, der ohnehin in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise steckt. Die Schäden waren verheerend. Mindestens 220 Menschen kamen ums Leben, über 6500 wurden verletzt, und die Überlebenden berichten von anhaltender psychischer Belastung. Sinnbild für die Katastrophe wurden die Ruinen der Getreidesilos, die sich direkt neben dem Explosionsort befinden.

Nach der Explosion waren es die Bewohnerinnen und Bewohner Beiruts, die die Straßen von Glasscherben säuberten und den Menschen dabei halfen, das, was von ihren Wohnungen übriggeblieben war, zu retten. Im Gegensatz dazu beklagen viele Menschen, dass die Politikerinnen und Politiker bis heute nicht

genug getan haben, und machen sie dafür verantwortlich, dass diese Katastrophe überhaupt geschehen konnte.

In den vergangenen Monaten mehren sich die Stimmen, die fordern, dass die Silos als Mahnmal weiter in die Höhe ragen sollen. Soha Mneimneh von der Initiative „Our City, Our Silos" argumentiert, dass so an die Opfer und den Schmerz der Angehörigen erinnert werden soll und dass die Silos zu „einem Ort des Trauerns und des Umgangs mit dem Trauma" werden. Die Silos sollen „ein Symbol der Rechenschaft" werden, die die Regierung den Menschen schuldig ist – doch die plant einen Abriss. Im Sommer 2022 brannte ein Teil des Komplexes ab; es ist diese Situation, die die genannte Karikatur zeigt.

Das öffentliche Bewusstsein stärken

Dass die Silos erhalten bleiben, ist Mneimneh aber noch aus einem anderen Grund wichtig. Denn „für die jüngeren Generationen machen sie deutlich, was die politischen Parteien in den letzten Jahren getan haben". Nach dem Bürgerkrieg hatten sich die politischen Parteien, die vielfach aus den ehemaligen Milizen hervorgingen, eine Amnestie verordnet, die ihnen den Machterhalt sicherte und Aufklärung verhinderte. Sie wiesen der Immobilienfirma Solider eine zentrale Rolle beim Wiederaufbau Beiruts zu, der die urbane Struktur nachhaltig veränderte.

Die Innenstadt wurde mit Blick auf Investitionen aus dem Ausland im Luxusstil errichtet, organisch gewachsene Treffpunkte wurden beseitigt und viele der ursprünglichen Bewohner*innen verdrängt. Nachdem die Strategie zunächst aufging, hielt die Krise auch hier Einzug, und heute sprechen viele von einer Geisterstadt. Einsame Einkaufende tauchen aus leeren Straßenzügen auf, um in Häusern zu verschwinden, deren Rollläden außer in der Luxusboutique im Erdgeschoss alle heruntergelassen sind.

Multidirektionales Erinnern: Die Silos eröffnen auch Prozesse der Erinnerung an den Aufbau nach dem Krieg

Es sind diese Bereicherung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und der städtebaulichen Struktur sowie die Verdrängung der ärmeren Schichten, die die Initiative mit den Silos in das öffentliche Bewusstsein bringen möchte. Denn um keine Kontroversen heraufzubeschwören, schweigen die libanesischen Schulbücher zum Bürgerkrieg und damit auch zu der Rolle der Parteien und heutigen Politiker*innen. Mneimneh ist sich sicher: „Die jüngeren Generationen brauchen etwas Greifbares, damit sie es verstehen. Wenn sie die Silos sehen, werden sie daran erinnert, dass es ihre Regierung war, die dafür verantwortlich ist." Die Idee, dass die Erinnerungskultur zu einem historischen Ereignis wie der Explosion neue Wege für die Erinnerungsprozesse zu anderen Ereignissen wie dem Nachkriegsaufbau eröffnen kann, wurde von Michael Rothberg beschrieben. Er führte dafür den Begriff des multidirektionalen Erinnerns ein.

Das Engagement von Our City, Our Silos verweist auf eine weitere Strategie für eine effektive Erinnerungspolitik, nämlich neue Bündnisse mit internationalen Partnern zu nutzen. Mneimneh berichtete, dass ihre und andere Initiativen verschiedene Organisationen wie ICOMOS, die UNESCO oder den World Heritage Fund kontaktiert hatten. Von diesen beauftragte Studien sprechen sich für einen Erhalt der Silos aus, und dieser internationale Druck ist ein wichtiger Faktor in der Kampagne der Initiative. Bei aller Freude über solche

Unterstützung ist es Mneimneh jedoch sehr wichtig, dass internationale Akteure dabei die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen und einen etwaigen Gedenkort nur in Zusammenarbeit mit diesen planen.

Aus Sicht der Initiative hat diese Abstimmung bei einem anderen internationalen Player allerdings nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Der Haushaltsausschuss des Bundes beschloss 2021 die Freigabe von zehn Millionen Euro an das Unternehmen Hamburg Port Consulting (HPC) und Colliers International zur Weiterentwicklung eines Konzepts für den Beiruter Hafen und Teile der Innenstadt. Das Unternehmen gab zwar an, dass es die Bevölkerung einbeziehen und eine Bereicherung durch die Politik verhindern wolle, aber Mneimneh widerspricht – für sie wiederholt sich mit den Highend-Plänen des Unternehmens die Geschichte: „Die Menschen waren schockiert, als sie die Bilder von Hochhäusern sahen, die den Hafen ersetzten. Denn wir wissen, dass das Solidere-Modell in der Innenstadt von Beirut gescheitert ist und es ein Misserfolg, eine Katastrophe war." Auch wenn diese Pläne erst einmal zurückgestellt wurden, zeigt Mneimnehs Reaktion, dass dieses Engagement nicht von einem Bewusstsein um die Beiruter Geschichte zeugt. Auch deswegen ist es wichtig, dass vergangene schmerzhafte Ereignisse wie die Folgen des Aufbaus durch Solidere Einzug in die Erinnerungskultur halten.

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Initiative mit ihrer Arbeit erfolgreich war. Zum Zeitpunkt, als dieser Artikel verfasst wurde, erzählte Mneimneh, dass es gerade eine inoffizielle Entscheidung im libanesischen Parlament gegeben habe, den südlichen Teil der Silos zu erhalten. Es bleibt dabei: Der Umgang mit der Vergangenheit ist politisch; und es ist essenziell, dabei die Zusammenhänge verschiedener Ereignisse nutzbar zu machen, neue, auch internationale Bündnisse zu schmieden und Erinnerungskultur als partizipativen Prozess zu begreifen. • •

Annika Roes arbeitete zu aktuellen Herausforderungen der Vergangenheitsarbeit, insbesondere im Hinblick auf museale Vermittlung und internationale Kulturpolitik.

Kulturpolitik der Zukunft

Ein Interview mit den Gründerinnen des Womens's History Museum in Sambia zu Fragen der Restitution von afrikanischen Kulturgütern und zu den Aufgaben von Museen im digitalen Zeitalter.

Von Leandra Bitahwa

Am 1. Juli 2022 unterzeichneten Deutschland und Nigeria eine historische Absichtserklärung, mit der das Eigentumsrecht der in deutschen Museen befindlichen Benin-Objekte an Nigeria übertragen wird. Somit beginnt laut Außenministerin Annalena Baerbock eine „neue Phase der kulturellen Partnerschaft" mit dem afrikanischen Kontinent.

Die Debatte um die Rückgabe von kolonialen Kulturgütern stellt ehemals kolonisierte Länder und ehemalige

Kolonialmächte vor Grundsatzfragen über Identität, Macht und zwischenstaatliche Beziehungen. Im Rahmen meines Mercator-Jahres befasste ich mich mit Restitution und Dekolonisierung – also die Hinterfragung der institutionellen Hierarchie, die eine eurozentristische Sichtweise bewahrt. Das Ausbrechen aus diesem westlichen Rahmen spiegelt sich auch in der Forderung nach mehr Anerkennung von nichtwestlichem Wissen in der Forschung und auf politischer Ebene wider.

Mit den beiden Gründerinnen des digitalen Women's History Museum in Sambia, Samba Yonga und Mulenga Kapwepwe, sprach ich über digitales Kulturerbe, indigenes Wissen und Defizite in der europäischen Restitutionsdebatte.

LB: ***Was steckt hinter der Idee des digitalen Museums?***

Samba Yonga: Vor einigen Jahren stellten wir fest, dass es Lücken in der sambischen Geschichtsdokumentation gibt und dass die wichtigen Beiträge von Frauen zur sambischen Nation weitgehend fehlten. Im Museum decken wir diese Geschichten auf und machen diese mit Hilfe digitaler Mittel zugänglich. Auch die Restitution sambischer Kulturgüter steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Für uns ist klar, dass das afrikanische Kulturgut den afrikanischen Menschen gehört. Wir machen uns eher Gedanken, was mit den Objekten geschieht, wenn sie wieder hier sind und ob der traditionelle Museumsraum der einzige Weg ist, wie wir mit unserer Kultur in Berührung kommen können. Durch Kooperationen mit westlichen Museen konnten wir eine digitale Restitutionsplattform entwickeln, Provenienzforschung in Zusammenarbeit mit indigenen Wissensbewahrer*innen betreiben und Akteure aus Mode, Musik und anderen Sektoren in die Museumsarbeit einbringen.

Was unterscheidet das Women's History Museum von einem traditionellen Museum?

SY: In ihrer traditionellen westlichen Form sind Museen Wunderkammern, wo Objekte zur Schau gestellt werden. Im sambischen Wortschatz hingegen gibt es das Wort Museum nicht, denn die Objekte, die in Europa zur Schau gestellt werden, sind wichtige Bestandteile unserer Identität, deren Zweck von spirituell bis funktional reicht. Sie sind lebendige Objekte, die uns im Alltag begleiten. Dies spiegeln wir in unserer Museumsarbeit wider: Wir sind ein digitales Museum, kooperieren direkt mit der lokalen Bevölkerung und arbeiten partizipativ und flexibel.

Mulenga Kapwepwe: Wir gehen auch anders an die Restitution heran, da wir überwiegend digital arbeiten. Durch unsere digitale Restitutionsplattform konnten wir bereits 800 Objekte digital nach Sambia zurückführen und sie der Öffentlichkeit und den ursprünglichen Besitzern zugänglich machen. Es ist uns also gelungen, den Museumsraum zu demokratisieren.

SY: Für uns endet die Geschichte eines Objekts nicht bei einer Ausstellung. Sie soll die Diskussion und den Wissensaustausch ermöglichen. Und das ist im Grunde die Prämisse, unter der wir unsere Provenienzforschung betreiben. Wir holen die Objekte aus den Depots europäischer Museen und laden Wissensbewahrer*innen aus der Herkunftsregion ein, um die Informationen über ein Objekt zu überprüfen, zu korrigieren und zu erweitern.

Warum ist es wichtig, indigenes Wissen in Forschung und Museumsarbeit mit einzubeziehen?

MK: Normalerweise wird nur die westliche Erkenntnistheorie als Wissen akzeptiert. Die Sammlungen in westlichen Museen

sind außerdem nach eurozentristischem Vorbild katalogisiert und interpretiert. Diese Annahmen, die oft in einem rassistischen Kontext entstanden sind, schließen das Wissen der ursprünglichen Besitzer aus. Deshalb ist indigenes Wissen so wichtig. Nur ein Beispiel aus unserer Arbeit zu einem Korb: Das europäische Museum, das diesen Korb besitzt, hat Informationen über den Ursprung und das Alter des Objekts, aber ein Lied über den Korb, das heute noch gesungen wird, kann uns sagen, woher das Material kommt, welche Riten bei der Herstellung stattfinden und vieles mehr. Wenn man also nur ein Objekt ausstellt, entgeht einem das indigene Wissen darüber. Es ist wichtig, dass die Menschheit begreift, dass Wissen nicht eine Sache ist, die von einer bestimmten Kultur diktiert wird.

Sind europäische Museen bereit, sich kritisch mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich zu dekolonisieren?

SY: Viele Institutionen erkennen, dass es aus ethischer oder politischer Sicht wichtig wäre, sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, aber sie wollen die Macht, die sie dafür zwangsläufig abgeben müssten, behalten. Für die europäischen Institutionen steht also viel auf dem Spiel. Sie versuchen, ihren Weg durch die Restitutionsdebatte mit so wenig Kollateralschaden wie möglich zu gehen. Dennoch müssen auf diese Debatte Taten folgen, und die afrikanische Seite muss mehr Einfluss haben, was sie momentan nicht hat.

Es gibt also noch Defizite, obwohl aktuell Restitutionsprozesse stattfinden?

SY: Ja. Erstens ist offensichtlich, dass es die europäischen Institutionen und Staaten sind, die die Objekte auswählen, die zurückgegeben werden sollen. Zweitens geht es zu sehr um das politische Auftreten und die Öffentlichkeitsarbeit und nicht genug um den Sinn der Rückgabe. Auf dem afrikanischen Kontinent ist Restitution nämlich mit unserer Selbstverwirklichung verbunden – sei es als Individuum, als Teil einer ethnischen Gruppe, einer Nation oder eines Kontinents. Der Raub unserer Kultur hat eine Identitätskrise ausgelöst. Für uns ist Restitution somit ein Weg, unsere Geschichte und Identität wiederzuentdecken. Diese Tatsache muss mehr Raum in der Debatte einnehmen.

MK: Neben finanzieller Entschädigung müssen wir auch sicherstellen, dass die Restitution tatsächlich der afrikanischen Bevölkerung zugutekommt. Ich denke also, wir sollten uns nicht nur auf die Rückgabe der Objekte konzentrieren, sondern auch darauf, dass afrikanische Stimmen in ihrer Vielfältigkeit zu diesem Thema gehört werden.

Wie geht es weiter mit dem Women's History Museum?

MK: Wir konzentrieren uns auf die Entwicklung eines afrikanischen Referenz- und Zitationssystems, das die Authentizität von Literatur oder Oratur bestätigen soll. Dies soll dann ein wichtiger Bestandteil unserer Provenienzforschung werden. Damit wollen wir die Bedeutsamkeit afrikanischer Wissenssysteme auch auf internationaler Ebene erweitern. Außerdem sollen digitale Werkzeuge in Zukunft nicht nur den Zugang zum Museum ermöglichen, sondern auch für die lokale Bevölkerung Einkommen generieren. Mit diesen Schwerpunkten wollen wir die afrikanische Museumswelt innovativer und kreativer machen. • •

Leandra Bitahwa fokussierte sich in ihrem Kolleg-Jahr auf die Dekolonisierung der Erinnerungskultur, Restitution und internationale Kulturpolitik.

Seminarphasen

1.
Vorbereitungsseminar

Zu Beginn des Kollegs erhalten die Kollegiat*innen eine individuelle Beratung zur Planung und Organisation ihrer einzelnen Stagen. Darüber hinaus umfasst das Seminar u.a. ein Bewerbungstraining, Workshops zu Netzwerkaufbau und Improvisation sowie den Austausch mit Ehemaligen.

2.
Einführungsseminar

Im Rahmen des 13-tägigen Einführungsseminars in Essen und Berlin diskutieren die Kollegiat*innen Fragen der internationalen Politik und Zusammenarbeit mit Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem stehen u.a. Workshops zum Thema Unconscious Bias und Selbstfürsorge auf dem Programm.

3.
Winterseminar

Während des zehntägigen Seminars in der Schweiz geht es um die Entwicklung von Führungs- und Schlüsselkompetenzen. Die Kollegiat*innen werden in internationaler Verhandlungsführung und Rhetorik geschult und belegen einen Workshop zum Thema Präsenz und Wirkung. Gespräche mit internationalen Expert*innen in Bern und am UN-Standort Genf runden das Programm ab.

4.
Sicherheitslehrgang

Im Anschluss an das Winterseminar nehmen die Kollegiat*innen an einem fünftägigen Lehrgang zum richtigen Verhalten in Krisengebieten im UN-Ausbildungszentrum in Hammelburg teil und werden so auf einen möglichen Einsatz in Krisenregionen vorbereitet.

5.
Zwischentreffen

Das zehntägige Zwischentreffen im Mai wird von den Kollegiat*innen organisiert. Es bietet ihnen die Chance, Politik, Gesellschaft und Kultur eines Schwellenlands oder eines Hotspots europäischer Außenpolitik näher kennenzulernen. Das Zwischentreffen des 13. Jahrgangs fand in Accra und Cape Coast in Ghana statt.

6.
Abschlussseminar

Nach ihren Stagen kehren die Kollegiat*innen im September zu einem einwöchigen Abschlussseminar nach Berlin zurück. Im Fokus stehen Workshops zu Friedensmediation und Verhandlungsführung, der Erfahrungsaustausch mit dem neuen Jahrgang und die feierliche Abschlusspräsentation der Projekte.

Dr. Klaus Scharioth trat 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war Politischer Direktor und Leiter der Politischen Abteilung, Staatssekretär und Botschafter in Washington. Seit 2011 ist er Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, seit Anfang 2012 auch Professor of Practice an der Fletcher School of Law and Diplomacy in den USA.

Georges Martin ist seit 2016 Vizerektor des Kollegs. Bis September 2017 war er Diplomatischer Berater für besondere Aufgaben des Schweizer Außenministers. Zuvor war er stellv. Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit im EDA sowie Botschafter in Jakarta und Nairobi.

Teresa Spancken studierte Politik- und Ostasienwissenschaften in Heidelberg, Fukuoka und Duisburg. Sie arbeitet seit 2017 für die Stiftung Mercator und verantwortet dort insbesondere das Mercator Kolleg. Weiterhin beschäftigt sie sich mit internationaler Neuordnung sowie der Förderung außenpolitischer Denker*innen und Praktiker*innen.

Katharina Seibel studierte Politik- und Verwaltungswissenschaften und Internationale Rechts- und Sicherheitsstudien in Konstanz, Amsterdam und Peking. Sie arbeitet seit 2017 für die Studienstiftung des deutschen Volkes und ist u.a. als Projektleiterin für das Mercator Kolleg und als Referentin für Stipendiat*innen in Heidelberg tätig.

Dr. Silvan Moser studierte Geschichte und Philosophie des Wissens an der ETH Zürich und promovierte dort zu Grundfragen der praktischen Philosophie. Er ist seit 2022 stellvertretender Direktor der Schweizerischen Studienstiftung, leitet die Bereiche Auswahl & individuelle Förderung und ist Ansprechperson für Hochschulen und Mittelschulen.

Martina Drosner leitete von Oktober 2021 bis August 2022 das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben auf Seiten der Stiftung Mercator Schweiz. Sie studierte Politikwissenschaften in Konstanz und Cultural Economics und Entrepreneurship in Rotterdam und hat zu Themen der nachhaltigen Ernährung und der Demokratieförderung gearbeitet.

Der Mercator Kolleg-Jahrgang 2021/2022

Chiara Arena beschäftigte sich während des Kolleg-Jahrs mit der Suche nach rechtlichen Hebeln, um die Finanzierung von fossilen Brennstoffen zu stoppen. Dabei konzentrierte sie sich auf das Potenzial der (Rück-) Versicherer, globale Finanzströme zu beeinflussen. Sie studierte Klimarecht und Anthropologie in Amsterdam und Edinburgh.

Alessandra Biagioni beschäftigte sich in ihren Kolleg-Jahr mit dem Thema sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten. Ihr Ziel ist es, inklusive, intersektionale und innovative Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Im Studium spezialisierte sie sich auf internationale Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsforschung.

Leandra Bitahwa fokussierte sich in ihrem Kolleg-Jahr auf die Dekolonisierung der Erinnerungskultur, die Restitutionsdebatte und internationale Kulturpolitik in Afrika und Europa. Sie studierte Internationale Beziehungen in Schweden und Berlin und arbeitete zuvor zu den Themen Governance und Demokratisierung.

Claudia Böhm untersuchte in ihrem Kolleg-Jahr den Stellenwert gesundheitlicher Ungleichheiten in internationalen Verhandlungsprozessen während der Covid-19-Pandemie. Claudia studierte Medizin sowie Health Policy, Planning and Financing in Lübeck und London.

Maja Bogojević beschäftigte sich im Rahmen des Mercator Kollegs mit intersektionalen Antidiskriminierungsmaßnahmen. Maja studierte Human Rights mit Schwerpunkt auf die Intersektionalität von Migration, Rassismus und Klassismus.

Clara Bütow arbeitete im Rahmen des Mercator Kollegs an der Frage, wie Anpassung an klimabedingte Veränderungen und Extremwetter vulnerable Menschengruppen besser schützen kann und zu gerechteren Städten und Gemeinden führen kann. Sie fokussierte sich dabei besonders auf naturbasierte Lösungen und partizipative Ansätze.

Gregor Christiansmeyer widmete sich in seinem Kolleg-Jahr am Beispiel des Westlichen Balkans der Frage, welchen Beitrag internationaler Jugendaustausch zu mittelfristigem Peacebuilding sowie Reconciliation leisten kann. Gregor studierte Politikwissenschaft und Geschichte in Münster, Florenz und Göttingen.

Veronika Datzer beschäftigte sich mit politischen Antworten auf Bedrohungen im digitalen Raum. Sie setzte sich insbesondere mit Krisenkooperation und Resilienzbildung auseinander. Sie absolvierte Stagen bei der Europäischen Kommission, NATO und im Bundestag. Veronika studierte Liberal Arts und Internationale Beziehungen.

Sebastian Geschwind setzt sich für mehr Chancengleichheit auf globaler Ebene ein. Im Mittelpunkt seines Kolleg-Jahres stand die Frage, wie und wo globale sozioökonomische Ungleichheiten mit Fokus auf Digitalisierung und Klimawandel am effektivsten bekämpft werden können. Er studierte internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Loë Guthmann hat sich in seinem Kolleg-Jahr mit Klimagerechtigkeit und der gemeinschaftsbasierten Gestaltung öffentlichen Raums befasst. Sein Fokus lag vor allem auf naturbasierten Lösungen in Städten sowie Design Thinking. Loë studierte International Affairs in Paris und London.

José-Manuel Heinze eruierte in seinem Kolleg-Jahr, wie Städte inklusivere und sicherere Orte für Geflüchtete und Vertriebene werden können und was globale Maßnahmen zu diesem Ziel beitragen können. Er studierte Friedens- und Konfliktforschung mit dem Schwerpunkt Konflikt und Vertreibung in urbanen Räumen.

Johannes Hering widmete sich während seines Kolleg-Jahres der nachhaltigen Transformation der Wirtschaft durch Sustainable Finance, insbesondere dem dahinter verborgenen Versuch einer Synchronisierung der drei Kräfte Markt, Kapital und Politik. Sein Studienfokus lag im Bereich Agrarwissenschaften, Ökonomie und Management.

Vanessa Hirneis untersuchte die Anwendung von psychologischen und verhaltenswissenschaftlichen Instrumenten und Methoden in der Gestaltung und Evaluierung von Initiativen der Armutsbekämpfung. Sie studierte Psychologie in London mit Schwerpunkt auf sozialen Ungleichheiten und Intergruppenbeziehungen in neoklassischen Systemen.

Dr. Angela Honegger arbeitete als Mercator-Kollegiatin in einer Entwicklungsbank und einem Start-up daran, Innovation als Entwicklungstreiber einzusetzen. Sie hat ihren PhD zur Rolle von NPOs in der Förderung von frugaler Innovation gemacht, nachdem sie Internationale Beziehungen und Finanzwissenschaften studiert hat.

Christoffer Horlitz widmete sich in seinem Kolleg-Jahr Technologien zur Verhinderung und Erkennung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dabei interessierte er sich für digitale Tools, die verantwortungsbewusst mit Daten in Krisengebieten umgehen. Christoffer studierte internationale Beziehungen in Berlin und New York.

Oskar Jönsson befasste sich mit Nachhaltigkeitsbestrebungen in der Lieferkette von Agrarrohstoffen. Dabei interessierten ihn besonders die Rolle von privaten Zertifizierungssystemen und firmengetriebenen Nachhaltigkeitsprojekten in der Unterstützung der Produzent*innen. Oskar studierte Umweltnaturwissenschaften.

Dr. Vincent Mauricio Kadiri setzte sich im Kolleg-Jahr damit auseinander, wie dekoloniale Ansätze weltweit auf naturwissenschaftliche Bildung und Forschung angewendet werden. Dazu beschäftigte er sich mit verschiedensten Ansätzen von Graswurzelbewegungen bis zur Policy-Ebene. Vincent studierte und promovierte in Chemie.

Nikolai Orgland nahm die Hürden von erneuerbaren Energieprojekten in Schwellenländern in den Fokus. Dabei interessierte er sich insbesondere für innovative Mechanismen für deren Finanzierung. Nikolai schloss sein Studium in Umweltingenieur- und Naturwissenschaften sowie in Energiemanagement und Nachhaltigkeit ab.

Eyşan Rêbwar ging der Frage nach, mit welchen Narrativen muslimische Frauen in ihren jeweiligen Gesellschaften politisch und theologisch für ihre Rechte arbeiten. Ihr Augenmerk galt alternativen, lokalen Initiativen abseits von europäisch-zentrierten Denkmustern und Projektinterventionen. Eyşan ist studierte Friedens- und Konfliktforscherin.

Annika Stefanie Reinhold arbeitete an der Schnittstelle von Digital Health und mentaler Gesundheit. In Pilotprojekten in unterschiedlichen Kontexten untersuchte sie, wie mobile Gesundheitsanwendungen (Apps) gestaltet sein müssen, um zu verbesserter Diagnose und Therapie von psychischen Erkrankungen beizutragen.

Julian Ringhof setzt sich für die Sicherung freiheitlicher demokratischer Werte in einer digital vernetzten Welt ein. Im Rahmen des Mercator Kollegs befasste er sich mit neuen Ansätzen multilateraler Kooperation für eine demokratische Regulierung der Datenökonomie.

Annika Roes beschäftigte sich in ihrem Kolleg-Jahr mit aktuellen Herausforderungen der Vergangenheitsarbeit, insbesondere im Hinblick auf museale Vermittlung und internationale Kulturpolitik. Sie studierte Geschichte und Friedens- und Konfliktforschung in London und Marburg.

Lina Schmitz-Buhl widmete ihr Kolleg-Jahr intersektionalen Ansätzen zur Aufarbeitung von Völkerstraftaten, unter anderem als Analystin bei den UN. Zuvor arbeitete sie in der strategischen Menschenrechtsprozessführung zum gewaltsamen Verschwindenlassen und sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikten.

Fiona Spuler untersuchte im Kolleg-Jahr, wie die Finanzierung von Klimaanpassung und Klimaresilienz vor dem Hintergrund der Messung physischer klimabezogener Risiken im Finanzsektor verbessert werden kann. Fiona hat ihr Studium in mathematischer Physik sowie in Environmental Change and Management abgeschlossen.

Miriam Trefzer befasste sich im Rahmen des Mercator Kollegs mit inklusiven Friedensprozessen. Ihre Aufmerksamkeit galt besonders der Rolle von Menschen in langandauernden Fluchtsituationen bei der Gestaltung inklusiver Gesellschaften und nachhaltigen Friedens. Sie studierte Internationale Beziehungen und Völkerrecht.

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Leitung
Uta Kuhlmann

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Michelle Bäumer, Alina-Sophie Ober

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
ip@dgap.org

Bildnachweis
David Außerhofer

Illustration
Bittesehr GmbH

Die hier geäußerten Meinungen sind die der Kollegiat*innen und nicht der Organisationen, für die sie gearbeitet haben. Dieses IP Special wurde gefördert durch die Stiftung Mercator.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben vergibt jährlich 20 Fellowships in Deutschland sowie fünf Fellowships in der Schweiz an junge Führungskräfte und exzellente Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen zur Vorbereitung auf Führungsaufgaben bei internationalen Organisationen und NGOs.

Weitere Informationen sowie das Bewerbungsformular finden Sie auf: **www.mercator-kolleg.de** und **www.mercator-kolleg.ch**

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11834-2201-1007

Studienstiftung des deutschen Volkes
STIFTUNG MERCATOR
Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation
Stiftung Mercator Schweiz

Studienstiftung
des deutschen Volkes

STIPENDIUM

AUSLANDSFÖRDERUNG

KOLLEGS

AUSTAUSCH

SOMMERAKADEMIEN

VERNETZUNG

SPRACHKURSE

Begabung fördern

Gesellschaft gestalten

PRAXISSEMINARE

SELBSTBEWERBUNG

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben fördert jedes Jahr 20 deutsche sowie fünf schweizerische Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für unsere Welt von morgen Verantwortung übernehmen wollen. Während des Kolleg-Jahres arbeiten die Kollegiat*innen in internationalen Organisationen, global tätigen Nichtregierungsorganisationen, Non-Profit-Organisationen oder Wirtschaftsunternehmen. Ziel des Programms ist es, engagierte Persönlichkeiten für diesen Bereich zu gewinnen sowie international denkende und handelnde Nachwuchskräfte zu qualifizieren.

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Projekt der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator, in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt, sowie der Schweizerischen Studienstiftung und der Stiftung Mercator Schweiz, in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN